Universität Ulm

Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin
Leiter: Prof. Dr. Florian Steger

Zensurpolitik sowie staatliche Lenkung in medizinischen Fachzeitschriften in der SBZ und frühen DDR

Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der
Zahnmedizin
der Medizinischen Fakultät der Universität Ulm

vorgelegt von Carina Susanne Sattler, geb. Pirner
Geburtsort Auerbach i. d. Opf.

2021

Amtierender Dekan:	Prof. Dr. Thomas Wirth
1. Berichterstatter:	Prof. Dr. Igor Polianski
2. Berichterstatter:	Prof. Dr. Florian Bruns
Tag der Promotion:	04.05.2023

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis III
A. Einleitung 1
B. Material & Methodik 11
C. Ergebnisteil 17
I. NS-Vergangenheit und Aufarbeitung – das nationalsozialistische Erbe in der Medizin 17
II. Zensur 22
III. Verlagswesen und Zensur in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 26
1. Neustart nach dem Zweiten Weltkrieg 26
2. An Zensur und Verlagswesen beteiligte staatliche Institutionen in der SBZ und DDR 30
a) 1945 bis 1951 – Übergang SBZ/DDR 30
b) Vom ALV (1951-1956) über die Hauptverwaltung Verlagswesen (1956-1958), die Abteilung Literatur und Buchwesen im MfK (1958-1963) bis hin zur HV Verlage und Buchhandel (ab 1963) 35
c) Die Arbeitsgemeinschaft Medizinische Verlage AMV, die medizinischen Verlage und die Zeit nach Auflösung der AMV 41
IV. Literaturaustausch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 49
V. Medizinische Fachzeitschriften in der SBZ und DDR 54
1. Überblick 54
2. Ausgewählte Fachzeitschriften im Detail 57
VI. Zensur und Lenkung im medizinischen Zeitschriftenwesen in der SBZ/DDR 63
VII. Exkurs: gesamtdeutsche Zeitschriftenprojekte 74
VIII. Konkrete Zensurbeispiele 76
1. Entmilitarisierung und Entnazifizierung 77
2. Demokratisierung 92
3. Propaganda, Ideologie und Politisierung 98
a) Außenwirkung der Arbeitsbedingungen, Ernährungssituation und medizinische Versorgung in der SBZ/DDR 99
b) Politische Vorbehalte gegenüber Autoren 109
c) Bevorzugung von Ankündigungen und Artikeln aus der Sowjetunion 110

d) Die neue erste Seite – propagandistische Leitartikel 112
e) Aufrufe zur Wiedervereinigung und zum Frieden 114
f) Widerstand gegen atomare Aufrüstung 121
D. Diskussion 125
E. Zusammenfassung 133
F. Literaturverzeichnis 135
I. Archivgut 135
II. Bücher/Zeitschriftenartikel/Dissertationen/Zitate aus dem Internet 141
III. Zeitschriften-Jahresbände 153
G. Tabellenverzeichnis 154
H. Abbildungsverzeichnis 154
I. Anhang 155
J. Danksagung 165
K. Lebenslauf 166

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AG	Arbeitsgemeinschaft
ALV	Amt für Literatur und Verlagswesen
AMV	Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage
BA	Bundesarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DÄ	Deutsches Ärzteblatt
DDG	Das Deutsche Gesundheitswesen
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DVK	Druckerei und Verlagskontor
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
D(Z)VV	Deutsche (Zentral-)Verwaltung für Volksbildung
GW	Gesundheitswesen
HA	Hauptabteilung
HV	Hauptverwaltung
HU	Humboldt Universität zu Berlin
KB	Kultureller Beirat
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LKG	Leipziger Kommissions- und Großbuchhandel
MfG	Ministerium für Gesundheitswesen
MfK	Ministerium für Kultur
MfS	Ministerium für Sicherheit
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)
SU	Sowjetunion

US(A)	United States (of America)
VAB	Versicherungsanstalt Berlin
VEB	Volkseigener Betrieb
VEB Verlag V&G	Volkseigener Betrieb Verlag Volk & Gesundheit
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZÄF	Zeitschrift für ärztliche Fortbildung
ZK	Zentralkomitee der SED

A. Einleitung

Zeitschriften und wissenschaftliche Magazine spielen in allen Fachbereichen der Medizin eine wichtige Rolle im Austausch von neuen Erkenntnissen aus dem In- und Ausland, bieten Informationen und Neuigkeiten zu Techniken, Produkten und Geräten, präsentieren Berichte von Fachtagungen und -kongressen und dienen der stetigen Aus- und Weiterbildung.
Ganz egal ob digitalisiert oder gedruckt, der Einfluss von Fachzeitschriften ist und bleibt sehr wichtig. Auch heute noch stellen diese den primären Ort zur Publikation in der Wissenschaft dar.[1]
Laut dem „Verband Deutscher Zeitschriftenverleger" lasen 92% der deutschen Bevölkerung im Jahre 2019 regelmäßig Zeitschriften.[2] Dazu gehören unter anderem die wissenschaftlichen und medizinischen Fach-zeitschriften. Geschätzt gibt es ungefähr 30 000 wissenschaftliche Journale weltweit mit insgesamt 2 Millionen Artikeln jährlich.[3]
Diese vielen wissenschaftlichen Fachzeitschriften unterliegen heute größtenteils einer Kontrolle durch das sogenannte „Peer Review"-Verfahren. Es hat sich etabliert, um die Qualität der Publikationen zu sichern. Begutachtung durch „ebenbürtige" Personen sollen eingereichte Texte auf Inhalt, Korrektheit und rechtlich-ethische Standards hin überprüfen und so die große Menge an Manuskripten filtern.[4] Dieses Verfahren soll seine geschichtlichen Wurzeln bereits im 17. Jahrhundert haben, wenngleich es dort noch keine Schlüsselrolle spielte.[5] Als im 19. Jahrhundert zunehmend Sorgen bezüglich der Qualität wissenschaftlicher Veröffentlichungen aufkamen, entstanden verschiedene Verfahren zur Begutachtung, welche aber noch wenig formell waren und kaum umgesetzt wurden. Vermutlich entstand „Peer Review" aus dem Bereich der Vergabe von wissenschaftlichen Forschungsgeldern, da von der Öffentlichkeit mehr

[1] Vgl. Rödel, 2020, S. 16.
[2] Vgl. Scherzer, 2019, S. 15.
[3] Vgl. Rödel, 2020, S. 16-18.
[4] Vgl. Rödel, 2020, S. 4-6.
[5] Vgl. Baldwin, 2017, S. 45-49.

Transparenz und Begutachtung durch Fachleute gewünscht wurde. Dieses Vorgehen wurde für die Publikationen in wissenschaftlichen Journals übernommen und etablierte sich vor allem ab den 1960er Jahren.[6]

Es gibt unterschiedliche „Peer Review"-Varianten: zum einen das „Einfach-Blind-Verfahren", bei welchem zwar die Autoren[7] bekannt, aber die Gutachter, genauer gesagt Fachleute aus der gleichen wissenschaftlichen Branche, anonym sind. Zum anderen existieren das „Doppelt-Blind-Verfahren", bei welchem beide Parteien nicht voneinander erfahren und das „offene Verfahren", bei welchem alle Beteiligten bekannt sind. Des Weiteren gibt es den sogenannten quantitativen Maßstab „JIF", den Journal Impact Factor, welcher aussagt, wie häufig Artikel aus einer Zeitschrift mit Peer Review zitiert werden. Das Publizieren in Journals mit Peer Review und hohem JIF hat sich zu einer Art „Prestige" entwickelt.[8]

Die Qualitätssicherung über „Peer Review" wird jedoch sehr kontrovers diskutiert und es gibt einige Kritikpunkte. Trotz der Prüfung durch Fachleute kämen immer wieder fehlerhafte Artikel zur Veröffentlichung, wissenschaftliche Innovationen würden gegenüber bereits etablierten Ideen benachteiligt, zum Beispiel durch Voreingenommenheit der „Peers"[9], und die Anzahl der Gutachter sei meist klein, daher weniger objektiv. Zudem seien diese häufig überlastet und benötigten sehr lange zur Überprüfung.[10,11]

Auch gebe es kein einheitliches System beziehungsweise Richtlinien und die genaue Praxis des „Peer Review" bliebe für die meisten Beteiligten unbekannt, was die Forderung nach mehr Transparenz und mehr Kontrolle der Begutachter erklärt.[12]

---

[6] Vgl. Baldwin, 2017, S. 45-49.
[7] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum verwendet.
[8] Vgl. Rödel, 2020, S. 10-14.
[9] Vgl. Csiszar, 2016, S. 306-330.
[10] Vgl. Baldwin, 2017, S. 45-49.
[11] Vgl. Shatz, 2004, S. 2 f.
[12] Vgl. Fröhlich, 2003, S. 33-39.

Zuletzt sollte noch der Vorwurf, es handle sich um eine Art Zensur, erwähnt werden. Denn nur Artikel, die beim „Peer Review"-Verfahren genehmigt wurden, erscheinen in einem der angesehenen Wissenschaftsjournals. Werden sie abgelehnt und in einer Zeitschrift ohne Peer Review abgedruckt, sind sie wissenschaftlich-qualitativ betrachtet weniger „wert"[13] und der Leserkreis wird dadurch eingeschränkt. Andere Stimmen hingehen unterscheiden „Peer review" und Zensur doch deutlich voneinander oder sehen die beiden Verfahren genau gegensätzlich. Ersteres diene nicht dem „Verbot", sondern der Förderung der Wissenschaft und der Qualitätssicherung von Fachartikeln. Auch wenn dieses System verbesserungswürdig sei, so stelle es doch ein effektives Instrument dar und es rühre nicht von politischen oder staatlichen Machtinteressen her, im Gegensatz zur klassischen Zensur.[14]

Die Debatte, ob es sich bei diesem Begutachtungsverfahren um Zensur handle oder nicht, erreicht uns in einer Zeit, in der die offizielle staatliche Zensur in unserer Heimat schon lange „Geschichte" ist. Denn in der Bundesrepublik Deutschland besagt der Artikel 5 des Grundgesetzes, dass jene nicht existiert und sichert uns damit die Freiheit von Presse, Kunst, Wissenschaft und Lehre, kurzum die freie Meinungsäußerung, solange dadurch keine allgemein geltenden Gesetze verletzt werden.[15] Es ist aus heutiger Sicht kaum vorstellbar, dass dieses Recht vor wenigen Jahrzehnten keinesfalls in allen Teilen Deutschlands selbstverständlich war.

Mit der Berliner Mauer, die vor 60 Jahren gebaut wurde und vor über 30 Jahren „fiel", verschwand nicht nur die physische Barriere, sondern auch die unsichtbare „Mauer", die den Alltag eines jeden DDR-Bürgers in allen Bereichen des Lebens und Arbeitens ein- und ausgrenzte.

Das Wort Zensur als solches wurde in der ehemaligen DDR tabuisiert und die Regierung beharrte darauf, dass jene nicht existierte – wenngleich sie aber unter einem anderen Deckmantel vorkam. Zensur sowie Selbstzensur dominierten das Alltagsleben von Autoren, die sich irgendwann aus

[13] Vgl. Fröhlich, 2003, S. 33-39.
[14] Vgl. Rödel, 2020, S. 7-9.
[15] Vgl. Plachta, 2006, S. 184 f.

Angst vor der Nichtveröffentlichung der eigenen Texte stumm einverstanden erklärten und dem Wunsch der Regierung bezüglich der geschriebenen Inhalte fügten.[16]

Insbesondere die Lenkung und Kontrolle im Kultur- und Literaturbereich durch das DDR-Regime, mit all den Konsequenzen, stellen einen zentralen Forschungsgegenstand in der Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen DDR dar.

Die zensorischen Einflussnahmen auf wissenschaftliche Zeitschriften, im Speziellen im Fachgebiet der Medizin, sollen unter dem oben genannten Arbeitstitel genauer herausgearbeitet werden. Neben theoretischen und geschichtlichen Grundlagen wird auf die medizinischen Fachzeitschriften und deren Rahmenbedingungen und Entwicklungen in der Zeit der SBZ und in den frühen Jahren der DDR (1945-1961) eingegangen. Daneben soll aufgezeigt werden, welche Institutionen und Akteure an der Entstehung einer Zeitschrift und jeder einzelnen Ausgabe sowie an der Selektion der Artikel und der Autoren beteiligt waren und inwiefern eine Zeitschrift auch als politisches Instrumentarium zu sehen war. So stellen sich folgende Fragen: Welcher Zweck, neben der medizinischen Erkenntnisverbreitung, steckte hinter einer medizinischen Fachzeitschrift in dieser Zeit? Welche ideologischen Ziele verfolgte das Regime der DDR beziehungsweise die SMAD? Und welche Barrieren ergaben sich für Verlage, Autoren und Leser?

Die vorliegende Arbeit soll einen Überblick über medizinische Fachzeitschriften ausarbeiten und die Fragen klären, in welcher Weise diese der staatlichen Lenkung und Kontrolle unterlagen, wie sich das System entwickelt hat und welche Strukturen daran beteiligt waren.

[16] Vgl. Jäger, 1993, S. 18-28.

Zeitraum der Untersuchung

Aus mehreren Gründen wurde die Zeitspanne von 1945 bis 1961 zur näheren Untersuchung ausgewählt.
Zum Ersten ist die Zeit der SBZ und der frühen DDR kennzeichnend für den Wiederaufbau von Staat, Kultur und Wissenschaft in der DDR. Die Quellenlage zu den ideologischen Zielen, zunächst der SMAD, später des DDR-Regimes, ist für diesen Zeitraum vielfältig. Daher ist es besonders interessant, die Anfangszeit, mit all den politischen und kulturellen, teilweise komplexen Entwicklungen aufzuarbeiten. Zum Zweiten wurde mit „Zensur" in Literatur und Medien das Ziel der Entnazifizierung und Entmilitarisierung verfolgt. In den ersten Jahren nach Kriegsende war das eine Aufgabe von hohem Stellenwert. Politische Unbedenklichkeitsbescheinigungen wurden notwendig und Artikel sowie Autoren überprüft. Eine Publikation durfte keinen NS-Hintergrund aufweisen. Ein dritter Grund für die Auswahl dieses Zeitraums ist der Mauerbau 1961, welcher in der Geschichte der DDR sowie Gesamtdeutschlands einen großen Einschnitt darstellte. Nach 1961 rückt im Literatur– und Medienbereich die Problematik des Literaturaustausches und der physischen Barriere zwischen Ost und West in den Vordergrund. Mit dieser Fragestellung aber befassten sich schon andere Werke im Detail, sodass dies nicht expliziter Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sein soll, wenngleich der Vollständigkeit halber ein Überblick über den grenzüberschreitenden Austausch medizinischer Periodika in die Arbeit aufgenommen wird. Weiterhin wurde 1963 mit der Hauptverwaltung HV Verlage und Buchhandel eine Instanz geschaffen, welche ohne große Veränderungen bis zum Ende der DDR für Zensur und für Verlage im Allgemeinen zuständig war.[17] Die vielfältigen Entwicklungen innerhalb des Zensurwesens der wissenschaftlichen Publikationen in der Zeit vor 1963 trugen zur Auswahl des zu bearbeitenden Zeitraums bei.

[17] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 22 f.

Forschungsstand

In der vorliegenden Arbeit finden sich bereits im Titel drei große Schlagworte: Medizin, Zensur und Literatur (genauer gesagt Zeitschriften) in der DDR.
Diese drei Themengebiete sind von großem historischen Interesse und auch gut erforscht.
Insbesondere der Bereich der Medizin, die Aufarbeitung der NS-Geschichte und die medizinische Entwicklung in der SBZ/DDR wurden in der historischen und wissenschaftlichen Literatur bereits detailliert aufgearbeitet.
Das Gesundheitswesen und die Gesundheitspolitik der ehemaligen DDR wurden zum Beispiel von Melanie Arndt in ihrem Werk „Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948-1961" sehr umfassend dargestellt. Auch Jenny Lineks Arbeit „Gesundheitsfürsorge in der DDR zwischen Propaganda und Praxis" stellt eine umfangreiche Studie zum Gesundheitssystem, vor allen Dingen im Hinblick auf Werktätigkeit und Prophylaxe. Sie gibt sehr viele Details zur Realität bei der Umsetzung der Ziele der DDR- Regierung wieder.
Nicht zuletzt schuf Sabine Ernst mit „Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus" einen sehr detaillierten Einblick in die Medizin und das ärztliche Berufsbild sowie in die Hochschullehre nach Ende des Zweiten Weltkriegs in der SBZ beziehungsweise frühen DDR. Das Buch legt den Fokus auf Probleme wie Entnazifizierung in diesem Berufssektor, Emigration und ärztliche Arbeitsbedingungen/-umstände.
Der Sammelband zur Entnazifizierung im Bereich der Wissenschaft von Bernd Weisbrod, „Akademische Vergangenheitspolitik", zeigt in mehreren Einzelaufsätzen und Studien den Umgang der (gesamtdeutschen) Wissenschaft mit der NS-Vergangenheit und der weiteren Entwicklung dieser Sparte nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Auch in diesem Werk werden die Grenzen und Probleme bei der Entnazifizierung und die Kontinuitäten in der Wissenschaft thematisiert.

Was den literaturgeschichtlichen Aspekt in der ehemaligen DDR anbelangt, liefert Gerd Dietrich mit den drei Bänden „Kulturgeschichte der DDR" ein sehr umfangreiches Gesamtwerk über sämtliche alltägliche, politische und hochkulturelle Fragen, aufgeteilt in verschiedene Zeiträume vom Kriegsende bis hin zum Mauerfall. Es enthält viele Informationen zu ideologischem und propagandistischem Vorgehen in der damaligen Zeit.
Unbedingt erwähnt werden sollte auch ein Werk von Simone Barck, Martina Langermann und Siegfried Lokatis. Sie schufen mit „Jedes Buch ein Abenteuer – Zensur-System und literarische Öffentlichkeit in der DDR bis Ende der sechziger Jahre" einen sehr guten Überblick über die kulturpolitische Lenkung des Literaturwesens durch den sozialistischen Staat sowie über die Strukturen des Zensursystems. Dabei liegt der Fokus des Buches im Bereich des Genres Belletristik.
Anna-Maria Seemann erforschte mit ihrer Studie zum Thema „Parallelverlage im geteilten Deutschland" die ökonomischen, politischen, sozialgesellschaftlichen und kulturellen Hintergründe der Eröffnung von „westlichen" Zweigstellen vieler „Ost-Verlage" nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Somit ergänzt sie die Literatur um detaillierte Informationen zum Buchaustausch und der Verlagsentwicklung in Ost- und Westdeutschland.
Auch Christoph Links trägt mit seinem Buch „Schicksal der DDR-Verlage" zur detaillierten Aufarbeitung der Geschichte des Verlagswesens bei.
Bettina Jütte schuf mit der Veröffentlichung „Vertragslizenzierungen in der sowjetischen Besatzungszone" ein Gesamtwerk über Lizenzierungsverfahren, die beteiligten Personen und Ämter sowie die Konsequenzen für die Verlage.
Über den deutsch-deutschen Literaturaustausch von 1945-1972 bietet Julia Frohns Werk „Literaturaustausch im geteilten Deutschland: 1945-1972" einen guten Überblick und sie arbeitet die Geschichte der Verlagsentwicklungen und -beziehungen sehr tiefgehend aus.
Zuletzt sollte noch die Literatur zu Theorie und Praxis der Zensur erwähnt werden.

Bodo Plachtas Werk „Zensur", welches im Reclam-Verlag erschien, stellt einen detaillierten Gesamtüberblick der Geschichte der Zensur dar.
Ein englischsprachiger Beitrag zu diesem Themenkomplex ist „Censors at work: how states shaped literature" von Robert Darnton. Dies ist ein umfangreiches geschichtliches Werk zur Zensur vom 18. Jahrhundert bis zur DDR.
Eine Arbeit, die für die vorliegende Dissertation wichtige Aspekte lieferte, ist der Aufsatz von Matthew Bunn „Reimaging Repression – new censorship theory and after", in welchem er auf die Kritik an der klassischen Definition der Zensur und auf neue Zensurtheorien näher eingeht und auch darauf, wie sich diese geschichtlich entwickelt haben und welche Formen der Zensur und Lenkung generell existieren.
Beate Müllers englischsprachige Veröffentlichung „Censorship and Cultural Regulation in the modern Age" handelt von der Zensur in der heutigen Zeit, geht auf die neuen Zensurtheorien und Perspektiven ein und zeigt die Zusammenhänge zwischen Politik, Gesellschaft und Zensur sowie die geschichtlichen Hintergründe auf. Neben ihrem Aufsatz enthält dieses Buch Artikel verschiedener Autoren zu geschichtlichen Zensurphänomenen in verschiedenen Ländern.
Frederik Schauer brachte mit „The Ontology of Censorship" einen Sammelband diverser Artikel zur freien Meinungsäußerung in den letzten Jahrzehnten heraus, welcher sich in fünf Kapitel gliedert und von der Theorie der Redefreiheit, der Verfassungsgrundlage zu der Meinungsfreiheit in den USA, der Pressefreiheit, beispielhaft noch speziellen Themen der Zensur und Meinungsfreiheit und vergleichenden Artikeln handelt.
Nikola Roßbach zeigt in „Achtung Zensur! Über Meinungsfreiheit und ihre Grenzen" sehr kritisch und anschaulich auf, wie die Meinungsfreiheit in demokratischen Staaten interpretiert und diskutiert werden kann und geht auch auf die „modernen" Formen der Zensur ein.
Ivo Bocks Schriftstück „Scharf überwachte Kommunikation – Zensur in ost(mittel)europäischen Ländern" in den 1960er bis 1980er Jahren beschreibt sehr ausführlich Strukturen, Akteure, Richtlinien, Parteilenkung

und generell die zensorische Praxis in den verschiedenen, in dieser Zeit kommunistischen, Ländern. Dabei geht er selbst im ersten Kapitel auf die Zensur in der Sowjetunion im Allgemeinen ein, Aleksander Pawlicki im zweiten Kapitel auf den Sonderweg Polens und Ann-Kathrin Reichardt später auf die Zensur der belletristischen Literatur in der ehemaligen DDR.

Siegfried Lokatis und Martin Hochrein brachten erst kürzlich mit dem Titel „Die Argusaugen der Zensur" einen sehr detaillierten Tagungsband über Gutachten zu Druckgenehmigungsverfahren in der DDR heraus. Dieser enthält diverse Beiträge von Tagungsteilnehmern, mehrheitlich mit expliziten Fallbeispielen.

Mit seiner Veröffentlichung „Pervers. Jugendgefährdend. Staatsfeindlich" zeigte Stephan Buchloh die Situation im westlichen Teil Deutschlands zur Zeit der Regierung unter Konrad Adenauer auf und wie dort Zensur und Kontrolle in Presse, Literatur, Theater und Film vonstattengingen. Er widmet auch ein Kapitel der Zensur „als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas in der Ära Adenauer".

Daneben gibt es noch zahlreiche weitere literarische Werke, welche sich mit Zensur in der Literatur in der SBZ/DDR befassen, unter anderem Titel des Autors Siegfried Lokatis, zum Beispiel „Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht". Weiterhin können Artikel in Fachzeitschriften sowie Dissertationen gefunden werden, in welchen der Themenkreis aufgegriffen wird.

Prof. Dr. Igor Polianski veröffentlichte mehrere Publikationen zum Thema Zensur in der SBZ/DDR in medizinischen Fachbüchern, unter anderem in dem Gebiet der Urologie („Zwischen Rotstift und Skalpell", erschienen in „Der Urologe, 1/2021"), Psychiatrie und Neurologie („Psychiatrische Fachbücher aus dem Nationalsozialismus und die zensorische Praxis in der SBZ und frühen DDR", erschienen in „Der Nervenarzt" 3/2020) sowie Gynäkologie. Er stellte dabei dar, inwiefern jener Sachverhalt von den Entnazifizierungs- beziehungsweise Entmilitarisierungsmaßnahmen beeinflusst wurde und welche Instanzen daran beteiligt waren.

Auch Marie Teitge und Ekkehardt Kumbier veröffentlichten einen Artikel in der Zeitschrift „Der Nervenarzt" zu diesem Thema: „Medizinisches Publizieren als Politikum. Zur Entstehungsgeschichte der Zeitschrift Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie in der SBZ/DDR". Hier geht es speziell um die genannte Zeitschrift und den Vergleich mit psychiatrischen Zeitschriften im Westen Deutschlands.

Über medizinische Fachzeitschriften gibt es bislang auch noch weitere vereinzelte Publikationen und Dissertationen, jedoch beschäftigen sich diese vorrangig mit speziellen Fragestellungen hinsichtlich der Entwicklung einzelner Fachbereiche der Medizin, nicht aber mit dem Zensursystem als zentralem Element.

Wie zu sehen ist, gibt es zahlreiche Beispiele, wie in der Literatur schon die Themenkomplexe – Medizin während des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit, Wiederaufbau im Literaturwesen, Zensur und Trennung Ost- und Westdeutschland – aufbereitet wurden. Die vorliegende Arbeit soll daran anknüpfen und im Speziellen einen Überblick über Fachzeitschriften und über Besonderheiten sowie Details zu Zensur und Lenkung in der ehemaligen SBZ beziehungsweise frühen DDR schaffen.

B. Material & Methodik

Primäre Grundlage der Arbeit soll die Auswertung von Quellen, vorwiegend Archivalien aus dem Bundesarchiv Berlin, darstellen.
Der Zeitraum der Untersuchung betrifft die Jahre 1945-1965, es wurden auch weitere Akten aus späterer DDR-Zeit gesichtet, um einen Überblick zu erhalten und das Thema sinnvoll einzugrenzen.
Die Akten aus dem Bundesarchiv entstammen den Sammlungen DQ 1 (Ministerium für Gesundheitswesen, DQ 1-18.7 Medizinische Publikationen) und DC 9 (Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR).
Weiterhin trugen ausgewählte Zeitschriften im Original zur Auswertung bei, sowie Sekundärliteratur, welche sich mit Zensur, Vertragslizenzierung, Buchhandel sowie dem Gesundheitssystem der DDR befasst.
Daneben stellten Werke aus der DDR-Geschichtsschreibung und Zensurtheorie eine Quelle dar, um den Ergebnissen einen historischen Rahmen geben zu können.
Um die geeigneten Akten im Bundesarchiv zu finden, zu bestellen und sichten zu können, bietet das Bundesarchiv die Recherche-Suchmaschine INVENIO an. Dort sind alle vorhandenen Archivalien nach Beständen tektonisch gelistet. Innerhalb der 5 Hauptbestände wurde der Bestand „Deutsche Demokratische Republik mit sowjetischer Besatzungszone" ausgewählt. Hier befinden sich zahlreiche untergeordnete Auswahlmöglichkeiten.
Für die vorliegende Arbeit kam zum einen der Bestand „Arbeit, Gesundheits- und Sozialwesen" in Frage, in welchem die Archivalien DQ 1 des Ministeriums für Gesundheitswesen zu finden sind. Dort sind Akten mit Schriftwechseln, Notizen und Sitzungsberichten unter anderem zu medizinischen Publikationen und Fachzeitschriften enthalten.

Tabelle 1: verwendete Akten, Bestand DQ 1 des Bundesarchivs

DQ 1/10	Kultureller Beirat – Druckgenehmigungen, 1947-1949
DQ 1/23	Schriftwechsel mit Verlagen zu Veröffentlichungen wissenschaftlicher Beiträge in medizinischen Zentralblättern und Zeitschriften, 1947-1949
DQ 1/36	Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und -büchern, Schriftwechsel über Themen und Genehmigungen, 1947-1951
DQ 1/41	Veröffentlichung medizinischer Schriften, Genehmigungen durch die medizinische Abteilung der SMAD und die HV Gesundheitswesen, 1949
DQ 1/62	Schriftwechsel über Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 1948-1949
DQ 1/328	Zeitschrift „Gesundheitspolitik" und Zeitschriften für Heilhilfsberufe, Planung der Herausgabe, 1946-1947
DQ 1/675	Kultureller Beirat – Druckgenehmigungen, 1946-1949
DQ 1/2119	Schriftwechsel mit der Abteilung Wissenschaft und Ausbildung mit dem Verlag Volk und Gesundheit und Verlagen, 1961-1965
DQ 1/4349	Gutachten / Schriftwechsel zu Publikationen, 1951-1953
DQ 1/4655	Pressearbeit – Vorbereitung von Artikeln, Band 1, 1952-1955
DQ 1/4656	Pressearbeit – Vorbereitung von Artikeln, Band 2, 1953
DQ 1/5272	Popularisierung medizinischer Beiträge und Themen – Schriftwechsel innerhalb des Ministeriums und mit medizinischen Verlagen, 1951-1957
DQ 1/5403	Begutachtung zur Veröffentlichung in Fachzeitschriften vorgesehener Arbeiten, 1954-1958

DQ 1/10672	Publikationstätigkeit in medizinischen Fachzeitschriften, 1974-1985
DQ 1/20961	Kontingentierung wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern, Band 4, 1958
DQ 1/22939	Medizinische Zeitschriften, Band 2, 1961-1965
DQ 1/22940	Medizinische Zeitschriften, Band 1, 1960-1963
DQ 1/22941	Kontingentierung wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern, Band 5, 1961-1962
DQ 1/22943	Kontingentierung wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern, Band 1, 1962-1966
DQ 1/22946	Kontingentierung wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern, Band 6, 1961-1964

Da das Presseamt ab Mitte der 1960er Jahre die zentrale Stelle der DDR für die Kontrolle der Zeitschriften und Zeitungen darstellte, wurde zum anderen auch dort nach passenden Archivalien gesucht. In dem Bestand DC 9 Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, welches im Hauptpunkt Ministerrat zu finden ist, konnten Akten ausgewählt werden, die spezifische Details zu jeder Fachzeitschrift enthalten. Dort befinden sich Dokumente wie Lizenzierungsanträge oder Lizenzurkunden, Volkswirtschaftspläne und Auflagenstatistiken. Durch die Einsicht konnte ein guter Überblick über die Entwicklung der Zahlen der Zeitschriften erlangt werden. Diese gefundenen Materialien bezogen sich aber auf die Zeit der DDR nach dem Mauerbau bis zum Mauerfall und trugen zum Überblick bei, jedoch nicht zur inhaltlichen Ausgestaltung der Arbeit, da es sich nicht um den letztendlich festgelegten Zeitraum handelte.

Folgende Archivalien aus dem Bestand DC 9 wurden gesichtet:

Tabelle 2: verwendete Akten, Bestand DC 9 des Bundesarchivs

DC 9/1527	„Deine Gesundheit", VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1964-1989
DC 9/1528	„Zeitschrift für die gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete", VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1963-1989
DC 9/1529	„Die Heilberufe", VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1963-1989
DC 9/1531	„Das Deutsche Gesundheitswesen", Herausgeber Prof. Dr. Baumann/Prof. Dr. Dutz/Prof. Dr. Schulz, VEB Volk und Gesundheit, 1963-1988
DC 9/1538	„Medizin und Sport", VEB Volk und Gesundheit, 1962-1988
DC 9/1541	„Kinderärztliche Praxis", VEB Georg Thieme Verlag, 1963-1989
DC 9/1551	„Zahntechnik", VEB Volk und Gesundheit, 1963, 1968-1989
DC 9/1566	„Zentralblatt für Bakteriologie, Parasitenkunde, Infektionskrankheiten und Hygiene", VEB Gustav Fischer Verlag, 1962, 1963, 1975-1988
DC 9/9080	„Deine Gesundheit", VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1962-1977, „Zeitschrift für die gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete", VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1963-1976, „Die Heilberufe", VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1963-1989
DC 9/9081	„Das Deutsche Gesundheitswesen", Herausgeber Prof. Dr. Baumann/Prof. Dr. Dutz/Prof. Dr. Schulz, VEB Volk und Gesundheit, 1961-1976, „Die Pharmazie", Herausgeber VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1961-1976

	„Stomatologie der DDR“, VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1961-1977
DC 9/9083	„Zahntechnik“, VEB Verlag Volk und Gesundheit, 1961-1976 „Zentralblatt für Bakteriologie, Parasitenkunde, Infektionskrankheiten und Hygiene“, VEB Gustav Fischer Verlag, 1961-1976
DC 9/9086	„Kinderärztliche Praxis“, VEB Georg Thieme Verlag, 1961-1976 „Zeitschrift für Urologie“, VEB Georg Thieme Verlag, 1961-1976
DC 9/9087	„Medizin aktuell“, VEB Verlag Volk und Gesundheit“, 1974-1976
DC 9/9110	„Dermatologische Wochenschrift“, Herausgeber VEB Johann Ambrosius Barth, VEB Johann Ambrosius Barth, 1961-1971 „Zahn, Mund- und Kieferheilkunde“ Herausgeber VEB Johann Ambrosius Barth, 1961-1971
DC 9/9300	„Medizin aktuell“, VEB Verlag Volk und Gesundheit“, 1974-1989
DC 9/9357	Dermatologische Wochenschrift“, Herausgeber VEB Johann Ambrosius Barth, VEB Johann Ambrosius Barth, 1963-1988
DC 9/9363	„Zahn, Mund- und Kieferheilkunde“, Herausgeber VEB Johann Ambrosius Barth, 1961-1971, 1963-1988

Mit all den gesammelten Archivmaterialien soll insbesondere durch das Aufarbeiten konkreter Fallbeispiele wie Schriftwechsel und Einzelschicksale von Autoren und Artikeln ein Gesamteindruck über das Zensurwesen im Bereich medizinischer Zeitschriften erlangt werden.

Bei der Quellensuche stellte sich heraus, dass es zu einzelnen Zeitschriften deutlich mehr und vor allem fundiertere und aussagekräftigere Beispiele und Schriftwechsel gab als zu etlichen anderen. Daher werden in der vorliegenden Arbeit insbesondere für den Teil, der die Praxis des zensorischen und lenkenden Systems näher beschreiben möchte, diejenigen Zeitschriften als Basis genommen, welche sich aufgrund der Archivbestände besonders eignen.

Schriftwechsel und Aktennotizen zu „Das Deutsche Gesundheitswesen" (Verlag VEB Volk und Gesundheit), zum „Zentralblatt für Gynäkologie" (J. A. Barth Verlag) und zum Teil zu den Zeitschriften des Verlages Georg Thieme, zum Beispiel der „Kinderärztlichen Praxis", liefern konkrete Beispiele und dienen als Hauptquelle, auch stellvertretend für alle anderen medizinischen Fachzeitschriften.

Zudem werden weitere Einzelbeispiele aus anderen Magazinen oder Schriftwechseln an einer passenden Stelle erwähnt. Hierzu wurden ebenfalls die Originalausgaben der Jahrgänge ab dem Wiedererscheinen nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1962 der Zeitschriften „Das Deutsche Gesundheitswesen", „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung", „Zentralblatt für Gynäkologie" und „Die Heilberufe" in der Landesbibliothek Stuttgart eingesehen und ausgewertet.

Schriftwechsel aus dem Bundesarchiv wurden mit den Originalarbeiten abgeglichen sowie passende Publikationen für die Interpretation der Ergebnisse verwendet. Einzelne Artikel, die medizinisch-propagandistischen oder ideologischen Inhalt aufwiesen, wurden ebenfalls zur Ausarbeitung der Ergebnisse ausgewählt.

C. Ergebnisteil

I. NS-Vergangenheit und Aufarbeitung – das nationalsozialistische Erbe in der Medizin

Weshalb Zensur und staatliche Lenkung explizit in medizinischen Zeitschriften zum Thema dieser Arbeit gewählt wurden, liegt unter anderem in den geschichtlichen Entwicklungen in der Medizin vor und nach dem Zweiten Weltkrieg begründet. Im Bereich der medizinischen Fachliteratur waren vor allem in den ersten Jahren nach Kriegsende die Zensurmaßnahmen stark vom Entnazifizierungsgedanken geprägt.

Innerhalb der Ärzteschaft gab es sehr viele NSDAP-Mitglieder, bereits 1933 lag die Quote bei ungefähr 45%.[18] Ärzte waren oft Sturmführer und angesehene Offiziere.[19] Auch weil sich viele dadurch finanzielle Vorteile erhofften, traten sie der Partei bei.[20]

In der Ära des Nationalsozialismus wurden Mediziner freiwillig zu „grausamen" Instrumenten der Politik. Dies stand dem Hippokratischen Eid in höchstem Maße widersprüchlich gegenüber, denn ausgerechnet von Ärzten wurden grauenvolle Verbrechen begangen.[21]

Zu der Entwicklung in der Medizin in Richtung Rassedenken kam es nicht plötzlich mit dem Beginn des Nationalsozialismus, sondern schon ab Ende des 19. Jahrhunderts.[22] In der Zeit nach 1933 wurde die „rassehygienische Auslese" sodann vermehrt aktiv betrieben. Zunächst kam es zur „Ausschaltung" von Medizinern und Einschränkungen in ihrer Berufsausübung. Zwischen 1933 und 1939 wurden jüdische, aber auch generell politisch unbeliebte Ärzte sowie Lehrende systematisch vertrieben, diffamiert und suspendiert. Einige emigrierten, andere fielen der Deportation zum Opfer.[23]

[18] Vgl. Bastian, 1995, S. 34.
[19] Vgl. Kappelt, 1997, S. 19.
[20] Vgl. Arndt, 2009, S. 42.
[21] Vgl. Bastian, 1995, S. 13 f.
[22] Vgl. Bastian, 1995, S. 22-26.
[23] Vgl. Eckart, 2012, S. 101-110.

Am 1. Januar 1934 wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" eingeführt, welches die Sterilisation vermeintlich genetisch Erkrankter gegen ihren Willen gestattete.[24]

So wurden ab 1934 zahlreiche Zwangssterilisationen und Sterilisationsexperimente, unter anderem an KZ-Häftlingen, durchgeführt.[25]

Mit der Aktion T4, einem organisierten Massenmord an teilweise vermeintlich geistig sowie körperlich „Behinderten", wurde eines der größten medizinischen Verbrechen begangen. In den Jahren 1940 und 1941 wurden dabei circa 70000 Menschen hingerichtet. 1941 wurde die Aktion vorzeitig beendet, da es Unruhen in der Öffentlichkeit gab und auch von Seiten der Kirche wurde Widerstand laut.[26] Danach kam es aber immer noch zu der sogenannten „wilden Euthanasie", das heißt zu willkürlichen Transporten und Tötungen, beispielsweise durch Injektionen.[27]

Daneben wurden viele ärztliche Verbrechen in den Konzentrationslagern begangen. Die Lager dienten der physischen Vernichtung von Menschen, bei welcher Mediziner an vorderster Front tätig waren. Sie selektierten zum Zwecke der Ermordung Kranke und Schwache aus und quälten die Häftlinge. Es wurden zahlreiche grauenvolle Experimente an ihnen durchgeführt. [28]

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die Zeit des Nationalsozialismus einen dunklen Schatten über die Ärzteschaft wirft und es ist noch heute schwer nachzuvollziehen, wie Mediziner solche Taten ausüben konnten.

Die Aufarbeitung dieser Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg war (und ist) eine schwierige Aufgabe. Juristisch sind hier in den verschiedenen Zonen verschiedene Wege gegangen worden. Bei den Nürnberger Ärzteprozessen 1946/1947 wurden 20 Ärzte angeklagt, aber nur zum Teil verurteilt.[29]

---

[24] Vgl. Eckart, 2012, S. 130.
[25] Vgl. Bastian, 1995, S. 45-48.
[26] Vgl. Eckart, 2012, S. 138-140.
[27] Vgl. Bastian,1995, S. 58-60.
[28] Vgl. Bastian,1995, S. 64-77.
[29] Vgl. Eckart, 2012, S. 403-407.

Die Aufarbeitung blieb insgesamt gesehen im Westen sehr rar und vieles wurde nicht näher untersucht. Der Wiederaufbau des Gesundheitssystems stand an erster Stelle und viele Ärzte waren schnell wieder im Einsatz.[30]

In der DDR wurde die Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus unter anderem auch als ein propagandistisches Instrument verwendet. Sie stellte sich gerne als rigide entnazifizierend dar, verglichen mit der BRD. In Wirklichkeit jedoch konnten viele Mediziner ihre Karriere fortführen, da nicht jeder ehemalige Nationalsozialist angeklagt wurde. Bereits der Wille zum „demokratischen", besser gesagt „sozialistischen", Wiederaufbau reichte häufig aus, um einer Strafverfolgung zu entgehen.[31]

Die Entnazifizierung verlief in den verschiedenen Regionen nicht einheitlich. Es gab zonenübergreifend die Kontrollratsdirektive Nr. 24, welche vorsah, dass alle Personen mit einem Amt oder aktiver Tätigkeit in der NSDAP oder einer NS-Organisation entnazifiziert werden mussten. Diese Direktive wurde aber überall unterschiedlich umgesetzt.[32]

In der SBZ wurde gerne anstatt „Nationalsozialismus" der Begriff „Faschismus" verwendet.[33] Unter Entnazifizierung wurde dort die gesellschaftliche Umgestaltung und der Aufbau des Sozialismus verstanden. Der Kampf gegen den Kapitalismus, zum Beispiel durch Enteignungen und Bodenreformen, zählte auch dazu.[34] Wichtige Ämter wurden vorrangig mit Antifaschisten und Kommunisten besetzt. Die Ziele mit der höchsten Priorität waren der Wiederaufbau und die Bildung eines Verwaltungsapparates, nicht primär die Entnazifizierung – wenngleich das nach außen hin oft anders propagiert wurde. Außerdem lief die Entnazifizierung auch nicht differenziert ab: Es gab zwar viele Inhaftierungen, aber dabei traf es vorwiegend politisch unbeliebte Personen und Systemkritiker, welche unter dem „Deckmantel der Entnazifizierung" verhaftet werden konnten. Auch wurden viele Jugendliche oder einfache ehemalige NSDAP-

[30] Vgl. Bastian, 1995, S. 91-97.
[31] Vgl. Kappelt, 1997, S. 24-27.
[32] Vgl. Sperk, 2002, S. 41.
[33] Vgl. Meyer-Seitz, 1997, S. 41.
[34] Vgl. Sperk, 2002, S. 11.

Mitglieder oder Mitläufer statt der „prominenten" NS-Funktionäre verurteilt.[35]

Im Gesundheitssystem sollte zwar theoretisch die Entnazifizierung streng umgesetzt werden, aus den Umständen ergab sich aber hier eine weniger rigide Vorgehensweise. Ärzte wurden oft aus Gründen des akuten Personalmangels und der Notwendigkeit des Aufbaus eines schnell funktionierenden Gesundheitssystems sehr bald wieder in ihrem Beruf eingesetzt.[36] Was das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" anbelangte, gab es keine deutschlandweit einheitliche Regelung von Seiten des Alliierten Kontrollrates. In der SBZ wurde es sehr rasch Anfang 1946 abgeschafft.[37] Euthanasieverbrechen wurden als Verbrechen gegen die Menschlichkeit deklariert, mehrere Haupttäter verhaftet und es kam zu Gerichtsprozessen.[38] Auch in Bayern ging die Abschaffung des Gesetzes relativ schnell vonstatten. In anderen Ländern und Zonen im Westen blieb es formal bestehen, wenngleich es aber in der Ausübung verboten wurde. Offiziell und automatisch außer Kraft trat es in der BRD erst Ende 1968, da es im Rahmen des „Bereinigens des Bundesrechtes" 1958 nicht aktualisiert wurde und 10 Jahre später die Gültigkeit verlor.[39]

De facto wurde in der BRD eine recht schnelle „Schlussstrichmentalität" an den Tag gelegt und nach 1949 nahmen die Säuberungsmaßnahmen stark ab.[40]

Dass in der ehemaligen SBZ/DDR medial und nach außen hin das Bild erzeugt werden sollte, eine strenge Aufarbeitung und Entnazifizierung durchzuführen, wird an den Recherchearbeiten für die vorliegende Arbeit deutlich. Sehr genau nahmen die Zensoren es mit der Streichung jeglicher nationalsozialistisch behafteter Begriffe, Personen oder Ereignisse. Die Leserschaft, vor allem im Westen, sollte keine Inhalte mit fragwürdiger Vergangenheit entdecken. Auch durften keine Personen, welche nicht

[35] Vgl. Schweizer-Martinschek, 2016, S. 123.
[36] Vgl. Arndt, 2009, S. 53.
[37] Vgl. Doetz, 2010, S. 205 f.
[38] Vgl. Kumbier, Steinberg, 2018, S. 74-75.
[39] Vgl. Doetz, 2010, S. 205 f.
[40] Vgl. Schweizer-Martinschek, 2016, S. 63.

politisch einwandfrei und unbedenklich waren, als Autoren oder Verlagsmitarbeiter tätig sein. Rassenideologische Artikel oder Bücher waren absolut tabu.
Zensorisch wurde diesbezüglich in der medizinischen Literatur sehr strikt vorgegangen, worauf die folgende Arbeit noch näher eingehen wird.

II. Zensur

Bevor nun die detaillierten zensorischen Vorgänge in der Zeit der SBZ und DDR und deren geschichtlicher Kontext ausführlich dargestellt werden, soll eine kurze Erläuterung des Begriffes „Zensur" und von dessen Funktion und Bedeutung erfolgen.

Die einfache Definition des Begriffs Zensur meint den Vorgang einer „Kontrolle der Kommunikation".[41]

Der Begriff lässt sich aus dem Lateinischen von „censura" herleiten, was überliefert den Beruf eines Zensors zur Zeit der Römischen Republik betitelte. Dieser bewertete, prüfte und erfasste Vermögen in Listen, kontrollierte sittliches sowie moralisches Verhalten und sanktionierte es gegebenenfalls.[42]

Ab dem 17. Jahrhundert wurde das Verb „zensieren" im Deutschen vermehrt verwendet, wenn von Buchhandel und Verlagswesen die Rede war. So erlangte es seine bis heute dominierende Bedeutung, nämlich dass Medien vor der Herausgabe darauf geprüft werden, ob inhaltlich etwas gegen geltendes Recht verstößt.[43]

In der Bundesrepublik Deutschland herrscht eine Rede- und Meinungsfreiheit und der rechtliche Rahmen dazu befindet sich im Artikel 5 des Grundgesetzes: „Eine Zensur findet nicht statt".[44]

Dieser Artikel stellt die erste dauerhafte Aufhebung von Zensur (beziehungsweise Vorzensur) in der Geschichte Deutschlands dar. Eingreifende zensorische Maßnahmen und somit die Einschränkung der Meinungs- und Redefreiheit dürfen nur zum Schutz von Frieden, Minderjährigen, Minderheiten, der öffentlichen Sicherheit und der Würde des Menschen erfolgen. Dabei kommt es dennoch oft bei Einzelabwägungen zu Debatten – die Meinungsfreiheit steht hier jeweils dem Schutz gegenüber.[45]

Denn Zensur ist ein Spiegel der Gesellschaft und Filter beziehungsweise

[41] Vgl. Lorenz, 2009, S. 19.
[42] Vgl. Lorenz, 2009, S. 13-16.
[43] Vgl. Plachta, 2006, S. 13-15.
[44] Vgl. Köhne, 2013, S. 30.
[45] Vgl. Seim, 2008, S. 16 f.

Tabus sind notwendig, solange sie verhältnismäßig sind. Die Meinungsfreiheit bleibt trotzdem ein Gut, welches gefährdet sein kann, denn Medien können Unerwünschtes unterdrücken. Andererseits führt Zensur aber auch zur „Faszination des Verbotenen".[46]

Formen von Zensur

Zensur kann auf zahlreichen Wegen erfolgen. Zum einen lässt sich die Vor- von der Nachzensur unterscheiden. Bei ersterer wird von einer Institution ein Entwurf geprüft, bevor er erscheint, bei letzterer erfolgt die Kontrolle erst nach der Herausgabe.[47] Zum anderen kann die präventive, das heißt zunächst verbietende und nach Prüfung genehmigende, und die prohibitive Form differenziert werden, welche unter Vorbehalt eines Verbreitungsverbotes ein Erscheinen zulässt. Außerdem unterscheidet man noch die institutionell-formelle Zensur, welche zum Beispiel von Staat oder Kirche ausgeübt wird und unter anderem über Verbote, Sanktionen oder Lizenzierungen umgesetzt wird, von der strukturell-informellen Form, welche subtil über Kommunikationsstrukturen, Lobbyismus und gesellschaftliche Druckausübung erfolgt.[48]
Eine weitere Variante stellt die sogenannte Selbstzensur dar: Autoren verzichten von sich aus auf Passagen oder Worte aus Furcht vor Strafen oder eines Veröffentlichungsverbotes.[49]
Zensur kann, neben der klassischen Sichtweise, weitläufiger interpretiert werden. Als Meinungskontrolle und sozial-gesellschaftliches Phänomen kann sie zur Machtausübung eines Staates oder bestimmter Gruppierungen und auch zur Unterdrückung gewisser Ansichten führen.[50]

[46] Vgl. Seim, 2008, S. 36 f.
[47] Vgl. Plachta, 2006, S. 17 f.
[48] Vgl. Lorenz, 2009, S. 16-19.
[49] Vgl. Plachta, 2006, S. 19 f.
[50] Vgl. Plachta, 2006, S. 17 f.

Die meisten der zensurhistorischen Untersuchungen begründen sich auf die traditionelle repressive und negative Interpretation des Begriffes. Es existieren wenige Werke über alternative Ansichten oder die Frage, wie Zensur in Demokratien aussieht. Vor allem ab Mitte des 20. Jahrhunderts nahmen Forschungen verschiedener Fachdisziplinen zu Zensurtheorien zu, welche diese in den Kontext zu unterschiedlichen zeitlichen, rechtlichen und staatlich-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stellten. In Demokratien finden wir Zensur also nicht nur rein verbietend, sondern vielmehr spiegelt sie ein „polymorphes Machtsystem" wider.[51] Die strukturelle Zensur in Demokratien ist laut Bunn weniger sichtbar und angreifbar, aber vorhanden: Die Freiheit des Wortes ist nicht unendlich.[52]

Die sogenannte „New Censorship Theory" geht noch einen Schritt weiter und erachtet Zensur nicht nur als rein repressiv, sondern generativ-produktiv. Dies muss jedoch nicht unbedingt positiven Charakters sein. Zensur wird hier als ein „diffuses Phänomen" betrachtet. Die staatliche repressive Zensur stellt in dieser Theorie auch nur einen kleinen Teil dar. Mehrere Umstände, wie staatliche, rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Regeln und Normen, sowie Akteure spielen zusammen – zum Großteil unbewusst und einvernehmlich. Ein Beispiel dafür ist die Fachsprache, da bestimmte Leser dadurch grundsätzlich ausgeschlossen werden.[53]

Die klassische Ansicht, Zensur sei äußerlich und repressiv, gab ihr ein negatives Image. Schon Marx übte daran Kritik, denn soziale Ungleichheiten würden auch die Meinungs- und Redefreiheit beeinflussen. Vielmehr rückte der Begriff Ideologie in den Mittelpunkt, welcher soziale Klüften und dadurch bedingte Zensur verschleierte. Später wurden beide Begrifflichkeiten, Zensur und Ideologie, als gegenseitige Ergänzung angesehen. Westliche, kapitalistische Gesellschaften seien dabei aber laut Bunn widerstandsfähiger gegen Staatsgewalt.[54] Außerdem stellt die

[51] Vgl. Moser, 2013.
[52] Vgl. Lorenz, 2009, S. 26.
[53] Vgl. Bunn, 2021, S. 36-42.
[54] Vgl. Bunn, 2021, S. 25 f.

„Propaganda" einen weiteren Aspekt dar, welcher die öffentliche Meinung manipulieren kann.[55]

Zensur kontrolliert nur die Sprache, Ideologie konditioniert eine Gesellschaft.[56]

Das Problem der neuen Theorie und der Begriffsdefinition ist, dass die klassische Bedeutung des Wortes Zensur rein repressiv ist.

Bunn schlug in seinem Aufsatz vor, dass die Definition so beibehalten werde, aber eine Debatte darüber geführt werden könnte, ob Zensur auch produktiv betrachtet werden kann. Sie könne eine „neue Form" von Sprache erzeugen.[57]

Die Theorie des Zusammenspiels von Zensur und Ideologie findet sich auch in den Beispielen und im Ergebnis der vorliegenden Arbeit wieder. Die klassische wortwörtliche Bedeutung von Zensur stellt eine repressive Maßnahme dar, aber Ideologie als produktive Komponente war ein parallel dazu genutztes Herrschaftsmittel des sozialistischen Staates und beides ergänzte sich gegenseitig. Die vorliegende Arbeit kommt somit zu einem ähnlichen Schluss wie Bunn, denn auch im Bereich der wissenschaftlichen Fachliteratur in der SBZ beziehungsweise DDR beschränkte sich die Zensur nicht nur auf ein reines „Löschen und Streichen" sondern beinhaltete auch lenkende, produktive Maßnahmen, wie im folgenden Text noch näher erläutert wird.

[55] Vgl. Seim, 2008, S. 16 f.
[56] Vgl. Bunn, 2021, S. 25-36.
[57] Vgl. Bunn, 2021, S. 42-44.

III. Verlagswesen und Zensur in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Bevor die einzelnen Zeitschriften und Zensurvorgänge näher betrachtet werden, erfolgt zunächst auch noch die Darstellung der geschichtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen im Bereich des Verlagswesens.

1. Neustart nach dem Zweiten Weltkrieg

Das ehemalige Deutsche Reich stand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter der Kontrolle der Alliierten, welche mit der Viermächteerklärung vom 5. Juni 1945 die legislative Gewalt besaßen. Deutschland wurde in 4 Besatzungszonen unterteilt und unter die Verwaltung der Siegermächte (USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion) gestellt, deren oberste militärische Befehlsstruktur der „Alliierte Kontrollrat" darstellte. Auch Berlin wurde in 4 Sektoren unterteilt.[58]

Vorrangiges Ziel der Alliierten bestand in der „Entnazifizierung", „Entmilitarisierung" und „Demokratisierung" der Bevölkerung. Diese Zielvorgaben zogen unter anderem für das Literatur- und Verlagswesen zahlreiche Konsequenzen nach sich.[59] Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges befahlen die Siegermächte zunächst eine „totale Zensur" aller Medien. Mit dem Befehl Nr. 4 des Alliierten Kontrollrates wurden alle militärischen und nationalsozialistischen Medien eingezogen.[60]

In der US-Zone wurde, geltend für alle westlichen Besatzungszonen, zur Kontrolle der Nachrichten die Information Control Division, kurz ICD, eine Propaganda- und Zensurabteilung, gegründet, sowie per Gesetz Nr. 191 am 12. Mai 1945 Druck und Vertrieb von Medien jeglicher Art verboten. Später konkretisierte sich das Verbot auf „militärische, rassistische und nationalsozialistische Inhalte", sowie Inhalte, die gegen die Alliierten propagierten. Um eine Zeitschrift oder ein Magazin zu publizieren, bedurfte es einer Genehmigung der alliierten Siegermächte.[61]

[58] Vgl. Jütte, 2010, S. 7.
[59] Vgl. Frohn, 2014, S. 27-34.
[60] Vgl. Jütte, 2010, S. 7.
[61] Vgl. Plachta, 2006, S. 184 f.

In der SBZ gab es nicht gleich ein geltendes Gesetz bezüglich der Veröffentlichung von Medien, erst mit dem SMAD-Befehl Nr. 19 im August 1945 wurde festgelegt, dass die Tätigkeit von Verlagen oder Druckhäusern eine spezielle Genehmigung der Militäradministration, eine sogenannte Lizenz, voraussetzte, sowie dass eine Zustimmung für jede einzelne Publikation nötig war. Dies entsprach schon einem konkreten System der Vorzensur in der ehemaligen SBZ.[62]

Um diese Aufgabe ausführen zu können, war die deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung involviert, welche eine Abteilung „Kulturelle Aufklärung" mit dem Referat „Presse und Verlagswesen" besaß. Die Überwachung der Verlage, Kontrolle der Papierzuteilung und Verlagsproduktion gehörten zu deren Aufgabenfeldern.[63]

Die politische Entwicklung der Besatzungszonen divergierte im Laufe der Zeit immer weiter und es kann von einer wirtschaftlichen wie kulturpolitischen Spaltung in Ost und West gesprochen werden.[64]

In der SBZ sollte zur Etablierung eines Staates nach sozialistischem Vorbild unter anderem im Bereich der Kultur und Wissenschaft eine rigide Entnazifizierung und Entmilitarisierung stattfinden. Dies beinhaltete auch zensorische Eingriffe in die Freiheit von Medien jeglicher Art. Es kam zudem zu Verstaatlichungen und Enteignungen. Lizenzvergaben erfolgten spärlich[65] und nur nach staatlichen, zentralistischen Interessen.[66]

So erhielten zuerst die Verlage „Neuer Weg" (KPD-Verlag), der „Aufbauverlag" (Verlag des Kulturbundes) und der staatseigene Verlag „Volk und Wissen" ihre Lizenz.[67]

In den anderen Besatzungszonen hingegen wurde das Ziel einer demokratischen Umerziehung und Entnazifizierung im Sinne eines politischen Neuanfanges verfolgt.[68]

---

[62] Vgl. Frohn, 2014, S. 28.
[63] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 4 f.
[64] Vgl. Frohn, 2014, S. 28.
[65] Vgl. Dietrich, 2018, S. 54.
[66] Vgl. Plachta, 2006, S. 184 f.
[67] Vgl. Frohn, 2014, S. 29.
[68] Vgl. Plachta, 2006, S. 185.

Marktwirtschaft und Dezentralisierung in der Medienwelt waren dort die konträren Pendants zur zentralistischen Entwicklung der Medien in der DDR. In den westlichen Zonen entstand eine Vielfalt medialer Kultur und im Verlagswesen kam es schnell wieder zur Aufnahme der Tätigkeiten von Verlagen und Druckereien, trotz genereller Vorzensur bis 1945 (US-Zone) bzw. 1947 (britische Zone).[69]

An dieser Stelle sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass in den westlichen Teilen Deutschlands sehr wohl auch zensorische Maßnahmen erhalten blieben, wenngleich diese ein geringeres Ausmaß hatten als in der SBZ/DDR. Es wurde zunächst ein Jugendschutzgesetz, welches von den Autoren zum Teil kritisch gesehen wurde, sowie der Paragraf 93 im Strafgesetzbuch eingeführt, welcher die Verbreitung verfassungswidriger Publikationen untersagte. Die Regierung konnte über dieses Gesetz rein rechtlich Zensur ausüben, beispielsweise bei dem Verdacht, dass bei einer Veröffentlichung eine Gefahr für die Demokratie bestand. Dies wurde vor allem bei Medien aus der ehemaligen DDR, aber auch bei politischen Affären ausgeübt. Bis zur Wiedervereinigung blieb das Gesetz nicht näher definiert und bot der Regierung hinsichtlich Zensur Handlungsfreiräume.[70]

Als aus den Westzonen Abwerbungsversuche von Verlagen getätigt wurden, hatte die SMAD schlussendlich entschieden, doch Privatverlage zu lizenzieren, obwohl das nicht dem ursprünglichen Plan und dem sowjetischen Vorbild entsprach.[71]

Somit sollte einer Abwanderung der Verleger in den Westen entgegengewirkt werden. Anfang 1946 erhielten die ersten privaten Verlage ihre Lizenz, unter anderem gehörte auch die Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage dazu.[72]

1949 gab es in der DDR 151 Verlage, davon gehörten 39 Organisationen an, 13 der Verwaltung, 7 dem Staat und 92 waren privat.[73]

---

[69] Vgl. Frohn, 2014, S. 28 f.
[70] Vgl. Frohn, 2014, S. 79-81.
[71] Vgl. Frohn, 2014, S. 30.
[72] Vgl. Jütte, 2010, S. 171.
[73] Vgl. Dietrich, 2018, S. 54.

Die Lizenz für einen Verlag setzte dabei voraus, dass dessen ideologische Vorstellungen mit denen der Sowjetunion übereinstimmten. Um dies zu garantieren, wurde der Kulturelle Beirat eingerichtet, um vorab der SMAD zuzuarbeiten und Verlagsempfehlungen auszusprechen.[74]
Damit dies auch stets kontrolliert werden konnte, wurden entsprechende Institutionen eingerichtet, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll.

[74] Vgl. Dietrich, S. 54 f.

2. An Zensur und Verlagswesen beteiligte staatliche Institutionen in der SBZ und DDR

a) 1945 bis 1951 – Übergang SBZ/DDR

In der SBZ wurde am 5. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration Deutschlands, SMAD, als oberste Regierungsinstanz gegründet, welcher wiederum der Ministerrat unterstellt war. Der oberste „Chef" war zu dem Zeitpunkt Georgij Konstantinovič Žukov (1896-1974).[75]

Die SMAD wurde in 4 Bereiche unterteilt, und zwar „Demilitarisierung", „Politik", „Wirtschaft" und „Zivilverwaltung". Später wurde sie um die Bereiche „Volksbildung" und „Gesundheitswesen" ergänzt, wenngleich vor der Umsetzung erste Änderungen beschlossen wurden. Die Aufgabe der SMAD bestand in der demokratischen Neugestaltung des gesamten Lebens mit allen Bereichen wie Politik, Wirtschaft und auch Kultur. Innerhalb der SMAD gab es „Kompetenzüberschneidungen" sowie verwirrende Machtverhältnisse und -strukturen."[76]

Mit dem Befehl Nr. 29 vom 18. August 1945 wurde die Propaganda- und Zensurtätigkeit auf eine Instanz übertragen. Zuerst führte dies der „Sektor für Propaganda und Zensur" innerhalb der politischen Abteilung der SMAD durch und schließlich wurde am 5. Oktober 1945 die Propagandaverwaltung unter der Leitung von Sergej Ivanovič Tjul'panov (1901-1984) gegründet.[77]

1947 wurde sie in „Informationsverwaltung" umbenannt.[78]

Der Aufbau der Verwaltung wurde von vielen jungen Akademikern, der KPD und emigrierten Kommunisten unterstützt. Die Angestellten waren zumeist Lehrkräfte aus den Geisteswissenschaften höherer Schulen.[79]

Zweck und Ziele der Propagandaverwaltung waren die politische und ideologische Beeinflussung und Kontrolle der deutschen Bevölkerung[80], die

[75] Vgl. Jütte, 2010, S. 15.
[76] Vgl. Jütte, 2010, S. 18.
[77] Vgl. Koslow et al., 2008, S. 243.
[78] Vgl. Jütte, 2010, S. 19.
[79] Vgl. Jütte, 2010, S. 16 f., 20.
[80] Vgl. Koslow et al., 2008, S. 243.

Förderung antifaschistischer Parteien und im Verlagswesen die Kontrolle der Verlage auch hinsichtlich der politischen Unbedenklichkeit. Außerdem war sie für Lizenzierungsverfahren für Verlage und Zeitschriften, Neugründungen von Verlagen sowie die Vorzensur und die Papierzuteilung zuständig.[81]

Die Propaganda- beziehungsweise Informationsverwaltung arbeitete eng mit der DVV zusammen, auf welche im nächsten Absatz genauer eingegangen wird. Grundlage für die Entscheidungen der Propagandaverwaltung bezüglich Lizenzen waren immer die Vorarbeiten der DVV und dort wiederum die Empfehlungen der Länder- und Provinzialverwaltungen. Nur ein kleiner Teil der Lizenzanträge für Verlage, Zeitschriften und Veröffentlichungen gelangte noch an die Propagandastelle der SMAD in Berlin-Karlshorst, da schon in den Vorinstanzen aussortiert wurde.[82]

Mit dem SMAD-Befehl Nr. 17 wurden in der SBZ 11 Zentralverwaltungen gebildet, wozu auch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, kurz DVV, gehörte. Sie war zuständig für Kultur, Wissenschaft und Lehre. Der Aufbau der DVV war langwierig und schwierig, es kam zu diversen Umstrukturierungen und Verschiebungen von Zuständigkeiten.

Erst waren es 6 Abteilungen, später 10.[83]

Die Zentralverwaltungen waren prinzipiell beratend für die SMAD tätig und sollten die sowjetischen Vorstellungen beim Aufbau der Behörden umsetzen. 1947 wurde die DWK gegründet, welche einen Teil der Zentralverwaltungen zusammenfasste und vor allem wirtschaftlich koordinieren sollte. Sie wurden daher als „Hauptverwaltungen" in die DWK integriert. Dies betraf zwar nicht die DVV, jedoch die Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen. Die DVV blieb bis zur Umwandlung ins Ministerium für Kultur mit Gründung der DDR bestehen.[84]

Innerhalb der DVV gehörte der Bereich des Verlagswesens zunächst zum Aufgabenfeld der Abteilung „Kulturelle Aufklärung", welche wiederum

[81] Vgl. Jütte, 2010, S. 22.
[82] Vgl. Jütte, 2010, S. 23.
[83] Vgl. Jütte, 2010, S. 25 f.
[84] Vgl. Niedbalski, 1985, S. 456–459.

erst in 5, dann 9 und später noch mehr Referate unterteilt war. Ab 1948 wurde der Bereich Verlagswesen der Abteilung „Kunst und Literatur" zugeordnet.[85]

Die Aufgabenfelder der Referate wurde immer wieder geändert. Das Referat Verlagswesen hatte anfangs deutlich mehr Aufgabenbereiche inne als schlussendlich die Bereiche Zeitschriften, Buchhandel und Verlagswesen.[86]

Die DVV wirkte an der Lizenzvergabe mit und gemeinsam mit der SMAD wurde hierfür ein System erarbeitet. Die DVV schlug der SMAD anhand von Gutachten zu lizenzierende Verlage und Zeitschriften vor.[87]

Die Mitarbeiter waren allesamt politisch gesinnt und zu großen Teilen SED-Mitglieder. Weiterhin wurden bewusst ehemalige Exilierte für den Wiederaufbau des Verwaltungswesens eingesetzt.[88]

Die DVV war chronisch unterbesetzt und die Tätigkeitsaufnahme kam nur träge ins Rollen. Problematisch war, dass erst einmal alles definiert und organisiert werden musste und nebenbei noch die alltäglichen Nachkriegsprobleme existierten.[89]

Bereits 1946 stieg der Druck der Verleger auf die DVV und es wurden Regeln für das Lizenzverfahren notwendig, welche bis zu dem Zeitpunkt noch nicht klar definiert und auch mangels eines gemeinsamen Nenners der Vorstellungen von DVV und SMAD nicht zustande gekommen waren. Es etablierte sich das System, dass Anträge mit einem Gutachten von den Länder- beziehungsweise Provinzialverwaltungen an die DVV gesandt werden mussten und von dort bei Befürwortung mit einem weiteren Gutachten an die SMAD weitergeleitet wurden. Die SMAD entschied letztendlich über die Erteilung der Lizenz.[90]

Anfangs waren die Anordnungen noch ungenau und es bekamen auch manche Verleger eine Lizenz für ein Werk, obwohl die Verlagslizenz selbst

[85] Vgl. Jütte, 2010, S. 27 f.
[86] Vgl. Jütte, 2010, S. 35 f.
[87] Vgl. Seemann, 2017, S. 132.
[88] Vgl. Schleiermacher, Pohl, 2009, S. 79-86.
[89] Vgl. Jütte, 2010, S. 32-34.
[90] Vgl. Jütte, 2010, S. 137 f.

noch ausstand. Ende 1946 wurde beschlossen, dass nur noch lizenzierte Verlage publizieren dürfen.[91]

Am 3. Juni 1946 wurde der Kulturelle Beirat für das Verlagswesen innerhalb der DVV gegründet, an welchen etliche Posten und Aufgabenbereiche übertragen wurden.[92]

Der KB sollte zur besseren Organisation unterstützend beitragen, Papierzuteilungen koordinieren und Manuskripte beurteilen, bevor sie bei der SMAD eingereicht wurden. Auch wenn es nach außen hin häufig gegenteilig präsentiert wurde, hatte der KB sehr viel Einfluss. Mit dem SMAD-Befehl Nr. 25 vom Januar 1947 wurde der KB noch offiziell als „Rat für ideologische Fragen des Verlagswesens" eingeführt, behielt aber die Bezeichnung KB weiterhin. Ebenso erhielt er mit dem SMAD-Befehl Nr. 90 vom 17.4.1947, welcher rein formal die Vorzensur durch die SMAD aufhob, eine Stärkung. Ihm wurde die Vorzensur für belletristische und wissenschaftliche Literatur übertragen, auch wenn es nicht offiziell als Zensur bezeichnet wurde. Somit war der KB eine machtvolle Institution im Verlagswesen und beeinflusste die Herausgabe von Druckwaren, Papiervergabe sowie die Auflagenhöhen.[93]

Die Formulierung „Abschaffung der Vorzensur" erweckte nur den Eindruck, es gäbe sie nicht mehr. Tatsächlich war nach wie vor eine Genehmigung notwendig. Außerdem unterstanden bestimmte Sparten weiterhin einer strengen Vorabkontrolle, zum Beispiel politische Schriften.[94]

Die Mitglieder des KB bestanden aus dem Sekretariat, einem gemischten Plenum, welches wöchentlich tagte und über Druckgenehmigungen und Papierzuteilung entschied, sowie den freien, nicht verlagsgebundenen Lektoren, welche den größten Anteil ausmachten. Der KB entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer komplexen Einrichtung, es gab mehrere Ausschüsse und Referate. Auch die Anzahl der Lektoren stieg mit der Zeit aufgrund der Erfordernisse rasant an. Jedoch litten sie unter enormem

[91] Vgl. Jütte, 2010, S. 138 f.
[92] Vgl. Frohn, 2014, S. 433.
[93] Vgl. Jütte, 2010, S. 39 f.
[94] Vgl. Jütte, 2010, S. 140.

Stress und schlechten Arbeitsbedingungen. Daher wurden Hauslektoren beschäftigt, welche gezielt ideologisch geschult wurden.[95]

Der KB bevorzugte gerne „neu gegründete" Verlage, das heißt vor allen Dingen die staatseigenen Verlage und Parteiverlage, gegenüber den privaten Verlagen.[96]

Durch dauerhafte personelle Unterbesetzung und langwierige Manuskriptprüfungen sowie Papierknappheit kam es zu langen Wartezeiten und Anträge wurden in Dringlichkeitsstufen eingeteilt. So bekam der KB zunehmend ein schlechteres Image[97]. Er blieb zwar über die DDR-Gründung hinaus noch bestehen, wurde aber Ende 1950 der Hauptabteilung Literatur im Ministerium für Volksbildung, der Nachfolgeinstanz der DVV, angegliedert und dann im August 1951 aufgelöst. Seine Tätigkeiten übernahm das Amt für Literatur und Verlagswesen, kurz ALV.[98]

Insbesondere Autoren und Verlage warfen dem KB zu viel Bürokratie und Willkür vor. Im Grunde waren die ehrenamtlichen und zum Teil auch schlecht ausgebildeten Mitarbeiter häufig von der Masse an Arbeit überfordert.[99]

[95] Vgl. Jütte, 2010, S. 40-43.
[96] Vgl. Jütte, 2010, S. 48.
[97] Vgl. Barck et al., 1998, S. 27.
[98] Vgl. Jütte, 2010, S. 48 f.
[99] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 7.

b) Vom ALV (1951-1956) über die Hauptverwaltung Verlagswesen (1956-1958), die Abteilung Literatur und Buchwesen im MfK (1958-1963) bis hin zur HV Verlage und Buchhandel (ab 1963)

Die Nachfolgeinstitution des KB, das Amt für Literatur und Verlagswesen, wurde am 1.9.1951 offiziell gegründet und sollte dazu beitragen, die Kontrolle und Qualität der Druckwarenproduktion zu verbessern.[100]

Das ALV hatte ein umfangreiches Aufgabenfeld inne. Unter anderem sollte die literarische Entwicklung gefördert, eine Qualitätssteigerung in der Literatur angestrebt und es sollten die Verlage unterstützt werden. Auch die Lizenzvergabe sowie die Papierzuteilung für Zeitschriften und Bücher gehörten zu den Tätigkeiten.[101]

Der Amtsleiter war Fritz Apelt (1893-1972)[102], welcher 1954 von Karl Wloch (1905-1982)[103] abgelöst wurde. Als Stellvertreter fungierte in der gesamten Zeit des Bestehens Karl Böhm (1913-1977)[104], der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „Neuer Weg".[105]

Da alle Verlagslizenzen zum 31.12.1951 ausliefen, gehörte zum ersten großen Aufgabenbereich des Amtes die Neulizenzierung. Auch alle geplanten Veröffentlichungen mussten dem ALV eingereicht werden, damit dieses die Manuskripte begutachten konnte.[106]

Der Aufbau des ALV und die Namen der Abteilungen wurden stets verändert. Zu Beginn unterteilten sich diese in eine Leitung sowie Querschnitts- und Hauptabteilungen. In der ersten Hauptabteilung gab es die untergeordneten Abteilungen „Begutachtung" mit 4 Hauptlektoraten und dem Hauptreferat Zeitschriften, sowie „Entwicklung und Koordinierung der Hauptabteilung" und der anderen Hauptabteilung waren die Referate Verlagswesen und Buchhandel untergeordnet. Das Aufgabenfeld der begutachtenden Abteilung beinhaltete die Einsicht und Kontrolle der Manuskripte sowie die Erstellung von Gutachten und Entscheidungshilfen für

[100] Vgl. Barck et al., 1998, S. 19.
[101] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 8.
[102] Müller-Enbergs et al., 2010.
[103] Müller-Enbergs et al., 2010.
[104] Müller-Enbergs et al., 2010.
[105] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 8.
[106] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 8.

die Druckgenehmigungen. Außerdem wurden im ALV auch Verlagslektoren angeleitet und Produktionspläne erarbeitet. Bis 1956 wurde das Amt für Literatur und Verlagswesen immer wieder strukturell verändert. 1956 nannten sich die Unterabteilungen der Hauptabteilung Begutachtung „Abteilung Wissenschaft" und „Abteilung Künstlerische Literatur". Dies führte wieder einmal zu Verwirrungen und Unübersichtlichkeit in den Zuständigkeiten.[107]

Im Gegensatz zum KB konnte mit dem ALV die Dauer einer Manuskriptbegutachtung deutlich gesenkt werden.[108] Es wurden zusätzlich externe Lektoren beschäftigt, unter anderem aus dem ehemaligen KB, und diese wurden auch deutlich besser entlohnt. Zudem mussten nicht mehr alle eingereichten Skripte geprüft werden, zum Beispiel fand eine Vorselektion statt und Nachfolge-Auflagen bereits lizenzierter Werke konnten ohne Prüfung passieren. Außerdem waren die Verlagsgutachten bereits so kritisch, dass eine weitere Selektion oft nicht mehr vonnöten war und Parteiverlage erhielten häufig Blanko-Druckgenehmigungen. Insgesamt wurden nur noch die Hälfte aller eingereichten Manuskripte prüfungswürdig und die meisten Begutachtungen fanden durch externe Lektoren statt. All dies trug zur Beschleunigung des Verfahrens bei.[109]

Das ALV hatte keine fixen Richtlinien für die „Begutachtung", jedoch wurde diese über den Einsatz stark ideologisch geprägter Lektoren gelenkt. Es gab aber einen Katalog, der das ALV anleitete, auch an der moralischen und politischen Erziehung der Leserschaft mitzuwirken.[110]

Das ALV war zuständig für die Genehmigung jeglicher Druckwaren marxistisch-leninistischen Inhalts, für die Wissenschaften, Naturwissenschaften, Fachliteratur, Kunst, Musik und Belletristik, sowie für Kinderliteratur und Kalender. Für politische und soziale Schriften war das Amt für Information verantwortlich.[111]

---

[107] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 9 f.
[108] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 10 f.
[109] Vgl. Barck et al., 1998, S. 27-29.
[110] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 11.
[111] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 12.

Im Zeitraum um den Volksaufstand vom Juni 1953 wurden auch die Forderungen nach Aufhebung der Zensur lauter.[112]

Im Rahmen des „Neuen Kurses" der SED gab es für das ALV Richtlinien-„Updates". Es stand zwar immer noch an erster Stelle, volksfeindliche Literatur zu verhindern, aber eine zu bürokratische Behandlung der Schaffensarbeit der Autoren sollte vermieden werden. Grundsätzlich blieb es aber bei der Begutachtungspraxis.[113] Statt Verboten wurde eine Limitierung bevorzugt.[114]

Bis 1956 gab es weitere Bestrebungen zur Liberalisierung im Zensurverfahren.[115]

Neben dem ALV unterstanden die großen, parteieigenen und organisationsgebundenen Verlage auch der HV Polygraphische Industrie und der Druckerei und Verlagskontor GmbH, DVK, einer „Holding" der Finanzabteilung des ZK. Alle 3 Institutionen hatten unterschiedliche Interessen und die wirtschaftlichen sowie kulturpolitischen Ziele und Pläne waren nicht immer auf einen Nenner zu bringen. Es gab des Öfteren interne Probleme und der Wunsch nach einer Umstrukturierung keimte auf.[116] Das ALV stand außerdem oft in der Kritik durch Autoren, unter anderem, weil schon oft von außerhalb, zumeist den Verlagslektoren selbst, zensiert wurde. Diese schoben es aber „bequem" dem ALV zu.[117]

Am 1.7.1956 wurde das ALV aufgelöst und die HV Verlagswesen im MfK gegründet. Ziel war eine wirtschaftlich wie politisch „einheitlichere Anleitung der Verlage". Die HV bestand aus mehreren Abteilungen, darunter auch der Abteilung Naturwissenschaften und Technik. Weiterhin wurde die Verantwortlichkeit für die Inhalte mehr und mehr auf die Verlage zentriert. Außerdem gab es mehr Bestrebungen, die Zensur aufzuheben – unter dem Motto „die Kontrolle bleibt, aber anders".[118]

---

[112] Vgl. Barck et al., 1998, S. 48.
[113] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 13 f.
[114] Vgl. Barck et al., 1998, S. 37.
[115] Vgl. Barck et al., 1998, S. 52 f.
[116] Vgl. Barck et al., 1998, S. 39-44.
[117] Vgl. Barck et al., 1998, S. 48.
[118] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 15.

1957 kam es zu einem erneuten Kurswechsel der SED, unter anderem entfacht durch den Ungarn-Aufstand im Herbst 1956.[119] Zudem wurden immer häufiger Fehler im Begutachtungssystem der HV Verlagswesen offenbar.[120]

Begutachtungen und Zensur sollten wieder strenger gehandhabt werden. Jegliche „schädliche und feindliche" Literatur, „verherrlichende Texte aus dem Westen" und „rassenideologische Schriften" sollten scharf zensiert werden. Auch die Pläne zur Aufhebung der Zensur beziehungsweise des Druckgenehmigungsverfahrens, auf welche die HV Verlagswesen hinarbeitete, wurden niedergeschmettert,[121] zugleich aber wurden Erleichterungen versprochen, wie zum Beispiel der Wegfall der Vorlagepflicht bereits erschienener Werke.[122]

Ein wesentliches Grundproblem im Buchhandel der DDR, die ungleiche Import-Export Situation, führte immer mehr zu Devisenproblemen. Die Themenpläne für 1958 waren darauf ausgelegt, die DDR-Literatur zu fördern, Valuta zu schonen und weniger Westtitel einzuführen.[123]

Auch das war in der Politik immer wieder eine willkommene „Ausrede" für die Zensurtätigkeit. Weiterhin zielte sie auf die Festigung der sozialistischen Ordnung ab, denn im Westen herrschten laut der DDR-Regierung militaristische, imperialistische Strömungen und sie müsse den eigenen Staat vor schädlichen Störversuchen schützen. Dies sei nur über Druckgenehmigungsverfahren kontrollierbar.[124]

Um wieder einen gut organisierten, zensorischen Ablauf herzustellen, wurde offiziell zum 1.7.1958 aus der ehemaligen HV Verlagswesen und der HA Schöne Literatur die Abteilung Literatur und Buchwesen innerhalb des MfK gegründet. Diese bestand aus 66 Mitarbeitern und gliederte sich in etliche Sektoren. Zudem wurde am 15.8.1958 im Rahmen der Umorganisation die VVB Verlage im MfK für die wirtschaftliche Lenkung der

[119] Vgl. Barck et al., 1998, S. 61.
[120] Vgl. Barck et al., 1998, S. 76-80.
[121] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 15.
[122] Vgl. Barck et al., 1998, S. 57.
[123] Vgl. Barck et al., 1998, S. 81.
[124] Vgl. Barck et al., 1998, S. 192.

volkseigenen Verlage geschaffen.[125] Somit liefen die wirtschaftlichen und kulturpolitischen Anleitungen wieder separat ab.

In den kommenden Monaten wurden die Vorlagepflichten erneut verschärft, Blankodruckgenehmigungen zurückgenommen und auch die Verlagsgutachten wieder verbindlich eingefordert.[126]

Für lizenzierte Verlage existierten die „Richtlinien für die Begutachtung" von 1960, welche nie offiziell veröffentlicht wurden und in welchen die Lektoren auch Kriterien vorfanden, wie sie die Manuskripte zu beurteilen hatten. Es blieb dennoch Spielraum für Flexibilität. Die Mitarbeiter der Abteilung mussten politisch und ideologisch einwandfrei sein. Aber es wurde vor allen Dingen von den Verlagen gefordert, dass nur politisch und ideologisch wertvolle Manuskripte eingereicht werden sollten.[127] Die Verlage zensierten daher viel intensiver selbst vor.[128]

Kurt Hager (1912-1998), der Leiter der ZK-Abteilung Wissenschaft, initiierte eine schärfere Kulturpolitik und die Rückkehr zu strengen zensorischen Regeln. Bei einem Treffen mit den Verlagen forderte er diese auf, ihrer „hohen ideologischen Verantwortung" gerecht zu werden und die Autoren „ideologisch zu beeinflussen". Insbesondere aber wollte Hager damit sein persönliches Ansehen bei der SED steigern.[129]

Im April 1962 wurde dem Presseamt beim Ministerrat die Verantwortlichkeit für die Zeitschriftensparte übertragen. Die Begutachtung und Lizenzierung von Periodika fanden ab dem Zeitpunkt dort statt.[130]

Das „Presseamt beim Ministerrat", ab 1963 genannt „...beim Vorsitzenden des Ministerrates", der DDR ging aus der „Hauptverwaltung für Information" (innerhalb der DWK) hervor und wurde am 1.11.1949 gegründet, wenngleich der offizielle Gründungstag auf den 1.1.1953 datiert wurde. In dieser Institution zentralisierte sich die politische Kontrolltätigkeit für alle staatlichen Presseerzeugnisse.[131]

---

[125] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 16-18.
[126] Vgl. Barck et al., 1998, S. 87.
[127] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 20 f.
[128] Vgl. Barck et al., 1998, S. 199.
[129] Vgl. Barck et al., 1998, S. 74-76.
[130] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 21.
[131] Vgl. Lapp, 1982, S. 262.

Die letzte einschneidende Änderung im institutionellen Bereich gab es schlussendlich 1963. Wirtschaftliche Probleme im Buchhandel und weitere Zentralisierungsbestrebungen führten zu dem Wunsch nach Optimierung der Koexistenz verschiedener Zuständigkeiten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Verlage kulturpolitisch von der Abteilung Literatur und Verlagswesen, wirtschaftlich von der VVB Verlage sowie dem ZK und exporttechnisch von der LKG angeleitet.[132]

Es kam immer noch des Öfteren zu Konflikten zwischen den beteiligten Stellen und Überlegungen kamen auf, ob überhaupt weiterhin dieses Nebeneinander an Zuständigkeiten benötigt werde.[133]

So wurde im Januar 1963 im MfK die Hauptverwaltung HV Verlage und Buchhandel gegründet, welche Planung, Zensur, Papierzuteilung und wirtschaftliche Verantwortung in einer Institution vereinte. Sie blieb im Großen und Ganzen auch bis 1990 so bestehen, genauso wie die Verantwortlichkeit für Zeitschriften beim Presseamt verblieb.[134]

[132] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 21 f.
[133] Vgl. Barck, et al., 1998, S. 174-177.
[134] Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 23.

c) Die Arbeitsgemeinschaft Medizinische Verlage AMV, die medizinischen Verlage und die Zeit nach Auflösung der AMV

Als die Lizenzvergabe 1946 ins Rollen kam, wollte die SMAD vorzugsweise keine privaten Verlage genehmigen. Schließlich wurde sich aber darauf geeinigt, zunächst 5 private Verlage zu lizenzieren. Das waren Insel, Seemann, Breitkopf&Härtel, Reclam sowie Kiepenheuer.[135]

Aufgrund des schleppenden Lizenzverfahrens, zunehmender Kritik von Verlegern und der DVV, sowie der Gefahr der Verlagsabwanderung mit folglich drohendem Prestigeverlust wurden noch weitere private Verlage lizenziert, entgegen des ursprünglichen Plans der SMAD.[136] In den Augen der Regierung waren staatliche oder parteigebundene Verlage besser kontrollierbar als private Verlage.[137]

Die SMAD schlug der DVV vor, private Verlage in Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen, unter deren Sammellizenz diese publizieren dürfen. Die Rechte sollten formal beim Verlag bleiben.[138]

So wollten sie die Anzahl der Privatverleger klein halten und ihnen eine „Scheinselbstständigkeit" anbieten. Als Mitglieder in den Aufsichtsräten sollten etliche staatliche Vertreter, beispielsweise aus der DWK, eingesetzt werden, um einen hohen staatlichen Einfluss auf die Verlage zu gewährleisten.[139]

Den Vorschlag für diese Arbeitsgemeinschaften arbeitete Heinrich Becker (1891-1971) aus, der damalige Leiter der Abteilung Buch- und Bibliothekswesen im Volksbildungsamt der Stadt Leipzig.[140]

So formierte sich unter anderem die Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage, AMV, zum 12.1.1946 und erhielt am 22.3.1946 ihre offizielle Lizenz (Lizenznummer 37). Sie setzte sich zunächst nur aus dem Johann Ambrosius Barth Verlag (Leipzig), dem Theodor Steinkopff Verlag (Dresden) und Georg Thieme (Leipzig), sowie dem Verleger Dr. Werner

[135] Vgl. Frohn, 2014, S. 30.
[136] Vgl. Jütte, 2010, S. 174-176.
[137] Vgl. Frohn, 2014, S. 34.
[138] Vgl. Jütte, 2010, S. 171.
[139] Vgl. Seemann, 2017, S. 133.
[140] Vgl. Seemann, 2017, S. 182.

Saenger zusammen, da sich die anderen medizinischen Verleger nicht von Anfang an von einem Zusammenschluss überzeugen ließen. Sie fürchteten den Verlust ihrer Rechte und Eigenständigkeit.[141]

Das Misstrauen gegenüber den Arbeitsgemeinschaften blieb zwar bestehen, jedoch ließen sich viele Verleger von dem Wunsch nach Lizenzierung und der Furcht vor der Auflösung des Verlages, wenn sie sich weiterhin gegen den Beitritt zur AMV sperrten, umstimmen.[142]

Sie hofften, dass sie irgendwann später doch noch eine eigenständige Lizenz erhalten würden und waren daher zu diesem Schritt bereit.[143] Dieser Wunsch wurde aber nie erfüllt, und auch anderweitige erhoffte Vorteile wie bezüglich der Papiervergabe blieben meist aus.[144]

Es kamen noch folgende weitere Verlage zur AMV hinzu: der Gustav Fischer Verlag (Jena), S. Hirzel Verlag (Leipzig), die akademische Verlagsgesellschaft Geest&Portig (Leipzig), Verlag H. Heinecke (Berlin), Verlag Dr. Wilmar Schwabe (Leipzig), die Verlagsbuchhandlungen Carl Marhold (Halle) und Elwin Staude (Osterwieck) und der Verlag des dt. Hygienemuseums in Dresden.[145]

Der Aufsichtsrat bestand vor allem aus Mitgliedern der DVV, später noch aus DWK Vertretern, das heißt auch aus der wirtschaftlichen Sparte, sowie zwei Verlagsvertretungen.

Geschäftsführer waren Dr. Werner Saenger und Alfred Napieralski vom Verlag Volk und Wissen, welcher der AMV nicht angehörte. Von den Publikationen, die vor der AMV-Gründung entstanden waren, blieben die gesamten Rechte bei den Einzelverlagen. Alle neuen Verlagshäuser behielten nur das Eigentumsrecht, der Rest fiel an die AMV, genauso wie anteilsmäßig die Einnahmen.[146]

Die AMV stellte eine Kontroll- und Zensurstelle für Bücher und Zeitschriften dar. Wie bereits in den vorherigen Kapiteln erwähnt, liefen Vorzensur

[141] Vgl. Jütte, 2010, S. 223 f.
[142] Vgl. Seemann, 2017, S. 184.
[143] Vgl. Jütte, 2010, S. 217 f.
[144] Vgl. Jütte, 2010, S. 225 f.
[145] Vgl. Jütte, 2010, S. 220-222.
[146] Vgl. Jütte, 2010, S. 224.

und Zensur nicht nur in den höheren Instanzen und Ebenen des Staatsapparates ab, sondern begannen schon früher. Beim Schreibvorgang, beim Verlag und bei der Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage.
Bevor ein Manuskript den üblichen Weg über die örtlichen Militärverwaltungen, den KB und dann zur SMAD-Zentrale gehen konnte, musste ein AMV-Lektor es auf seine politische, ideologische und wissenschaftliche Eignung prüfen.[147] Damit entlastete die AMV auch den KB, da nur noch empfehlenswerte Artikel zur eigentlichen (Vor-) Zensurstelle gelangten.[148]
Das Verfahren war jedoch sehr zeitaufwendig und es kam immer wieder zu Verzögerungen. In den Akten des Bundesarchivs tauchten Briefanfragen auf, in welchen die Autoren beziehungsweise Herausgeber Auskunft zum Stand der Bearbeitung ihrer Manuskripte wünschten oder erinnern wollten, dass noch eine Anfrage aussteht.[149]
In einem Artikel zu der „Entwicklung der medizinischen Verlagsarbeit in der sowjetischen Besatzungszone" betonte Napieralski, dass die medizinische Literatur und Presse, welche unter dem Nationalsozialismus stark gelitten habe, im Rahmen der AMV mit Hilfe der SMAD stetig verbessert und dadurch ein Beitrag zur Erhaltung der Volksgesundheit und zur demokratischen Entwicklung des deutschen Gesundheitswesens geleistet werden solle. Die enge Zusammenarbeit mit der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen fördere wesentlich die Produktion von Büchern und Zeitschriften. Insbesondere sollten Lehrbücher, Nachschlagewerke und Zeitschriften vorangetrieben werden.[150]
Die AMV publizierte relativ schnell viele Werke; unter anderem gab sie 1947 16 Zeitschriften und 90 Bücher heraus und 1948 bereits 29 Zeitschriften und 100 Bücher.[151]
Im Zuge der Neulizenzierung der Verlage durch das ALV 1951 entstand aus der ehemaligen AMV der VEB Verlag Volk und Gesundheit mit dem

[147] Vgl. BArch, DQ 1/36, Brief der AMV an die Verlage, 20.8.1946.
[148] Vgl. Jütte, 2010, S. 226.
[149] Vgl. BArch, DQ 1/62, Brief der Herausgeber „DDG" an Mendel, 13.10.1949
[150] Vgl. Napieralski, 1947, S. 450 f.
[151] Vgl. Jütte, 2010, S. 226 f.

Ziel, medizinische Titel aus verstaatlichten Altverlagen exportfähig zu machen.[152]

Der Verlag mit Sitz in Berlin Mitte wurde zum 1. März 1953 gegründet.[153] Er sollte sozialmedizinische Literatur herausbringen, zum Beispiel aus den Bereichen Arbeitsmedizin, Krippe und Heimerziehung, ärztliche Fortbildung, Pharmazie und allen Fachgebieten der Medizin im Allgemeinen. Der Schwerpunkt lag auf Lehrbüchern und populärer wissenschaftlicher medizinischer Literatur beziehungsweise Zeitschriften.[154]

In einem Entwurf zum Beschluss des Ministerrats der Regierung der DDR vom Februar 1952 hieß es wie folgt:

> (1) „Die Gesundheit des Volkes ist eines der kostbarsten Güter der Nation, denn nur gesunde Bürger vermögen die körperlichen und geistigen Kräfte zu entfalten, die ihren vielfältigen Ausdruck im Schaffen des Volkes in Staat und Wirtschaft sowie im kulturellen Leben der Nation finden. Mit Recht genießt die Gesundheit der Bevölkerung den Schutz des Staates."
>
> (2) „Die Gesundhaltung des Volkes erfordert es, jeden Staats-bürger darüber aufzuklären, welche großen Verpflichtungen er in dieser Hinsicht hat. Das Gesundheitsministerium der DDR muss deshalb mittels eines gut ausgebauten, volkseigenen medizinischen Verlages diese propagandistische Aufgabe erfüllen." [155]

Es kann auch hier gesehen werden, wie sehr das Augenmerk der DDR-Regierung auf der Gesundheit und Gesundheitsfürsorge der Bürger lag. Die Politik wollte dafür Sorge tragen, dass dies im Rahmen der wissenschaftlichen Literatur umgesetzt wurde. Das Ministerium für Gesundheit solle dafür sorgen, dass das Volk gesund bleibt und hierzu seine Arbeit in der Öffentlichkeit leisten. Um dies umzusetzen, und auch den wissenschaftlichen Fortschritt zu fördern, wurde der Verlag gegründet. Fachliteratur und populäre Werke sowie Zeitschriften aus den Sparten Medizin, Biologie und Medizintechnik sollten publiziert werden.

---

[152] Vgl. Links, 2009, S. 95 f.
[153] Vgl. BArch, DQ 1/4349, Entwurf über Beschluss des Ministerrates der DDR zur Verlagsgründung VEB Volk und Gesundheit, 14.2.1952.
[154] Vgl. Links, 2009, S. 95 f.
[155] BArch, DQ 1/4349, Entwurf über Beschluss des Ministerrates der DDR zur Verlagsgründung VEB Volk und Gesundheit, 14.2.1952.

Der VEB Verlag Volk und Gesundheit hatte immer wieder Schwierigkeiten mit dem MfG. Die Zusammenarbeit war nicht immer abgestimmt, manchmal beschloss das MfG Veränderungen, ohne es mit der Redaktion abzusprechen. Es kam zu mehreren Aussprachen und Optimierungsanstößen.[156]

Zum Jahresbeginn 1958 wurde ein Verlagsbeirat gegründet, welcher dafür sorgen sollte, dass der Verlag durch ein Gremium an Wissenschaftlern und Ärzten beraten werde, damit die Zeitschriften auch ihre bildende Aufgabe erfüllen könnten und die Werke einer „kritischen Beurteilung" unterworfen werden. Der Beirat sollte weiterhin bei Themen- und Wirtschaftsplänen behilflich sein, Publikationen beurteilen und die Herausgeber unterstützen. Die 15 Mitglieder im Beirat setzten sich je aus einem Vertreter des MfG, des MfK, des Staatssekretariats für Hochschulwesen und des Zentralvorstands der Gewerkschaft Gesundheitswesen, sowie einzelnen Wissenschaftlern und Buchexperten zusammen.[157]

Allgemein wurde nach der Gründung der DDR versucht, die Anzahl der privaten Verlage herunterzuschrauben, da diese nicht für kontrollierbar gehalten wurden. Das traf auch auf die medizinischen und wissenschaftlichen Verlage zu und wurde unter anderem im Rahmen der Neulizenzierung umgesetzt.[158]

Die Limitation von Lizenzen und Verlagsgebieten konnte zudem als „erste Profilierungsphase" gesehen werden. Profilierung bedeutete in der DDR die Idee und das Bestreben der Regierung, die literarische Produktion zentral und systematisch geplant zu steuern. Verlage sollten Vertreter staatlicher, und nicht volkswirtschaftlicher, Interessen darstellen.[159]

Zu späterem Zeitpunkt wurde dies noch über die „zweite Phase der Profilierung" durch Verlagszusammenlegungen nach dem Mauerbau vorangetrieben. Insgesamt gehörten dann fast die Hälfte alle Verlage dem Staat oder Parteien und Massenorganisationen, der Rest blieb zwar rein

[156] Vgl. BArch, DQ 1/5403 Schriftwechsel und Protokoll zw. MfG und den Verlagen, 21.1.1956.
[157] Vgl. BArch. DQ 1/5403, Müller zum Statut für Verlagsbeirat VEB V&G, 24.11.1957.
[158] Vgl. Frohn, 2014, S. 37 f.
[159] Vgl. Seemann, 2017, S. 156-158.

formal privat, aber viele wurden staatlich treuhändisch verwaltet oder hatten zumindest eine staatliche Beteiligung.[160]

In den Bereichen Medizin und Naturwissenschaften wurden Verlage mit der Begründung „effizienter arbeiten zu können" weiter zusammengefasst.[161] 1956 kooperierte der Verlag Volk und Gesundheit mit den VEB Verlagen Gustav Fischer und Georg Thieme und diese wurden zunächst 1958 zur Literarischen Arbeitsgemeinschaft Medizin, später zur VE Verlage für Medizin und Biologie zusammengeschlossen.[162]

Der Medizinverlag Georg Thieme, welcher seit 1886 in Leipzig bestand, wurde 1951 unter Treuhandverwaltung gestellt und keine zwei Jahre später verstaatlicht. Hintergrund war die Umsiedlung der Verlagsinhaber (auf Einladung der Amerikaner hin[163]) in den Westen, genauer gesagt nach Stuttgart, was die DDR zum Anlass nahm, den verbliebenen Ostverlag zum Staatseigentum zu erklären. So erschienen in der DDR unter dem Namen VEB Georg Thieme weiterhin medizinische Fachbücher und Zeitschriften. 1961 gab es eine Klage des Stuttgarter Hauses gegen den Leipziger Verlag aufgrund dessen Namensführung. Nach 1990 wurde der Stuttgarter Verlag in eine GmbH umgewandelt und der Leipziger Teil symbolisch für 1 DM gekauft, jedoch später geschlossen.[164]

Der Gustav Fischer Verlag, welcher bereits seit 1661 in Jena existierte, bekam ebenfalls Schwierigkeiten mit der DDR-Regierung. Die Behörden ermittelten gegen ihn wegen Kapitalsdelikten und nahmen die Verlagsinhaberin Anneliese von Lucius (1912-2006) fest. Sie siedelte in den Westen über und gründete dort den Verlag Gustav Fischer OHG in Stuttgart. Der Jenaer Verlag wurde daraufhin enteignet und verstaatlicht. Nach dem Mauerfall arbeiteten beide Verlagsteile zusammen, wurden aufgekauft und später entstand die Gustav Fischer Verlag GmbH und Co KG in Stuttgart, wobei der Jenaer Teil wegfiel. Durch weitere Fusionierungen

[160] Vgl. Frohn, 2014, S. 37 f.
[161] Vgl. Seemann, 2017, S. 156-158.
[162] Vgl. Seemann, 2017, S. 76.
[163] Vgl. Seemann, 2017, S. 73.
[164] Vgl. Links, 2009, S. 164-166.

entstand der heutige Verlag Urban und Fischer in der Elsevier GmbH.[165]
Der für Medizin- und Wissenschaftsliteratur berühmte Johann Ambrosius Barth Verlag wurde bereits 1780 in Leipzig gegründet. Der Besitz ging Ende des 19. Jahrhunderts auf Arthur Meiner über, welcher den Verlag nach Ende des Zweiten Weltkrieges schnell wiederaufbaute.[166]
Er erhielt neben der AMV-Lizenz eine Einzellizenz, da medizinische Literatur benötigt wurde. Auch der Barth Verlag besaß einen Parallelverlag im Westen, und zwar in München, welcher später von einem amerikanischen Verlag übernommen wurde. Als alle Erben verstorben waren, ging der Verlag an die Staatsbank sowie die Stadt Leipzig und später an die VE Verlage für Medizin und Biologie über. Nach dem Mauerfall wurde er an den Hüthigverlag verkauft.[167]
Der Theodor Steinkopff Verlag wurde am 1.1.1908 gegründet und war ebenfalls auf wissenschaftliche Titel spezialisiert. Er erhielt 1946 seine Lizenz über die AMV und später noch eine Einzellizenz. Als Theodor Steinkopff (1870-1955) starb, übernahm seine Witwe mit dem Prokuristen Walter Oehler die Leitung. Sie zog später nach Darmstadt und starb 1962. Der nachfolgende Kommanditist, ihr Sohn Dietrich, ließ die Anteile verwalten. Auch er zog nach Ende des Zweiten Weltkrieges in den Westen, gründete in Frankfurt den D. Steinkopff Verlag und siedelte samt diesem nach Darmstadt um. Mit dem Ostverlag, welcher bis 1966 von Oehler geleitet wurde, blieb ein reger Austausch bestehen. Als dieser aus Altersgründen ausschied, gingen dessen Anteile an den VEB Gustav Fischer Verlag über. Später wurde er im Sinne der DDR-Regierung aufgelöst.[168]
Das Phänomen der Parallelverlage lag im politischen System begründet. Aufgrund der Furcht vor enormer Kontrolle der Medien und staatlichen Eingriffen in Eigentumsverhältnisse, aber der dagegen in der BRD schnellen Lockerung der Richtlinien verglichen mit der SBZ beziehungsweise DDR gründeten etliche Verlage Zweigstellen im Westen.[169]

[165] Vgl. Links, 2009, S. 132-135.
[166] Vgl. Seemann, 2017, S. 37.
[167] Vgl. Links, 2009, S. 102-104.
[168] Vgl. Seemann, 2017, S. 53-58.
[169] Vgl. Seemann, 2017, S. 11.

Die Stammhäuser im Osten wurden sehr streng kontrolliert, was auch den Kontakt mit dem Westverlag jeweils limitierte, wenngleich an dessen Aufrechterhaltung beiderseits festgehalten wurde.[170] Die Kontrolle der Interaktion zwischen West- und Ostverlagen und des innerdeutschen Buchhandels wurde über das Urheberrechtsbüro ausgeübt, welches zur HV Verlagswesen, beziehungsweise zur HV Verlage und Buchhandel gehörte.[171]

Die restlichen Verlage, zum Beispiel Geest und Portig, wurden zwar 1951 neu lizenziert, aber nach dem Tod der beiden Gründer gingen die meisten Anteile an den Staat und später auf den VEB Gustav Fischer Verlag über.[172]

Der S. Hirzel Verlag, genauer gesagt die verbleibenden östlichen Anteile, wurden ab 1952 staatlich verwaltet. Nach dem Mauerfall fusionierten die Stuttgarter und Leipziger Anteile wieder.[173]

Saenger tauchte in der Liste der Verleger innerhalb der AMV 1951 nicht mehr auf.[174]

[170] Vgl. Seemann, 2017, S. 76.
[171] Vgl. Seemann, 2017, S. 150.
[172] Vgl. Links, 2009, S. 306 f.
[173] Vgl. Webpräsenz des Verlags S. Hirzel.
[174] Vgl. BArch, DQ 1/4349, Dokumentation der Sitzung der AMV Gesellschafter 13.3.1951.

IV. Literaturaustausch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war die allgemeine Ausgangssituation für den Buchmarkt sehr schlecht, vor allem aber in der Bücherhauptstadt Leipzig. Durch die Zerstörungen während des Krieges gab es kaum mehr intakte Druckereien, Unmengen an Büchern waren verbrannt, die verbliebenen Maschinen zum Druck mussten als Reparationszahlung abgebaut und in die Sowjetunion gebracht werden und Papier war Mangelware.[175]
Nicht zuletzt die Währungsreform verschärfte die Problematik insofern, dass es im Westen zu einer Absatzkrise kam und im Osten der Buchhandel strenger limitiert wurde. Zum einen fürchtete die Regierung die Überschwemmung des Marktes und den Westeinfluss, zum anderen lag es am Devisenmangel. Die Ostmark war keine anerkannte Währung. Für den Osten kam erschwerend hinzu, dass viele Wissenschaftler, Intellektuelle sowie zahlreiche Autoren in den Westen abwanderten.[176]
Mit der Gründung der beiden Staaten, BRD und DDR, 1949 verschwand auch die Hoffnung auf eine Einheit. Der Buchhandel entwickelte sich sehr träge, da in der DDR alles zentral gesteuert und kontrolliert wurde und für jeden Schritt eine Genehmigung nötig war.[177]
Der innerdeutsche Austausch von Druckwaren verlief in der Nachkriegszeit zunächst sehr unorganisiert, zum Teil nur halboffiziell. Erst 1947 gab der Alliierte Kontrollrat eine Direktive Nr. 55 heraus, wonach ein Austausch mit Einschränkungen offiziell möglich wurde, jedoch änderten sich die Richtlinien stets, vor allem in den einzelnen Zonen, und es gab immer wieder gegenseitige Einfuhr- oder Verbreitungsverbote.[178]
Weiterhin gab es aber auch grundlegende andere Probleme, zum Beispiel die Papierknappheit, Devisenmangel und die Logistik. Bahn- und Straßenverkehr waren noch nicht wieder intakt. Bis Ende der 1940er Jahre war dieses Problem weitgehend beseitigt worden.[179]

[175] Vgl. Seemann, 2017, S. 92 f.
[176] Vgl. Frohn, 2014, S. 31-33.
[177] Vgl. Frohn, 2014, S. 34-36.
[178] Vgl. Frohn, 2014, S. 45 f.
[179] Vgl. Frohn, 2014, S. 47.

Auch wenn die gesamtdeutschen Lösungen scheiterten, blieben Ost und West doch in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zueinander. Die Bundesrepublik vermisste die Buchhandelsstadt Leipzig und die Druckbetriebe dort, die DDR litt unter einem großen Mangel an wissenschaftlicher Literatur aufgrund der Abwanderung vieler Professoren und Intellektuellen und war daher trotz allem an der Einfuhr aus dem Westen interessiert. Der Buchhandel blieb ein wichtiges Bindeglied zwischen den beiden Staaten. Bezahlt wurde über ein Verrechnungsverfahren, was aufgrund der unterschiedlichen Währungen und Wertverluste der Ostmark nicht immer einfach war. Nebenbei gab es einen boomenden Schwarzhandel.[180]

Ende 1949 einigten sich die Verleger des westdeutschen Börsenvereins auf einen legalen innerdeutschen Handel für wissenschaftliche Literatur via Verrechnungsverfahren über Kompensationsleistungen. So konnte zum Beispiel ein Westverlag im Osten drucken und der Osten importierte im Ausgleich dafür Literatur aus dem Westen. Jedoch lag hier kein Gleichgewicht vor: Die DDR importierte weit mehr Bücher aus dem Westen als umgekehrt und die BRD druckte dafür mehr im Osten.[181]

Bis zum Jahre 1951 war es möglich, Westautoren mit Westmark zu bezahlen, ohne dass es einer gesonderten Genehmigung bedarf. In einer Besprechung der Gesellschafter der AMV am 13.3.1951 wurde schon angedeutet, dass sie zukünftig ein Kompensationsverfahren in einer Regelung durch die LKG einzuführen plane.[182]

1951 spitzte sich der Devisenmangel immer mehr zu, Westmarkkonten wurden geschlossen und westdeutsche Autoren hatten Angst, nicht mehr bezahlt zu werden und traten von ihren Aufträgen zurück.[183]

Die Einfuhr von Zeitschriften in die DDR wurde ab Anfang des Jahres 1951 problematisch, denn die Zentralstelle für wissenschaftliche Literatur machte Schwierigkeiten und forderte eine Einfuhrgenehmigung, um

[180] Vgl. Frohn, 2014, S. 50-52.
[181] Vgl. Frohn, 2014, S. 53 f.
[182] Vgl. BArch, DQ 1/4349, Dokumentation der Sitzung der AMV Gesellschafter 13.3.1951.
[183] Vgl. Frohn, 2014, S. 56-62.

„feindliches Material" auszusortieren.[184] Um Zeitschriften in die BRD zu senden, waren Genehmigungen des KB nötig. Diese lagen aber 1951 noch nicht vor.[185] Auch hier war das aufwendige, staatlich gelenkte System in der DDR ein zeitverzögerndes Hindernis.

Nicht nur durch die Erlaubnis im Jahre 1955, Belletristik auszutauschen, stieg der generelle Austausch, vor allem von der DDR in die BRD, bis 1960 wieder an. Mit dem Mauerbau kam dieser erst einmal zum Erliegen, lief jedoch dann wieder an, insbesondere für wissenschaftliche Literatur.[186]

Behindernd für den Literaturaustausch war vorrangig das Zensursystem. Der Zoll fungierte als schützendes Organ und selektierte die Sendungen vor. Sollten Bücher den „demokratischen und friedliebenden" Interessen widersprechen, wurden sie einbehalten. Die Richtlinien für den Zoll änderten sich immer wieder. Es gab sogenannte Empfehlungslisten für Autoren oder Werke, welche durch eine Publikation aus dem Osten ersetzt werden sollten, um den Import kleinzuhalten.[187]

In der BRD wurde auch zensiert, aber „nur" zum Jugendschutz und laut Paragraf 93 zum Verfassungsschutz. Dieser Paragraf wurde jedoch benutzt, um ideologische Titel aus dem Osten fernzuhalten.[188]

Da Devisen- und Papiermangel, die Zensur im Osten, die Rechtsvorbehalte im Westen gegenüber der SBZ/DDR und die Nichtkonvertierbarkeit der Ostmark den direkten Buchhandel deutlich einschränkten, gab es theoretisch auch die Möglichkeit des Lizenzhandels. Das bedeutete, dass ein Verlag im Osten Literatur aus dem Westen veröffentlichen konnte und dafür verantwortlich war. Praktisch fand diese Variante aber wenig Anwendung. Die Verlagsprogramme drifteten zu weit auseinander und die gegenseitige Skepsis beider Staaten blieb ebenso bestehen. Weiterhin forderte die DDR-Regierung, den direkten Handel zu favorisieren, da sie die finanziellen Ausgaben kleinhalten wollte.[189]

---

[184] Vgl. BArch, DQ 1/4349, Sitzung der AMV Gesellschafter 13.3.1951.
[185] Vgl. BArch, DQ 1/4349, Sitzung der AMV Gesellschafter 13.3.1951.
[186] Vgl. Frohn, 2014, S. 56-62.
[187] Vgl. Frohn, 2014, S. 71-80.
[188] Vgl. Frohn, 2014, S. 79 f.
[189] Vgl. Frohn, 2014, S. 83-92.

Die DDR-Regierung startete mit der Aktion Störfreimachung 1961 eine Initiative, um die eigene Wirtschaft zu stärken und die Abhängigkeit vom Westen noch stärker einzuschränken. Im Verlagswesen bedeutete das die Bevorzugung von Ostautoren. Außerdem sollten so Devisen geschont werden.[190]

In einer Besprechung des MfG, Abteilung Wissenschaft, wurde ein Konzept vorgeschlagen, wie auch im Literatur- und Zeitschriftenwesen die Aktion Störfreimachung umgesetzt werden sollte.

Verschiedene Abteilungen im MfG sollten für die Durchsicht der westlichen Druckerzeugnisse verantwortlich sein. Für Informationen des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes war dies das Presseamt, für Globusausschnitte aus westlicher Presse die Arbeitsgruppe Agitation und Propaganda. Hierbei galt zu beachten, dass nur der Minister und sein Stellvertreter empfangsberechtigt waren. Normative Publikationen wie Bundesgesetzblätter und Ähnliches sollte der Sektor Recht auswerten. Gesundheitspolitische Schriften sollten von der Abt. Wissenschaft, Referat Information und Dokumentation, und der AG Agitation und Propaganda nach ideologischen und politischen Gesichtspunkten begutachtet werden. Monatlich sollte entschieden werden, welche Zeitschriften aus dem Westen verteilt wurden und an wen.[191]

Spezielle medizinische Fachzeitschriften sollten von der Abt. Wissenschaft, Referat Information und Dokumentation, begutachtet werden. Diese unterlägen keinen „Sicherheitsbestimmungen", aber politisch gefärbte Zeitschriften sollten strenger behandelt werden, ähnlich wie gesundheitspolitische Schriften. Die medizinische Fachliteratur sollte auch ärztlich und wissenschaftlich arbeitenden Personen außerhalb des MfG zugänglich gemacht werden.[192]

Wöchentliche medizinische Schriften aus dem Westen seien „von geringem wissenschaftlichem Wert, jedoch von negativer ideologischer

[190] Vgl. Seemann, 2017, S. 159 f.
[191] Vgl. BArch, DQ 1/22946, vorläufige Ordnung des MfG zur Störfreimachung vom 25.1.1962.
[192] Vgl. BArch, DQ 1/22946, Vorläufige Ordnung des MfG zur Störfreimachung vom 25.1.1962.

Einflussnahme.“ Daher wurde empfohlen, diese auf je 30 Exemplare zu reduzieren und den Ärzten das Inhaltsverzeichnis über DDR-Zeitschriften zugänglich zu machen, damit jene die einzelnen Artikel ordern konnten. Manche Zeitschriften aus dem Westen wurden auch als wissenschaftlich unnötig eingestuft und der Bezug ganz eingestellt. Die Durchsicht der Zeitschriften sollte systematisch geschehen und die Abteilungen hatten 4 Wochen Zeit, ihre Ergebnisse auszuwerten.[193]

[193] Vgl. BArch, DQ 1/22946, Vorlage zur Besprechung der Gesundheitsminister.

V. Medizinische Fachzeitschriften in der SBZ und DDR

1. Überblick

Folgende aufgelistete Zeitschriften erschienen im bearbeiteten Zeitraum (von 1945-1961) der vorliegenden Arbeit.

1947-1948 wurden folgende Periodika über die AMV veröffentlicht:

- Das Deutsche Gesundheitswesen
- Die Pharmazie
- Zeitschrift für die gesamte innere Medizin und ihre Grenzgebiete
- Zentralblatt für Gynäkologie
- Zentralblatt für Chirurgie
- Zentralblatt für Bakteriologie, Parasitenkunde, Infektionskrankheiten und Hygiene
- Dermatologische Wochenschrift
- Wochenschrift für die Medizinische Technik
- Biologisches Zentralblatt
- Monatshefte für Veterinärmedizin
- Anatomischer Anzeiger
- Beiträge zur pathologischen Anatomie und allg. Pathologie
- Zentralblatt für allgemeine Pathologie
- Pharmazeutische Zentralhalle für Deutschland
- Kinderärztliche Praxis
- Zeitschrift für Urologie[194]

Bis 1961 wurden deutlich mehr medizinische Fachzeitschriften publiziert. Die Zahl in Klammern beträgt die Auflagenhöhe 1961, soweit diese bekannt ist.[195]

VEB Verlag Volk und Gesundheit

- Beiträge zur Orthopädie und Traumatologie (600)
- Deine Gesundheit (120 000)
- Das Deutsche Gesundheitswesen (9000)
- Deutsche Stomatologie (5200)
- Die Heilberufe (40 000)
- humanitas
- Medicamentum (23 000)
- Medizin und Sport (1000)
- Medizintechnik

[194] Vgl. BArch, DQ 1/23, Aktennotizen zu den AMV Zeitschriften.
[195] BArch, DQ 1/2119, Übersicht zu den Zeitschriften-Auflagenhöhen 1961 und 1964, 8.6.1964.

- Medizin in der Sowjetunion und den Volksdemokratien im Referat (400)
- Die Pharmazie (4800)
- Radiobiologia/Radiotherapia
- Radiologia diagnostica
- Zahntechnik (3000)
- Zeitschrift für die gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete (750)
- Zeitschrift für medizinische Labortechnik (1500)

Johann Ambrosius Barth Verlag

- Allergie und Asthma (1000)
- Ärztliche Jugendkunde (1000)
- Dermatologische Wochenschrift (1700)
- Deutsche Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (1200)
- Deutsche Zeitschrift für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten (1000)
- Endokrinologie (1150)
- Fortschritte der Kieferorthopädie (1900)
- Mitteilungen zur Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften
- Zeitschrift für Tuberkulose und Erkrankungen der Thoraxorgane (1900)
- Zentralblatt für Chirurgie (4100)
- Zentralblatt für Gynäkologie (3700)
- Zentralblatt für Neurochirurgie (1200)

VEB Gustav Fischer

- acta histochemica
- anatomischer Anzeiger
- Angewandte Parasitologie
- Archiv für Protistenkunde
- Laboratoriumsversuchstiere
- Das medizinische Bild (7040)
- Monatsschrift für Tuberculosebekämpfung (1200)
- Zeitschrift für ärztliche Fortbildung (7040)
- Zentralblatt für allg. Pathologie (840)
- Zentralblatt für Bakteriologie II

VEB Georg Thieme:

- Archiv für physikalische Therapie, Balneologie und Bioklimatologie (1150)
- Zeitschrift für kinderärztliche Praxis (3250)
- Zeitschrift für die gesamte innere Medizin und ihre Grenzgebiete (2700)
- Zeitschrift für Urologie (2050)

Weiterhin noch im Akademieverlag:

- Acta Biologica et Medica Germanica (800)
- Beiträge zur Entomologie (1300)
- Biometrische Zeitschrift (700)
- Deutsche Entomologische Zeitschrift (1300)
- Journal für Hirnforschung (800)
- Die Nahrung (750)
- Zeitschrift für allgemeine Mikrobiologie
- Pädiatrie und ihre Grenzgebiete[196]

[196] BArch, DQ 1/2119, Übersicht zu den Zeitschriften-Auflagenhöhen 1961 und 1964, 8.6.1964.

2. Ausgewählte Fachzeitschriften im Detail

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurden mehrere bekannte Zeitschriften selektiert und ausgewertet. Für die Aufarbeitung und den Erkenntnisgewinn hinsichtlich zensorischer Eingriffe wurde nur eine Auswahl an Zeitschriften betrachtet. Dabei ließ sich auch sehr deutlich differenzieren, welche Zeitschriften politisch-ideologisch genutzt wurden und welche rein wissenschaftlichen Charakter hatten.
Als Beispiel für medizinisch-wissenschaftliche hochwertige Zeitschriften mit gleichzeitig politisch-ideologischem Einfluss wurden „Das Deutsche Gesundheitswesen", „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" und „Die Heilberufe" ausgewählt, wobei der Fokus auf den ersten beiden Zeitschriften liegt, unter anderem da die Quellenlage dort umfangreicher ist.
Die Auswahl dieser Zeitschriften rührt nicht nur daher, dass sie strikter (vor-)zensiert wurden, sondern insbesondere nachdem alle Quellen gesichtet waren, erwiesen sich diese Magazine als beispielreich.
Der Vollständigkeit halber wurden noch zwei weitere renommierte Zeitschriften untersucht, das „Zentralblatt für Gynäkologie" und „Kinderärztliche Praxis", welche im Rahmen der Archivarbeit mehrfach in Schriftwechseln gefunden wurden und auch Beispiele für Zensur lieferten. Diese beiden Zeitschriften waren vorwiegend wissenschaftlicher Natur und blieben im Verlauf neutral.

Das Deutsche Gesundheitswesen

Diese neu entstandene Zeitschrift erschien ab dem 1.1.1946 und sollte die Öffentlichkeit über den Aus- und Aufbau des Gesundheitssystems in der SBZ informieren.[197]
Zunächst erschien die Zeitschrift über die AMV, ab Gründung des VEB-Verlages Volk und Gesundheit dort.[198]
Die Schriftleitung erklärte gleich zu Beginn des Heftes in einem kurzen Artikel „Was will die Zeitschrift?" den Zweck dieser. Zum einen diene sie

[197] Impressum, Das Deutsche Gesundheitswesen 1, 1946, S. 1.
[198] Vgl. BArch, DQ 1/4349, Briefwechsel Steinkopff mit Zetkin, 24.6.1952.

dem Vermitteln von Wissen und zum anderen habe sie auch eine besondere Bedeutung, denn durch den „verbrecherischen Krieg Hitlers" litt auch das Gesundheitswesen. Die Behandlung akuter Notfälle war zunächst vorrangig gewesen und nun, nachdem der Alltag zurückkäme, werde es zur wichtigen Aufgabe, das Gesundheitssystem wiederaufzubauen, und zwar unter einer zentralen Leitung im Sinne einer sozial(istisch)en Gemeinschaft. Diese Leitung sollte die deutsche Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen innehaben und die Zeitschrift agiere als deren „Organ".[199]

„Das Deutsche Gesundheitswesen" erschien zunächst zweiwöchentlich und ab Heft Nummer 13/1949 wöchentlich. Der offizielle Herausgeber war die Deutsche Wirtschaftskommission, HV Gesundheitswesen, später das Ministerium für Arbeits- und Gesundheitswesen, HA Gesundheitswesen[200]. Die Redaktion setzte sich aus Prof. Alfred Beyer (1885-1961), Prof. Karl Linser (1895-1976), Prof. Hermann Redetzky (1901-1978) und Prof. Maxim Zetkin (1883-1865) zusammen, wenngleich Beyer Hauptverantwortlicher war. 1959 wurde ein Herausgeberkollegium dreier Schriftleiter als Nachfolger eingesetzt.[201]

Der Aufbau der Zeitschrift bestand zuerst aus einem Leitartikel. In den ersten Jahren war dieser häufig politisch gefärbt und/oder propagandistischen Inhaltes. Danach kamen die Rubriken „Originale und Übersichten", „Für die Praxis" „Buchbesprechungen", „Referateteil", „Tagungen und Vorträge" und zuallerletzt „Ereignisse und Mitteilungen".[202]

Zeitschrift für ärztliche Fortbildung

Diese bereits seit 1904 bestehende Zeitschrift[203] wurde nach kurzer Unterbrechung ab 1949 innerhalb der AMV beziehungsweise des Verlages Georg Fischer Jena herausgegeben. Das erste Heft nach dem Zweiten

[199] Vgl. Beyer, 1946, S. 2 f.
[200] Vgl. BArch, DQ 1/62, Briefwechsel AMV an MfG, 5.11.1949.
[201] Vgl. Herausgeberinformation, Das Deutsche Gesundheitswesen 41, 1959, S. 1885.
[202] Vgl. Gesamtausgaben DDG 1946-1961
[203] Vgl. Editorial, Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen ZEFQ 102, 2008, S. 5.

Weltkrieg erschien am 15. Januar 1949 als 43. Jahrgang. Die Herausgeber waren Prof. Erwin Marcusson (1899-1976), Dr. Kurt Winter (1910-1987) und Prof. Hermann Redetzky (1901-1978).[204]

In dieser ersten Ausgabe waren kurze einleitende Worte des Verlags und der Schriftleitung zu Beginn zu finden: „Die Zeitschrift für ärztliche Fortbildung soll im Geiste der neuen Zeit herausgegeben werden, und ihre bisher so mit Erfolg durchgeführte Aufgabe, der Fortbildung der deutschen Ärzte zu dienen, fortsetzen."[205]

Es erschienen jährlich 24 Nummern, anfangs als Doppelausgaben, später wurden sie zahlreicher und es wurden auch Einzelhefte veröffentlicht. Die Kosten für eine Ausgabe betrugen 6 Euro.[206]

Von Beginn an enthielt die Zeitschrift als Titelblatt und Leitartikel eindeutig propagandistische Inhalte, in der Regel in Form eines Aufsatzes von Winter. Dieser erklärte in Heft 21/22 von 1949, dass er beschloss, bei der Neuauflage immer einen politischen oder berufspolitischen Leitartikel zu integrieren, auch wenn dies gegen die Tradition verstoße. Diese neue Gepflogenheit habe laut ihm Anklang in der Leserschaft gefunden und nur sehr wenige westdeutsche Ärzte haben das Abonnement daraufhin abgelehnt.[207]

Erst ab 1953, genauer gesagt ab dem Heft 14/1953 änderte es sich fast schlagartig. Danach wurden vorwiegend wissenschaftliche Leitartikel gedruckt und es waren nur noch vereinzelt politische Titel oder Tendenzen zu finden.[208]

Die Heilberufe

Diese Zeitschrift erschien ab dem 1.7.1949 monatlich, ebenfalls innerhalb der AMV (unter der Lizenz Nr. 463), später im VEB Verlag Volk und Gesundheit.[209]

---

[204] Vgl. ZÄF Nr. 1/1949.
[205] Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 1, 1 (1949).
[206] Vgl. Gesamtausgaben der ZÄF, Jahrgänge 1949-1961.
[207] Vgl. Winter, 1949, S. 561.
[208] Vgl. Gesamtausgaben der ZÄF, Jahrgänge 1949-1961.
[209] Vgl. BArch DQ 1/4349, Briefwechsel Steinkopf mit Zetkin, 24.6.1952.

Der Leiter der Redaktion war Dr. Ludwig Herrmann. Das weitere Redaktionskollegium der Zeitschrift bestand in den ersten Jahren ausschließlich aus SED Mitgliedern.[210] Sie sollte für medizinisches nicht-ärztliches Personal, für welches die anderen Zeitschriften nicht die optimale Plattform darstellten, Information und Fortbildung bieten. Zu den Berufsgruppen gehörten Krankenschwestern und -pfleger, Hebammen, Fürsorger, medizinisch-technische Assistenten, Krankengymnasten und alle weiteren Angehörigen von sogenannten Heilhilfsberufen.

Bereits im ersten Leitartikel „Zum Geleit" wies die Redaktion darauf hin, dass der Beruf, „der ja dem ganzen Volke dient", auch zur Arbeit habe, den Frieden zu fördern. Herrmann erinnerte an die Vergangenheiten im Zweiten Weltkrieg, wo Pflege und Fürsorge durch die „Geißeln des Krieges zerstört wurden". Weiterhin wurde der SMAD gedankt, dass der Druck der Zeitschrift genehmigt wurde.[211] Auch „Die Heilberufe" sollte im medizinischen wie sozialistischen Sinne einen erzieherischen Beitrag leisten. Es erschienen ideologische Leitartikel, sei es „Auch dein Ja dem Frieden" oder ein „Aufruf zum 1. Mai", um nur wenige Beispiele zu nennen.[212] Im Wesentlichen ähnelten die Titel, Anlässe und Inhalte dieser Aufrufe jenen der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" und in „Das Deutsche Gesundheitswesen". Der typische Aufbau der Zeitschrift gliederte sich 1949 noch in die Rubriken „Beruf und Wissenschaft", „Unsere Arbeit für das Gesundheitswesen", „Berichte/Tagungen und Vorträge", „Diskussionsbeiträge" und „Buchbesprechungen".[213] Ab 1950 kam als Erstes immer der politische oder ideologische Leitartikel dazu, gefolgt von „Beruf und Wissenschaft", „Unsere Arbeit für das öffentliche Gesundheitswesen", gelegentlich „Gesundheitspolitische Probleme aus aller Welt" und „Aus dem Gewerkschaftsleben". Der Rest blieb unverändert.[214]

[210] Vgl. BArch, DQ 1/5403, Aussprache VEB V&G und MfG am 19.1.1956, 21.1.1956.
[211] Vgl. Herrmann, 1949, S. 1.
[212] Inhaltsverzeichnis, Die Heilberufe Jahrgang 2, I (1950).
[213] Inhaltsverzeichnis, Die Heilberufe Jahrgang 1, I-II (1949).
[214] Vgl. Inhaltsverzeichnis, Die Heilberufe Jahrgang 2, I-IV (1950).

Das Zentralblatt für Gynäkologie, welches im Januar 1877 gegründet wurde[215], erschien nach einer Unterbrechung nach dem Zweiten Weltkrieg ab 1947 innerhalb der AMV beziehungsweise beim J.A. Barth Verlag. Herausgeber war Prof. Walter Stöckel (1871-1961), der Direktor der Universitätsfrauenklinik Berlin. Die Zeitschrift blieb im gesamten Verlauf fachlich und sachlich. Der wissenschaftliche Aspekt stand jederzeit im Vordergrund. Es wurden viele internationale Beiträge abgedruckt und die Reihenfolge der Aufsätze unterschied auch nicht nach Ost- und Westartikeln. Generell wurde wenig in „Ost und West" differenziert, sondern meist über Gesamtdeutschland gesprochen. Tagungen internationaler Fachärzte wurden ebenfalls abgedruckt. Die Referate waren verschiedener Herkunft, genauso wie die Buchempfehlungen.[216]

Der typische Aufbau der Zeitschrift gliederte sich in I „Klinische Fächer", II „Gerichtsmedizin oder experimentelle Arbeit", III „Prophylaxe", IV „Aus Wissenschaft und Praxis" oder „Zeitschriftenreferate", V „Buchbesprechungen" und VI „Tagesgeschichte".[217] Es konnte nahezu kein politisch gefärbter Artikel gefunden werden, dazu wurden alle Ausgaben von 1947 bis 1961 gesichtet. Die einzige Äußerung, die vorkam, stammte aus Heft 1/1956 in einer Rede zum „Gästeabend der wissenschaftlichen Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie in Berlin am 6.5.55" von Prof. Helmut Kraatz (1902-1983). Er sprach von der Klinik in der Artilleriestraße, obwohl diese nun Tucholskystraße heißt. Vor dem Krieg und der „unseligen politischen Spaltung" hatten laut ihm die Treffen immer dort stattgefunden, jetzt abwechselnd in Ost- und Westberlin. „Sie seien voll Hoffnung, dass sich noch alles zum Guten wenden und die Einigung kommen werde".[218] Dieser hier erwähnte Wunsch nach Wiedervereinigung war die einzige ärztlich-politische Äußerung, die in den Heften gefunden wurde. Keine weiteren Reden oder Geburtstagsgrüße enthielten Parolen, so wie es in den ideologisch gefärbten Zeitschriften Usus war. [219]

[215] Vgl. Zentralblatt für Gynäkologie 1,1 (1877).
[216] Vgl. Gesamtausgaben des „Zentralblatts für Gynäkologie" 1947-1961.
[217] Vgl. Gesamtausgaben des „Zentralblatts für Gynäkologie" 1947-1961.
[218] Vgl. Kraatz, 1956, S. 1-7
[219] Vgl. Gesamtausgaben des „Zentralblatts für Gynäkologie" 1947-1961

Mit der Durchsicht des Zentralblattes konnte der Unterschied zwischen Zeitschriften, die dem DDR-Regime ideologisch dienten, zu den rein wissenschaftlichen deutlich erkannt werden.

Die Zeitschrift „Kinderärztliche Praxis", welche im Georg Thieme Verlag erschien, wurde ebenfalls für eine genauere Betrachtung in Erwägung gezogen. Es wurden vereinzelte Schriftwechsel zu Artikeln oder zu Konflikten mit dem Herausgeber Professor Karl Klinke (1897-1972)[220] gefunden[221]. Jedoch ergab die Recherche wenig konkretes weiteres Beispielmaterial und das Magazin blieb im Ganzen neutral und rein fachlich gehalten, weshalb an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen wird.

[220] Vgl. Buddrus, Fritzlar, 2007, S. 228 f.
[221] Vgl. Gesamtausgaben der „Kinderärztliche Praxis" 1947-1961

VI. Zensur und Lenkung im medizinischen Zeitschriftenwesens in der SBZ/DDR

Zeitschriften waren für die Verlage finanziell interessant. Wissenschaftliche beziehungsweise medizinische Fachzeitschriften waren häufig die „Aushängeschilder" eines Verlags. Vor dem Zweiten Weltkrieg gab es circa 315 medizinische Periodika. Danach mussten erst wieder die Lizenzen vergeben werden, welche aber an Entnazifizierungsmaßnahmen gekoppelt waren.[222]

Im Westen war dies deutlich einfacher zu erlangen, da 1949 die Lizenzpflicht aufgehoben wurde. Im Osten verlief dies über das übliche Genehmigungsverfahren und es waren während der Besatzungszeit nur sehr wenige Zeitschriften lizenziert. Für jede Zeitschrift war nicht nur eine Verlagslizenz notwendig, sondern auch noch eine Sonderlizenz.[223,224]

Die Lizenzen wurden von der SMAD erteilt und für den Druck einer Zeitschrift war eine sogenannte „Druckgenehmigung" nötig, welche zunächst von der Propagandaverwaltung der SMAD, später vom KB vergeben wurde. Über die Einteilung in vier verschiedene Dringlichkeitsstufen wurde indirekt Zensur ausgeübt und bestimmte Zeitschriften und Verlage hinsichtlich der Papiervergabe bevorzugt.[225]

Wissenschaftliche Zeitschriften jedoch wurden generell vorrangig behandelt.[226]

Alle für eine Zeitschrift geplanten Manuskripte unterlagen einer Vorzensur. Die Autoren der AMV Verlage sendeten ihre Manuskripte an die AMV-Lektoren zur Vordurchsicht mit der Bitte um eine Verbreitungsgenehmigung.[227]

---

[222] Vgl. Seemann, 2017, S. 185-187.
[223] Vgl. Seemann, 2017, S. 194-203.
[224] Zur besseren Anschaulichkeit befinden sich im Anhang exemplarisch zwei größere Abbildungen von Lizenzurkunden aus dem BArch.
[225] Vgl. Seemann, 2017, S. 140 f.
[226] Vgl. Seemann, 2017, S. 139.
[227] Vgl. Jütte, 2010, S. 226

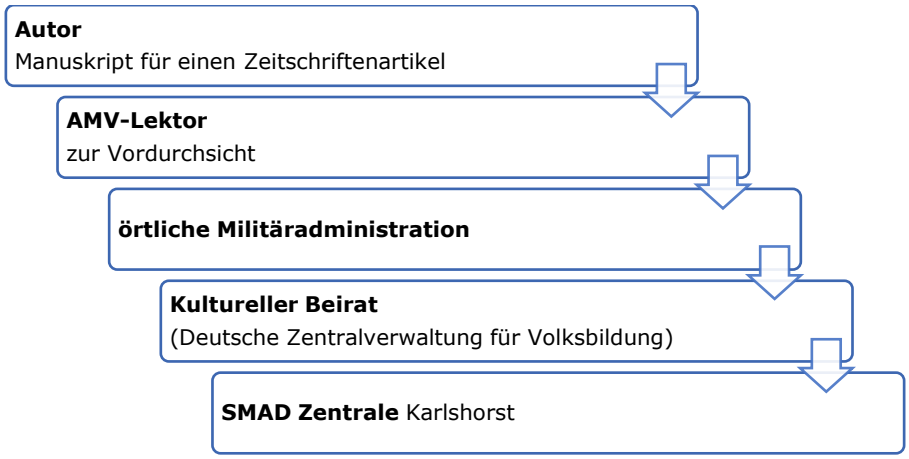


Abbildung 1: Der Weg eines Zeitschriftenartikels innerhalb der SBZ

Die AMV informierte ihre Verlage über dieses Prozedere in mehreren Anschreiben, welche im Bundesarchiv zu finden sind. Weiterhin teilte die AMV den Verlagen mit, dass die SMA Veröffentlichungen in Zeitschriften vorab als Zusammenfassung oder bei Bedarf im Original sowie das Inhaltsverzeichnis jeder Zeitschrift vorgelegt bekommen wolle.[228]
Am 6.11.1948 schrieb beispielsweise Napieralski an die Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", dass Dr. Leo Mendel (1894-1966) auch Manuskripte zur Kontrolle bekommen sollte, bevor diese an die SMA gereicht werden.[229] Im Impressum der Zeitschrift DDG konnte eine genaue Anweisung an die Autoren gefunden werden:

> „Alle Manuskripte bitten wir unmittelbar an die Redaktion […] zu richten. […] Durch den Versand von Korrekturfahnen wird die Veröffentlichung der Arbeiten gegenwärtig noch allzu sehr verzögert. Nach den Manuskripten werden im Verlag von Fachkräften Korrekturen genau gelesen."[230]

Bei Fragen oder Unklarheiten berieten sich die AMV Lektoren mit dem KB, zum Beispiel ob ein Verlag oder Autor politisch unbedenklich war.[231] Dieses gesamte Verfahren war sehr zeitaufwendig. Es wurden auch keine festgesetzten Kataloge und Richtlinien, nach welchen die Zensoren sich zu orientieren hatten, in den Archivalien gefunden.

---

[228] Vgl. BArch, DQ 1/36, Schriftwechsel AMV an die Verlage, 20.8.1946.
[229] Vgl. BArch, DQ 1/62, Briefwechsel Napieralski an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen", 06.11.1948.
[230] Impressum, Das Deutsche Gesundheitswesen, Jahrgang IV, I, 1949.
[231] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen", 7.12.1948.

Vielmehr aber lieferten Gesprächsaufzeichnungen, Briefwechsel und Anordnungen oder Befehle der SMAD Hinweise darauf, worauf grundsätzlich geachtet werden musste und was erwünscht oder unerwünscht war.
Allein durch die Auswahl der Lektoren anhand ihrer politischen und ideologischen Gesinnung sowie der „Verantwortlichkeit" der Lektoren wurde eine sorgsame Durchsicht und strenge Vorzensur verwirklicht. Auch wenn mit dem Befehl Nr. 90 der SMAD die Vorzensur offiziell aufgehoben werden sollte, wurde dieses Vorgehen, wie schon näher besprochen, de facto durch eine Übertragung der Begutachtung auf eine andere Instanz weiterhin zelebriert. Außerdem wurden alle Printmedien vor dem Druck geprüft und es änderte sich am Verfahren der Zeitschriftenbegutachtung nicht wirklich viel.[232]
Einer der Lektoren, welcher am häufigsten in den Archivakten zu Zeitschriftengutachten auftaucht, war Dr. Leo Mendel (1894-1966).
Daneben war Dr. Herbert Schaldach (Lebensdaten unbekannt), bis 1950 stellvertretend, ab 1950 als Hauptlektor bei medizinischen Zeitschriften für die AMV tätig.[233]
Bei der Begutachtung sollte darauf geachtet werden, russischen Referaten Vorzug zu gewähren, immer eine angemessene Anzahl an sowjetischen Arbeiten zu veröffentlichen und Kongresse in der Sowjetunion anzukündigen. Dies wurde in einer Besprechung der AMV im März 1948 genauer beschlossen. Die Inhalte sowjetischer Referate sowie die russischen Übersetzungen sollten immer an erster Stelle stehen.[234]
Militärzeitschriften sollten nicht referiert oder zitiert werden und es wurde gewünscht, den Demokratisierungsgedanken besser umzusetzen. Ferner sollte bei Zweifeln, ob der Autor politisch unbedenklich sei, vorab die SMAD konsultiert werden, um eine spätere Beanstandung der eingereichten Manuskripte zu vermeiden.[235]

[232] Vgl. Jütte, 2010, S. 39 f.
[233] Vgl. BArch, DQ 1/62, gesamte Archivakte.
[234] Vgl. BArch, DQ 1/23, Brief von Mendel an die Verlage, 8.3.1948.
[235] Vgl. BArch, DQ 1/23, Briefwechsel AMV intern, 24.1.1948.

Außerdem bekam die AMV vom deutschen Volksrat im Dezember 1948 den Hinweis, dass in den Zeitschriften vermehrt der Einheits- und Friedensgedanken umsetzt werden sollte. Dies wurde in einem Schreiben von Mendel an Zetkin deutlich, welches von einer Sitzung der Chefredakteure der wissenschaftlichen Presse am 3.12.1948 handelte. In demselben Schreiben ging es unter anderem um das Thema „Zensur". Mendel betonte, dass der KB „keine Zensurstelle" sei. Die Papierzuteilung müsse trotzdem nicht nur nach wissenschaftlichen, sondern auch nach ideologischen Gesichtspunkten erfolgen.[236]

Dies zeigt, dass das Wort „Zensur" zwar vermieden, diese aber sehr wohl ausgeübt wurde – jedoch mit anderen Methoden. In diesem Fall war es die Vergabe von Druckpapier, die als Instrument hergenommen werden konnte, um gewisse Zeitschriften zu fördern, zu benachteiligen oder gar nicht erst erscheinen zu lassen.

Die Papierzuteilung wurde mit der Integration der HV Gesundheitswesen in die DWK 1949 auch von dieser Stelle aus mitbestimmt. Ab dem 1.7.1949 war dort die Materialbeschaffungsstelle für die zentrale Papiervergabe des vom KB genehmigten Druckpapiers zuständig, anstelle wie bislang die Verlage.[237] Die DWK bevorzugte bei der Verteilung jedoch den Zentralverlag. Mendel bat Zetkin in einem Schreiben, dass ein Abkommen getroffen werden sollte, damit der AMV mehr Papier für medizinische Publikationen zur Verfügung stehe.[238]

Anfang Januar 1949 gab es eine Besprechung zwischen der SMA und Mendel zum Thema Vorzensur. Die SMA schlug vor, dass die Vorzensur unter anderem auch bei der „Kinderärztlichen Praxis" erhalten bleibe, da sie mit Klinke bereits Auseinandersetzungen hatten.[239]

Ein Beispiel für eine Uneinigkeit zwischen Klinke und der SMA befindet sich in einer Aktennotiz im Bundesarchiv über Richtlinien bei Zeitschriften. Wadim Kutschin (1920-1979) von der SMAD, meist unter dem

[236] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Brief an Zetkin, 6.12.1948.
[237] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz über eine Besprechung mit Alipow am 14.4.1949, 23.4.1949.
[238] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Brief an Zetkin, 29.3.1949.
[239] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 11.01.1949.

Decknamen Oberst Wladimir Karpow genannt,[240] war nicht mit der Version der Erstausgabe der Zeitschrift „Kinderärztliche Praxis" einverstanden, da ihm das Vorwort nicht demokratisch genug war und zu wenige sowjetische Autoren enthielt. Klinke erklärte dies damit, dass die meisten Pädiater im Westen angesiedelt waren und es nur so möglich sei, wissenschaftliche Arbeiten zu veröffentlichen.[241] Klinke wollte nur das Vorwort ändern, nicht aber den Rest. Laut Mendel sollte Klinke dann auch seine Redaktionstätigkeit niederlegen. Dieser lehnte eine persönliche Klärung mit der SMA ab, da er „keine Lust habe" mit einem, wie er ihn nannte, „engstirnigen Dummkopf" wie Karpow zu verhandeln.[242]

Damit es nicht „undiplomatisch" wirkte, sollten daneben noch andere Zeitschriften dauerhaft vorzensiert werden. Dazu gehörte zum Beispiel „Das Deutsche Gesundheitswesen".[243]

Im Februar kam es zu einem erneuten Gespräch beider Parteien über die Frage der Aufhebung der Vorzensur. Grundsätzlich werde dies von der SMA auch bei wissenschaftlichen Periodika gewünscht, jedoch sollten trotzdem die ersten Hefte einer neuen Zeitschrift weiterhin vorab begutachtet werden. Die Praxis der „Vorzensur" blieb bei folgenden politisch gefärbten Zeitschriften dauerhaft bestehen: „Das Deutsche Gesundheitswesen", „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" und „Die Heilberufe". Es wurde betont, dass das Ende der allgemeinen Vorzensur nicht das Ende der Notwendigkeit einer Verbreitungsgenehmigung durch die SMA anhand von Vorabexemplaren bedeute.[244]

Am 17. Februar 1949 schrieb Zetkin an den Georg Thieme Verlag, dass der KB die AMV bisher in der Zeitschriftengestaltung unterstützte, dies aber aufgrund positiver Erfahrungen eingestellt werden könne. Nur noch für die neuen Zeitschriften sollte der KB konsultiert werden. In der Zeit des Übergangs der Neuregelung bliebe jedoch der Usus bestehen, die

[240] Vgl. Stöver, 2009, S. 174.
[241] Vgl. BArch, DQ 1/23, Aktennotiz über eine Besprechung zwischen der SMAD und Klinke, 20.2.1948.
[242] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 11.04.1949.
[243] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 11.01.1949.
[244] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 7.2.1949.

Vorabexemplare an die AMV zu senden, um die Verbreitungsgenehmigung von der SMA einzuholen. Auch wenn der Einfluss des KB in diesem Bereich abgebaut werde, stünde es den Verlagen frei, sich weiterhin Rat vom Referat „Medizinisches Schrifttum und hygienische Volksbelehrung" einzuholen. Manuskripte würden hierfür wie gewohnt an die AMV gesendet werden. Zetkin schloss diese Mitteilung mit einem Appell an die Verlagsleitung ab: „Die HV Gesundheitswesen gibt der Überzeugung Ausdruck, dass sich der Verlag und die Schriftleitung wie bisher voll und ganz ihrer verantwortungsvollen Aufgabe bewusst bleiben".[245]

Insofern lässt sich damit feststellen, dass die „Vorzensur" für den Großteil der Zeitschriften nur rein formal aufgehoben, eine „Kontrolle" beziehungsweise Form der Zensur, die so wortwörtlich aber nicht bezeichnet wurde, für alle Zeitschriften weiter bestehen blieb. Insbesondere die Abwälzung der zensorischen Tätigkeit, deklariert als „Verantwortlichkeit", auf die Verlage wurde in diesem Schreiben noch einmal deutlich. Kontrolle gab es immer, nur die hierarchische Ebene der Zensur verschob sich immer weiter in Richtung „Ursprung" der Manuskripte: Verlage und Redaktion betrieben „Vorzensur" sowie „Selbstzensur".[246]

Im März 1949 beschloss die AMV zusammen mit der SMAD, dass in medizinischen Zeitschriften gegen Kriegshetze Stellung genommen werden sollte, insbesondere in „Das Deutsche Gesundheitswesen", in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" und in „Die Heilberufe". Sie empfahlen, einen Artikel zum Weltfriedenskongress in Paris zu veröffentlichen.[247] Dies zeigt, dass in den drei Zeitschriften, bei welchen die strenge Vorzensur bestehen blieb, gezielt ideologisch und politisch motivierte Artikel veröffentlicht werden sollten.

Nach der Auflösung des KB und der AMV gab es weiterhin Institutionen, wie schon genauer erläutert wurde, die für die Papierverteilung, Lizenzvergabe, Manuskriptkontrolle und die Druckgenehmigungen sowohl im Buch- als auch Zeitschriftenwesen zuständig waren.

---

[245] Vgl. BArch, DQ 1/36, Zetkin, Brief an den Thieme Verlag, 17.2.1949.
[246] Vgl. Lokatis, 2003, S. 19.
[247] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 26.3.1949.

Die „Abwälzung" der Verantwortlichkeiten bereits auf die Verlage selbst und das dadurch deutlich geringere „Zensuraufkommen" in den nachgeschalteten Institutionen erklärt die Quellenlage in den Archiven. Dort waren unter anderem Briefe oder Sitzungsberichte von Verlagen und Ministerien aufzufinden, weniger direkte zensorische Anweisungen bezüglich eingereichten Manuskripten.

In einem Schriftwechsel wies der Minister für Arbeit und Gesundheitswesen Luitpold Steidle (1898-1984) darauf hin, dass eine Redaktion nie tolerieren dürfe, dass „abwegige" Artikel erscheinen und wenn dies doch geschähe, dann läge die Verantwortung beim Verlag allein.[248]

Der VEB Verlag Volk und Gesundheit erhielt 1958 noch die Ergänzung um einen Verlagsbeirat, welcher für eine kritische Kontrolle von Publikationen, nebst Beratung und „Unterstützung", zuständig sein sollte. In diesem Beirat saßen unter anderem Vertreter aus den Ministerien für Gesundheitswesen und Kultur. Dies spiegelte den strenger werdenden Kurs der SED wider, aufgrund dessen die Kontrolle und Zensur im Verlags- wie Zeitschriftenwesen wieder strikter verfolgt wurden.[249]

Ab Mitte der 1950er Jahre wurden immer häufiger Forderungen laut, dass die Zeitschriften in ihrem fachlichen Niveau gesteigert werden sollten.

Einem Protokoll einer Aussprache zwischen dem VEB Volk und Gesundheit Anfang 1956 und dem MfG war zu entnehmen, dass sehr viel Wert darauf gelegt wurde, dass die wissenschaftliche Qualität der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen" verbessert werde.

Laut Prof. Alfons Krautwald (1910-1992) seien „viele Publikationen zu breit ausgeführt, auch entsprächen sie in ihrem wissenschaftlichen Niveau nicht den Anforderungen, die wir bei unseren wichtigsten medizinischen Zeitschriften zu stellen haben." Er schlug vor, strengere Maßstäbe bei der Annahme von Artikeln einzuführen.[250]

---

[248] Vgl. BArch, DQ 1/5403, Steidle, Brief an Fechner, 5.9.1958.
[249] Vgl. BArch, DQ 1/5403, Müller, zum Statut für Verlagsbeirat VEB V&G, 24.11.1957.
[250] Vgl. BArch, DQ 1/5403, Aussprache zwischen VEB Verlag Volk und Gesundheit und MfG am 19.1.1956, 21.1.1956.

Anfang 1961 wurde auf einem Treffen der Literaturarbeitsgemeinschaft Medizin darüber diskutiert, ob die medizinischen Zeitschriften der DDR ihre „fachliche und politische Aufgabe erfüllen".

Prof. Gerhard Misgeld (1913-1991)[251] vom MfG beriet zu diesem Aspekt in einem Briefwechsel mit Prof. Harald Dutz (1914-2010)[252], dem damaligen Chefredakteur der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen". Laut Dutz habe sich die Zeitschrift in ihrem fachlichen Niveau deutlich steigern können, da die Redaktion sorgfältig Artikel auswählte, welche wissenschaftlich einen hohen Standard aufwiesen:

> „Man spürt eine wesentlich straffere redaktionelle Arbeit gegenüber den früheren Gepflogenheiten. Das fachliche Niveau kann nur durch eine solche kritische und streng auswählende Redaktionstätigkeit weiter gehoben werden."[253]

Er wünschte dennoch mehr Übersichtsarbeiten, da sie den aktuellen Stand der Wissenschaft besser vermitteln könnten, sowie Vorträge aus Tagungen und Fortbildungen. Die Zeitschrift komme ihrer politischen Aufgabe dadurch nach, dass sie auf wissenschaftlich hohem Niveau arbeite und fachlich schlechte Werke nicht akzeptiere. Dutz stellte klar, dass gerade die Aufsätze, welche von Gesundheitspolitik handelten, besonders geprüft werden müssten, da diese auch im Westen für Außenwirksamkeit sorgten. In der Wahl der Redakteure müsste daher viel Sorgfalt angewandt werden. Er empfahl, dass nicht nur nebenamtliche, sondern auch hauptamtliche Redakteure von hohem wissenschaftlichen Rang gewonnen werden sollten.[254]

Misgeld antwortete Dutz daraufhin, dass man dem Wunsch nach einer fachlich ausgezeichneten hauptamtlichen Redaktion vermutlich in den nächsten Jahren nicht nachkommen könne, da Ärzte ihre hauptberufliche Tätigkeit kaum für Journalistik aufgeben würde.[255]

---

[251] Vgl. Müller-Enbergs et al., 2010.
[252] Vgl. Catalogus Professorum Rostochiensium, 2008.
[253] BArch, DQ 1/22940, Dutz, Brief an Misgeld, 17.3.1961.
[254] Vgl. BArch, DQ 1/22940, Dutz, Brief an Misgeld, 17.3.1961.
[255] Vgl. BArch, DQ 1/22940, Misgeld, Brief an Dutz, 29.3.1961.

1961 beschloss die DDR-Regierung die Aktion Störfreimachung, welche im wirtschaftlichen Sinne die Unabhängigkeit vom Westen zum Ziel hatte. Bereits in den Jahren zuvor wurde darauf hingearbeitet.[256]

Dieses Konzept beeinflusste auch das Zeitschriftenwesen maßgeblich. Einer Vorlage für eine Besprechung der Gesundheitsminister der Abteilung Wissenschaft ließen sich die detaillierten Auswirkungen auf das Fachzeitschriftenwesen entnehmen. Zum einen betraf es die Zeitschrifteneinfuhr aus dem Westen, welche schon näher erläutert wurde.[257] Zum anderen hatte es Auswirkungen auf die DDR-Zeitschriften selbst. Diverse Verlage wurden für besonders störanfällig gehalten, genauer gesagt Thieme, Hirzel, Barth, Steinkopff und Fischer. Der Grund hierfür lag darin, dass dort westdeutsche Autoren veröffentlichten und auch in vielen Zeitschriften westdeutsche Redakteure mitarbeiteten. Das MfG sollte immer mit dem MfK und der VVB Verlage über die Einflussnahme auf die Verlagsleitung bezüglich medizinischer Fachzeitschriften beraten und die Abteilung Wissenschaft solle dazu eine geheime Konzeption ausarbeiten. Falls Störmaßnahmen aufträten, solle sofort von der Konzeption Gebrauch gemacht werden. Als Hilfsorganisation würde die „Literaturarbeitsgemeinschaft Medizin" dienen. Wenn nötig, müssten Änderungen in den Zeitschriftenredaktionen erfolgen.[258]

Die störanfälligen Magazine waren:

VEB G. Fischer:

- Zentralblatt für allg. Pathologie
- Angewandte Parasitologie
- Acta histochemica
- Archiv für Protistenkunde
- Zeitschrift für Versuchstierkunde

VEB V&G

- Zeitschrift für Versuchstierkunde
- Zeitschrift für die gesamte Hygiene und ihre Grenzgebiete
- Deutsche Stomatologie

[256] Vgl. Fäßler, 2006, S. 245.
[257] Siehe IV. Literaturaustausch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.
[258] Vgl. BArch, DQ 1/ 22946, Vorlage zur Besprechung des MfG anhand der Ministerratsbesprechung am 22.8.1961.

J.A. Barth

- Allergie und Asthma
- Dermatologische Wochenschrift
- Zentralblatt für Gynäkologie
- Zentralblatt für Chirurgie
- Zentralblatt für Neurochirurgie
- Fortschritte der Kieferorthopädie
- Endokrinologie
- Ärztliche Jugendkunde
- Zeitschrift der Tuberkulose und Erkrankungen der Thorax-Organe

VEB Georg Thieme

- Die Kinderärztliche Praxis
- Archiv für Physikalische Therapie
- Zeitschrift für Urologie

Akademische Verlagsgesellschaft G&P

- Folia Haematologica
- Zeitschrift für mikroskopisch-anatomische Forschung
- Gegenbauers Morphologisches Jahrbuch
- Biometrische Zeitschrift
- Zeitschrift für Hirnforschung[259]

Am 16. Mai 1961 wurde ein Vortrag bei der Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Literatur des MfK zum Thema „Medizinische Zeitschriften der DDR" gehalten. Gleich im zweiten Absatz wurde erwähnt, dass sich „auch in der medizinischen Fachpresse die Spaltung unserer Heimat widerspiegle":

> „Wir müssen aber davon ausgehen, dass in Deutschland heute zwei Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung existieren und der Klassenkampf bewusst in alle Gebiete des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens und damit auch in die medizinische Literatur hereingetragen wird."[260]

Die medizinische Literatur sollte in ihrer Qualität eine Steigerung erfahren und die DDR müsse sich zudem vor den „Machenschaften westdeutscher Verlage sichern". Dass der Interzonen-Handel Ende 1960 zum Erliegen kam, zeige, dass der Westen „vor nichts zurückschrecke", um die Forschung und Entwicklung der Medizin in der DDR zu stören. Es sei also

[259] BArch, DQ 1/ 22946, Vorlage zur Besprechung des MfG anhand der Ministerratsbesprechung am 22.8.1961.
[260] BArch, DQ 1/22940, Vortrag auf der Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Literatur des MFK, 16.5.1951.

notwendig zu beraten, wie das Informationsbedürfnis der Ärzte gestillt werden könne, ohne Eingriffe aus dem Westen zu befürchten – denn es gäbe nicht für jedes Fachgebiet eine Zeitschrift in der DDR. Er empfahl für die einzelnen Zeitschriftengruppen eine Verbesserung in der Qualität der wissenschaftlichen Beiträge, mehr Übersichtsarbeiten und hochwertigere Beiträge. In westlichen Zeitschriften, zum Beispiel in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift", seien des Öfteren Artikel veröffentlicht worden, welche die Sowjetunion angriffen. Vor solcher Meinungsbildung solle die DDR geschützt werden.[261]

Ab 1962 wurde die Zuständigkeit für die Leitung und Lenkung der Zeitschriften auf das Presseamt beim Ministerrat übertragen.[262]

Neben dem gezielten „Entfernen" und „Umformulieren" einzelner Worte, Passagen, Artikel oder Personen, erbrachten die Recherchearbeiten auch Hinweise darauf, was die SMAD und das spätere DDR-Regime stattdessen gezielt abgedruckt haben wollten, beziehungsweise in etlichen Anweisungen von den Schriftleitungen forderte, wie die schon erwähnten Artikel gegen Kriegshetze.

Um die Lenkung und Leitung des Zeitschriftenwesens umfassend zu betrachten und aufzuarbeiten, wird in dieser Arbeit daher neben dem Aspekt der wortwörtlichen Zensur auch diese ideologische „Lenkung" näher beleuchtet und so befassen sich die Beispiele im Ergebnisteil zudem mit den propagandistischen Artikeln.

Damit soll ein zusammenfassender Überblick geschaffen werden, wie das DDR-Regime, beziehungsweise die sowjetische Besatzungsmacht, ihren Einfluss über medizinische Zeitschriften ausübte.

[261] Vgl. BArch, DQ 1/22940, Vortrag auf der Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Literatur des MFK, 16.5.1951.
[262]Vgl. Marschall-Reiser, 2016, S. 21.

VII. Exkurs: gesamtdeutsche Zeitschriftenprojekte

Im Rahmen der Bearbeitung des Themas stellte sich die Frage, ob es denn nicht auch gesamtdeutsche medizinische Fachzeitschriften gab oder ob solche geplant waren, insbesondere bei Magazinen, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg bestanden.

Im Rahmen der Archivarbeit wurden dazu in den untersuchten Akten wenig brauchbare Unterlagen gefunden, jedoch lieferte in der Sekundärliteratur Dr. Anna-Maria Seemann die Antwort auf diese Frage: Der Versuch gesamtdeutscher Zeitschriften zwischen Ostverlagen und ihren Zweigstellen scheiterte. Ein Beispiel stellte die „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" des G. Fischer Verlages statt. Diese erschien ab 1949 wieder beim Fischer Verlag Jena. Der Plan, diese gemeinsam mit dem Fischer Verlag Stuttgart zu etablieren, scheiterte an den Bedenken der SED. Daraufhin erschien im Westen die „Neue Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" beim Stuttgarter Fischer Verlag.[263]

Ein zweites Beispiel wurde im Bundearchiv Berlin in einem Schriftwechsel vom 22. Mai 1958 zwischen dem VEB Verlag Volk und Gesundheit mit dem Sportmediziner Dr. Meyer aufgefunden. Dieser beklagte, dass die DDR keine eigene sportmedizinische Zeitschrift besäße und auf die Einfuhr einer westdeutschen Auflage angewiesen sei. Er schlug vor, eine gemeinsame Zeitschrift in Erwägung zu ziehen. Das Ministerium für Gesundheitswesen und Marcusson entgegneten daraufhin lediglich, dass mehr sportmedizinische Artikel in „Das Deutsche Gesundheitswesen" gedruckt werden könnten.[264]

Der Grund für das Scheitern solcher Projekte lag meist darin, dass sich die Verlage nicht einigen konnten. Die DDR wollte mit ihren Zeitschriften die Anerkennung im Westen fördern und eine Außenwirkung erzielen, und die BRD wollte genau dies verhindern. Die BRD hätte eher die wirtschaftlichen Vorteile einer gemeinsamen Zeitschrift in den Vordergrund gestellt.

[263] Vgl. Seemann, 2017, S. 378 f.
[264] Vgl. BArch, DQ 1/5403, Meyer, Brief an VEB Verlag Volk und Gesundheit und Marcusson.

Da die SED an den ideologischen Argumenten festhielt und nicht kompromissbereit war, kamen die Bestrebungen gesamtdeutscher Zeitschriften schlussendlich zum Erliegen.[265]

[265] Vgl. Seemann, 2017, S. 378 f.

VIII. Konkrete Zensurbeispiele

Anhand von Schriftwechseln zwischen der Schriftleitung und der Verlagsleitung einer Zeitschrift sowie der AMV und dem Gesundheitsministerium konnten etliche Beispiele gefunden werden, welche einen Rückschluss auf den zensorischen Umgang mit medizinischen Artikeln zulassen. Diese in den Briefwechsel angeregten Verbesserungen oder Streichungen wurden mit den Originalartikeln beziehungsweise Originalausgaben abgeglichen. Außerdem fanden sich noch andere Einzelbeispiele, sei es aus den Originalartikeln selbst oder anhand von Sitzungsberichten und diversen Briefwechseln.

Um die Beispiele sinnvoll zu gruppieren, wurden sie thematisch sortiert. Hierbei kam es unter Umständen zu Überschneidungen, welche sich aber auch in einer etwaigen Einteilung nach chronologischen Gesichtspunkten oder nach Untergruppierungen in verschiedene Zeitschriften ergeben hätten.

Die folgenden Seiten sollen einen Einblick gewähren, wie das Zensurverfahren in der Praxis ablief und welche Wünsche und Forderungen die Politik an die medizinischen Zeitschriften richtete, wie dies genau geschah und sodann umgesetzt wurde.

1. Entmilitarisierung und Entnazifizierung

In den ersten Jahren nach Kriegsende waren die Gutachter vorrangig damit beschäftigt, die Literatur von jeglichen militaristischen und nationalsozialistischen Inhalten zu befreien. Es sollten einzelne Worte, Sätze, Zitate aber auch viele Personen gestrichen werden.

a) Entnazifizierung und Entmilitarisierung in der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen"

Für die oben genannte Zeitschrift lieferten die Quellen im Bundesarchiv und die Originalzeitschriften viele und eindrückliche Fallbeispiele, welche nun genauer aufgezeigt werden sollen.
Sehr häufig kreideten die Lektoren an, dass Personen erwähnt wurden, welche einen nationalsozialistischen und/oder militaristischen Hintergrund aufwiesen. Das Zitieren von Ärzten, die in der NS-Zeit auffällige Tätigkeiten ausübten, aktive Mitglieder der NSDAP beziehungsweise einer NS-Organisation waren oder gar Versuche und Verbrechen an Menschen unternahmen, konnte absolut nicht geduldet werden. Im Verlauf der Prozesse und Rechtsprechungen sowie durch das Ende der Entnazifizierungsmaßnahmen hat sich dies aber nach ein paar Jahren relativiert und war nicht mehr einer der Hauptbestandteile der Zensurarbeit.
Mehrfach musste der Name „Haagen" aus Artikeln gestrichen werden. Dies war auch Inhalt eines Schreibens von Mendel an die Schriftleitung vom 12. Oktober 1948 zu Heft 21. Die Erwähnung des Arztes sollte entfernt werden, denn es handle sich um einen Straßburger Humanmediziner, welcher Versuche in Konzentrationslagern zum Thema Fleckfieber unternahm.[266]
Niels Eugen Haagen (1898-1972) führte 1943-1944 mehrfach Versuche mit Impfstoffen an polnischen Häftlingen im KZ Natzweiler/Struthof durch, von welchen daraufhin etliche verstarben.[267]

[266] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 12.10.1948 .
[267] Vgl. Reitzenstein, 2018, S. 155.

Auch in Heft 7/1949 wurde das Erscheinen des Namens durch ein Schreiben von Mendel an die Schriftleitung untersagt.[268] Das Zitieren eines Arztes, welcher in der NS-Zeit solche Tätigkeiten ausübte, wurde unter keinen Umständen von der SMAD geduldet.

Mendel bemängelte auch den Nachruf für den Generalstabsarzt Otto Napp (1876-1949), welcher – ohne Nennung der Ausgabe des Heftes – der AMV vorgelegt wurde. Die Tätigkeit des Arztes während des Zweiten Weltkrieges sollte nicht erwähnt werden.[269] Napp war bis 1944 „Kommissar der freiwilligen Krankenpflege" bei der Wehrmacht.[270]

Allein der Hinweis, dass ein Mediziner für das Militär tätig war, fiel ins Raster der Zensoren.

Eine weitere Persönlichkeit, die nicht erwünscht wurde, war der Physiologe Emil Skramlik (1886-1970). Ein Artikel von ihm „Über die Heilwirkung des Indianischen Liniments" wurde für Heft 24/1949 abgelehnt.

> „Nach Auskunft von Dr. Hall ist das Verfahren gegen Prof. von Skramlik noch nicht abgeschlossen. Es erscheint aus diesem Grunde zweckmäßig, die Arbeit Skramlik bis zum Abschluss der gegen Prof. Skramlik eingeleiteten Untersuchung zurückzustellen."[271]

Skramlik reichte während der NS-Zeit die Scheidung von seiner Frau, einer Jüdin, ein, um seine Karriere nicht zu gefährden. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges stellte er den Antrag, eine Anerkennung als „Opfer des Faschismus" zu erlangen. Er stand im Verdacht, auch die Aufarbeitung von Akten über Zwangsterilisationen aus der Jenaer Medizinischen Fakultät behindert zu haben.[272] Skramlik war angesehener Mediziner und Dekan der Universität Jena. Nichtsdestotrotz führte seine Vergangenheit dazu, dass die Erwähnung seines Namens von den AMV-Lektoren angekreidet wurde.[273]

---

[268] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 04.03.1949 .
[269] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 12.02.1949.
[270] Vgl. Morgenbrod, Merkenich, 2008, S. 28.
[271] BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen, 06.09.1949.
[272] Vgl. Mettauer, 2010, S. 8.
[273] Vgl. Polianski, 2020, S. 311 f.

Der Artikel wurde Ende des Jahres 1949 doch noch veröffentlicht.[274]
Auch wenn es Bedenken der Lektoren an der Nennung seines Namens gab, blieben seine medizinisch-wissenschaftlichen Artikel von Bedeutung für die Zeitschrift.
Weiterhin wurde die Schriftleitung der Zeitschrift mehrfach dazu aufgefordert, dass der Name von Nikolaj Timofeev-Ressovskij (1900-1981) aus politischen Gründen gestrichen werden solle.
Timofeev-Ressovskij war ein russischer Genetiker und von 1925 bis 1945 in Berlin am ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung tätig. An diesem Institut wurden auch Forschungsarbeiten für das Militär ausgeübt, wenngleich dies durch andere Wissenschaftler als durch Timofeev persönlich geschah. Seine Kollegen hatten unter anderem an kriegsrelevanten atomaren Waffen und Nervengas geforscht und seine Rolle dabei war nicht gänzlich geklärt. In den späteren Aufarbeitungsverfahren Ende der 1980er Jahre konnte aber gegen Timofeev keine Anschuldigung der Beteiligung an deren Arbeiten bekräftigt werden. Er hatte sich nur mit der „Grundlagenforschung" befasst.[275] Als die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht ergriffen, wurde er von der Sowjetunion aufgefordert, wieder in die Heimat umzusiedeln. Er entschied sich jedoch, vor Ort zu bleiben, da zu dieser Zeit Genetiker in der Sowjetunion verfolgt wurden.[276] Er war nie Mitglied der NSDAP oder einer nationalsozialistischen Gruppierung. Im September 1945 wurde er verhaftet und nach Russland gebracht, wo er zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde. Die Begründung war die Verweigerung des Befehls zur Rückkehr. Der sowjetische Geheimdienst hat ihn aufgesucht und aus der Haft entlassen, da er in der Atomforschung im Ural eingesetzt werden sollte. Somit konnte er wieder in der Wissenschaft tätig sein. Er starb 1981 und wurde 11 Jahre später vollständig rehabilitiert.[277]

[274] Vgl. Skramlik, 1949, S. 1386.
[275] Vgl. Maier, 2007, S. 440, 443.
[276] Vgl. Bachtler, 2011.
[277] Vgl. Hoßfeld, 2011, S. 345 f.

Am 18.2.1949 schrieb Mendel an die AMV bezüglich Heft Nr. 6 des Deutschen Gesundheitswesens, dass auf Seite 237 Timofeev erwähnt worden sei. Er wies darauf hin, dass die zitierten Inhalte aus einem von der SMA verbotenen Buch („Das Trefferprinzip in der Biologie") stammten. Daher empfahl er, sowohl den Namen Timofeevs als auch die Abbildungen aus dem Buch zu entfernen.[278]

Am 9. März 1949 schrieb Dr. Gerhard Schubert an Dr. Hampe von der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", dass er festgestellt habe, dass der Name „Timoféef–Ressovsky" entfernt worden sei. Er fürchtete Missverständnisse bezüglich der Autorenschaft sowie Herkunft der Forschungsergebnisse und wollte nicht, dass sein Artikel in dieser Form gedruckt werde. Schubert schrieb hierzu:

> „Die „kleine redaktionelle Streichung" im 1. Teil der Arbeit, nämlich die Streichung des Namens und der Arbeit von Timoféef-Ressovsky hat mich überrascht. Als Autor der Arbeit erhebe ich dagegen auf das Entschiedenste Einspruch. Ich stelle dazu zunächst fest, dass Sie mich weder bei der Annahme des Manuskripts noch bei der Übersendung der ersten Korrekturen auf eine derartige Tendenz aufmerksam gemacht haben; dieses Vorgehen widerspricht allen redaktionellen Gepflogenheiten. Weiterhin ergibt sich für mich die zwingende Frage, was und wer Sie dazu berechtigt (oder zwingt), den Namen eines Forschers vom Range eines Timoféef-Ressovsky in der literarischen Versenkung verschwinden zu lassen. Bisher pflegte es jedenfalls in der wissenschaftlichen Literatur aller Kulturländer üblich zu sein die Arbeiten der jeweiligen Autoren zu zitieren, gleichgültig, ob man sich mit ihrer Meinung einverstanden erklärte oder nicht. Durch die Streichung der Namen unter der Abbildung 1 wird überdies der Anschein geweckt, dass ich der Autor der darin enthaltenen Versuchsergebnisse bin. Der Vorwurf des wissenschaftlichen Diebstahls würde danach durchaus zu Recht bestehen. Sie werden es daher ganz in Ordnung finden, wenn ich dagegen Verwahrung ein lege und auf der Drucklegung der Originalfassung meiner Arbeit bestehe."[279]

Der Artikel konnte in den Heften von 1949 nicht gefunden werden.

Auch Mendel schrieb am 29.3.1949 eine Notiz an die Schriftleitung, dass Karpow im Artikel „Anwendungen neuer Strahlungen in Biologie und Medizin" von Schubert das Zitieren des Arztes abgelehnt habe.

[278] BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die AMV, 18.2.1949.
[279] BArch, DQ 1/62, Brief Schubert an Hampe von „DDG", 9.3.1949.

> „In einer Besprechung mit Oberstleutnant Karpow am 25.3.49 über die Frage der Zitierung von Timoféef wird folgendermaßen entschieden. Die Nennung von Timoféef ist unerwünscht. Dies bezieht sich nicht nur auf sein Buch „Das Trefferprinzip in der Biophysik", sondern auf a l l e wissenschaftlichen Arbeiten von T. Die Gründe sind politischer Natur."[280]

Es wurde eher billigend in Kauf genommen, dass unter Umständen durch die Streichung des Namens in den Artikeln der Anschein erweckt wurde, ein anderer Wissenschaftler sei für die Forschungsergebnisse verantwortlich, als dass eine umstrittene Person genannt wurde. Diese radikale Vorgehensweise zeigte deutlich, wie streng die SBZ und spätere DDR Zensur aus politischen und aufarbeitungsgeschichtlichen Gründen betrieb und dass auch keine Rücksicht darauf genommen wurde, ob das nach wissenschaftlicher Praxis korrekt war oder nicht.

Im Schreiben vom 30. Mai 1949 von Mendel über die Vorlage von Heft 12 bemängelte er auf Seite 560 das Referat von Martin Staemmler (1890-1974) über Tuberkulose vor und nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem Heft der Deutschen Medizinischen Wochenschrift.

Mendel schrieb Folgendes hierzu:

> „Die erste Referatenserie […] enthält ein Referat Staemmlers, Kriegs- und Nachkriegsbeobachtungen der Tuberkulose. Es ist zwar schwierig, aus einem völlig durchreferierten Heft ein Referat herauszulassen, es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Staemmler (Detmold) zu einem der übelsten Nazi-Aktivisten gehört und mit zu den Vätern des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses anzusehen ist. Fast sämtliche Veröffentlichungen Staemmlers aus der Nazizeit sind auf der Liste der auszusondernden Literatur zu finden. Es ist bedauerlich, dass die deutsche medizinische Wochenschrift ihre Spalten für derartige Personen geöffnet hat. [...] Ein Mann wie Staemmler würde bestimmt in der Ostzone nicht die Gelegenheit haben, ein öffentliches Amt zu bekleiden oder Zeitschriftenartikel zu veröffentlichen."[281]

Martin Staemmler wurde 1890 geboren und war praktizierender Pathologe. Er leitete das pathologische Institut, zunächst in Kiel und ab 1935

[280] BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen", 29.3.1949.
[281] BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung zu Heft 12/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 30.05.1949.

in Breslau. Für die Wehrmacht war er in beratender Stellung tätig. Außerdem war er Mitglied in der NSDAP, hielt eine ehrenamtliche Position im „Rassenpolitischen Amt" inne und war im Bereich der „Rassen- und Gesundheitspflege" lehrend tätig. Er gab zudem eine Zeitschrift für Rassenhygiene (Volk und Rasse) mit heraus und schrieb selbst ein Werk über dieses Thema. Im Zuge der Entnazifizierung wurde er sehr günstig beurteilt und konnte seiner Tätigkeit wieder nachgehen, obwohl er ein sehr bekannter Vertreter der Rassenhygiene war.[282] Das Referat ist in der Ausgabe 12 nicht gedruckt und somit vollständig zensiert worden.[283]

Mendels Brief an die Geschäftsleitung der Zeitschrift zeigte deutlich auf, dass in der SBZ beziehungsweise DDR die nationalsozialistische Vergangenheit von Autoren sehr viel rigider geprüft und zensiert wurde als in den anderen Besatzungszonen und das verwendete der Osten auch gerne propagandistisch gegen den Westen.

Im Sommer 1949 kritisierte Mendel an Heft 17/1949 eine Buchbesprechung über das Werk „Normale Physiologie aus dem Leben" von Nölke. Der veröffentlichende Verlag habe nebenbei noch ein Buch eines gewissen A. Vogt herausgebracht, welcher wiederum selbst 1949 noch für die „Vernichtung lebensunwerten Lebens" eintrat. Daher forderte der Lektor, dass diese Buchbesprechung nur ohne Nennung des Verlagsnamens erscheinen sollte.[284]

An Heft 21/1949 missfiel dem Lektorat der Name „Hinselmann", welcher der „Erfinder" der Kolposkopie war. Sein Name sollte so selten wie möglich zitiert werden. Prof. Hans Hinselmann (1884-1959) war ein deutscher Gynäkologe, welcher in der NS–Zeit Versuche zur Kolposkopie an Häftlingen vornahm.[285] Außerdem gingen etliche von der Gestapo geforderte Zwangssterilisationen, unter anderem an Sinti und Roma, auf ihn zurück.[286]

---

[282] Vgl. Schäfer et al., 2010, S. 4-7.
[283] Vgl. Gesamtausgabe DDG, 1949
[284] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung zu Heft 21/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 15.08.1949.
[285] Vgl. Lang, 2011, S. 144–166.
[286] Vgl. Klee, 2005, S. 257.

Schaldach in Vertretung empfahl folgende Änderung:

> „Um den Namen des Entdeckers der Kolposkopie wegen seiner politischen Belastung nicht zu oft zu bringen, empfehlen wir, im ersten Absatz den Namen Hinselmann durch den „Entdecker der Kolposkopie" zu ersetzen, sodass der Satz lauten würde: „…, wie es dem Ideal von dem Entdecker der Kolposkopie entspricht". Im dritten Absatz ist die Bezeichnung ‚Hinselmann'sche Klinik' heute nicht gerechtfertigt und wir empfehlen an ihre Stelle „Jena'er Klinik" zu setzen […]."[287]

Im Originalartikel von Hans-Klaus Zinser, „Probleme der gynäkologischen Krebsbekämpfung", in Heft 21/1949 auf Seite 842 wurden die Änderungen durchgeführt und der Name Hinselmann selten erwähnt. Die Klinik wurde in „Jenaer Klinik" umformuliert.[288]

Neben Personen wurden einzelne Worte angekreidet, welche eine militaristische oder nationalsozialistische Färbung haben konnten.

An Heft 24 fiel Mendel der Artikel „Beeinflussung der Stillfähigkeit durch äußere Faktoren" von E. Steinkamm und W. Lechner ins Auge. Im Entwurf verwendeten sie den Begriff „rassisch bedingt".[289]

Es handelte sich um einen Vergleich von baltischen und deutschen Müttern bezüglich ihrer Milchproduktion. Der laut Mendel nationalsozialistisch gefärbte Ausdruck musste abgeändert werden. In der Originalausgabe wurde der Satz korrigiert und lautete sodann: „[...]wegen der unterschiedlichen Ernährung und aus konstitutionell bedingten Gründen ist diese schon an sich besser als bei deutschen Müttern."[290]

An der eingereichten Version von Heft 20/1952 kritisierte Schaldach den Artikel „Das Wachstum der Leipziger Kinder in 3 Jahrzehnten". Der Satz: „Sie machten also eine Auslese und somit letztlich keine äußere, sondern eine in der Erbmasse begründete – endogene – Ursache für das Phänomen verantwortlich." sollte entfernt beziehungsweise umformuliert werden. Es ging in dem Artikel darum, dass angenommen wurde, manche

---

[287] BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung zu Heft 21/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 15.08.1949.
[288] Vgl. Zinser, 1949, S. 842
[289] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung über Heft 24/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen, 06.09.1949.
[290] Steinkamm, Lechner, 1949, S. 956.

Kinder wüchsen schneller und seien beweglicher sowie intelligenter, weil sie vom Land in die Stadt zogen.[291]

Dem Zensor wiesen die Formulierungen offensichtlich eine zu „rasse-hygienische" Tendenz auf. Im Originalartikel wurde der Satz folgendermaßen umformuliert: „Sie machten also einen Auslesevorgang, d.h. eine endogene Ursache und nicht äußere, durch die Umwelt bedingte Einflüsse für das so eindrucksvolle Phänomen verantwortlich."[292]

Neben den zensorischen Aspekten fand sich auch in den Originalzeitschriften das ein oder andere Beispiel dafür, dass das Thema Entnazifizierung selbst schon Anlass zur Veröffentlichung etlicher Artikel wurde.

So wurde 1947 ein sehr emotionaler Aufsatz von Dr. Kühne über die Nürnberger Ärzteprozesse abgedruckt: Die faschistische Erziehung habe die Geister „zu Brutalität erzogen", dass selbst Ärzte, welche sich vorrangig um die Rettung von Leben kümmern sollten, zum „grauenvollen Verbrechen beitrugen". Die Prozesse sollten das alles aufarbeiten, denn die wissenschaftlichen Experimente an zu Tode verurteilten Häftlingen seien verwerflich gewesen.[293]

In der gleichen Ausgabe erschien noch ein Artikel von Prof. Hans Nachtsheim (1890-1979), „Rassereinheit und Rassenmischung – Zur Kritik der nationalsozialistischen Rassetheorie". Der Hass gegen bestimmte „Rassen" sei das „grauenvollste Verbrechen" der NS-Zeit gewesen, welchem mehrere Millionen Menschen zum Opfer fielen. Die Nationalsozialisten beriefen sich dabei auf die sogenannte Rassenlehre, welche nur pseudowissenschaftlichen Charakters gewesen sei. Viele Wissenschaftler seien so zum „Handlanger Hitlers" für Verbrechen geworden. Die Vererbungslehre habe einen „bitteren Beigeschmack" erhalten, sie müsse jedoch wieder „neu aufgebaut, vorab aber von all dem Gräuel befreit" werden.[294]

---

[291] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung zu Heft 20/50 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 06.05.1950 .
[292] Koch, 1950, S. 631.
[293] Vgl. Kühne, 1947, S. 145-148.
[294] Vgl. Nachtsheim, 1947, S. 148-153.

b) Entnazifizierung und Entmilitarisierung im „Zentralblatt für Gynäkologie"

Neben den Schriftwechseln zur Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen" lieferten Briefe der Lektoren an die AMV Verlage auch zu anderen Zeitschriften und geplanten Veröffentlichungen anschauliche Einzelbeispiele, welche nicht unerwähnt bleiben sollen. Vor allem zum „Zentralblatt für Gynäkologie" gab es einige nennenswerte Briefausschnitte.
Gleich an der ersten Ausgabe der Zeitschrift 1948 kritisierte Mendel, dass sowohl „Der Erbarzt" von Kreilmayer, 1942, als auch „Der deutsche Militärarzt" von Laurentius, 1941, im Schrifttumverzeichnis zu finden waren. Beides sollte gestrichen werden.[295] In der Originalausgabe waren diese Literaturangaben nicht mehr zu finden. Diese beiden Quellenangaben wären allein des Titels halber nicht zulässig gewesen, aber auch aufgrund des Inhalts und Erscheinungsjahres.
Außerdem wurde in dieser Ausgabe, sowie in weiteren Heften, mehrfach dazu aufgefordert, Artikel von Hermann Stieve (1886-1952) zu streichen, da seine Arbeiten eine „heikle Fragestellung" tangieren würden. In der gedruckten Ausgabe wurde keine Arbeit von Stieve gefunden.[296]
Daneben sollte in Heft 4/1948 im Artikel von Prof. Konrad Tietze (1899-1990) „Zur Genese und Prognose der Notstandsamenorrhoe" der Name Stieves gestrichen werden.[297]
Stöckel vom Zentralblatt schrieb Mendel direkt an, weil er gerne eine Erklärung hierfür haben wollte. Stieves Arbeiten seien für zahlreiche Leser von Interesse und die Zeitschrift leide unter der Zensur. „Eine derartige Boykottierung eines unserer angesehensten Professoren der medizinischen Fakultät bedarf unter allen Umständen der Aufklärung."[298] In einer Aktennotiz äußerte sich Mendel dazu wie folgt: Stieve selbst habe auch

[295] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Zentralblatt für Gynäkologie", 10.07.1948.
[296] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Zentralblatt für Gynäkologie", 10.07.1948.
[297] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Zentralblatt für Gynäkologie", 10.09.1948.
[298] Vgl. BArch, DQ 1/41, Stöckel, Brief an Mendel, 21.09.1948.

telefonisch nachgefragt, wieso er im „Zentralblatt für Gynäkologie" zensiert werde, da in DDG bereits ein Artikel ohne Beanstandung erschien. Er lehnte weiterhin ein klärendes Gespräch mit der SMA ab und kündigte an, zukünftig nur noch mehr im Westen zu publizieren. Laut Mendel seien in Stieves Artikel Erkenntnisse über das Nervensystem und die Keimdrüsen enthalten, die er an inhaftierten Frauen kurz vor ihrem Tode beziehungsweise ihrer Hinrichtung erlangt hatte und das sei verwerflich. Dies wüsste aber nur derjenige, der die Originalarbeit kennt und das werde in dem eingereichten Artikel verschwiegen.[299]

In Heft 8/1948 nahm ebenfalls eine große Arbeit eines Autors namens Klotz Bezug auf Stieve und dessen Name sollte mehrfach gestrichen werden, was auch umgesetzt wurde. An der Einstellung dieses Arztes gegenüber habe sich laut Mendel nach wie vor nichts geändert. Weiterhin sollte folgender Satz entfallen: „[…]in die uns die Forschungsarbeit Stieves in höchst dankenswerter Weise Einblick verschaffen hat." In der Originalzeitschrift wurden alle Forderungen umgesetzt.[300]

Stieve forschte in seiner Laufbahn unter anderem an Frauen, welche wegen Widerstandes im Nationalsozialismus inhaftiert waren und an Amenorrhoe erkrankten, welche in Stresssituation, wie der Haft, auftrat. Trotzdem blieb er nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein angesehener Anatom und Gynäkologe. Er konnte ohne Verurteilung und Unterbrechung in seinem Lehrdienst weiter tätig sein. Der personelle Notstand an den Universitäten mag hierfür ein Grund gewesen sein.[301]

In Heft 5/1948 des Zentralblatts für Gynäkologie sollte der Artikel von Dr. Kneer, „Zur Frage der verhaltenen Fehlgeburt", abgeändert werden. Er enthielt ein Zitat des Arztes Carl Clauberg (1898-1957), welcher Sterilisationsexperimente in Königshütte ausgeübt hatte. Diese Zitation wurde daraufhin entfernt.[302]

[299] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Aktennotiz, 14.09.1949.
[300] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag zu Heft 8/1948, 14.11.1948.
[301] Vgl. Redies, Hildebrandt, 2012, 2413-2415.
[302] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 23.09.1948.

Der Gynäkologe Clauberg war während der NS-Zeit Chefarzt in Königshütte/Oberschlesien und hatte in Auschwitz Sterilisationsversuche an Jüdinnen durchgeführt. Ein großer Teil der Frauen starb an den Folgen der Versuche. Manche wurden vorab getötet, weil er die Versuche auch an Leichen durchführte.[303]

Er wurde in der Sowjetunion 1948 zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt, vorübergehend begnadigt und anschließend in der BRD erneut verhaftet und angeklagt. Jedoch starb er 1957 in der Untersuchungshaft.[304]

An Heft 6/1948 wurde mehrfach von Mendel der Name „Hinselmann", auf welchen schon im Rahmen der Zeitschrift DDG näher eingegangen wurde, bemängelt und im Originalartikel entfernt.[305]

Zu einer von Dr. Schäfer eingereichten Arbeit „Über die Anzeigepflicht bei künstlicher Befruchtung" entgegnete Mendel dem Barth Verlag, dass eine Veröffentlichung abgelehnt werde, da der Aufsatz 1944 entstanden sei und nazistische Gesetze zitiere.[306] Dieser Titel wurde in den Ausgaben von 1949/1950 nicht mehr gefunden und ist folglich nie erschienen.

Im November 1948 wurde ein Manuskript des Autors Neukamp begutachtet: „Abtreibung und Schwangerschaftsunter-brechung nach geltendem Recht". Mendel schrieb an den Barth Verlag, dass von einer Veröffentlichung Abstand genommen werden sollte, was auch geschah.[307]

Das Referat „Medizinisches Schrifttum und hygienische Volksbelehrung" der deutschen Zentralverwaltung für Gesundheitswesen hatte den Artikel ebenfalls beurteilt und sich klar dafür ausgesprochen, den Artikel nicht zur Veröffentlichung zuzulassen. Er würde unter anderem eine „beinahe Lobpreisung zu nennende Verteidigung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" enthalten, was bedenklich sei. Das Gesetz sei durch die SMAD „ausdrücklich aufgehoben" worden.

[303] Vgl. Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau, 2008.
[304] Vgl. Bastian, 1995, S. 85-87.
[305] Vgl. BArch, DQ 1/41, AMV/Barth Verlag, Schriftwechsel, 28.10.1948.
[306] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 22.4.1949.
[307] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 01.12.1948.

Der Artikel sei schon 1947 eingereicht und abgelehnt worden, und nun ein Jahr später ohne Änderung ein zweites Mal. Das sei für das Referat nicht erklärlich.[308]

Auch aufgrund politischer Unklarheiten und nicht vorhandener Unbedenklichkeitsbescheinigungen wurden mehrere Autoren und deren Artikel in der Zeitschrift „Zentralblatt für Gynäkologie" abgelehnt.

Zum Teil waren es ausländische Ärzte, obwohl Saenger den J. A. Barth Verlag bereits 1948 deutlich darauf hinwies, dass Beiträge ausländischer Autoren ohne Unbedenklichkeitsbescheinigung nicht veröffentlicht werden könnten.[309] Beispiele waren ein gewisser „Gediz" aus Istanbul[310], oder Arbeiten von „Tasch" aus Österreich, für welchen aber später noch eine Entnazifizierungsbestätigung eingesandt wurde.[311]

Auch in Heft 4/1949 wäre es nicht erwünscht gewesen, im Referateteil einen Auszug aus dem Archiv für Gynäkologie 1943 zu bringen, da dort ungarische Arbeiten enthalten waren und die Beschaffung politischer Unbedenklichkeitsbescheinigungen wäre unverhältnismäßig gewesen.[312]

Dass ausländische Autoren häufiger beanstandet wurden, missfiel allen Verlagen. Der Georg Thieme Verlag wandte sich bereits 1948 zu diesem Problem mit einem Schreiben an die HV Gesundheitswesen. Es sei seit jeher Usus gewesen, ausländische Wissenschaftler im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit an den medizinischen Fachzeitschriften mitwirken zu lassen. Dies habe das Niveau der Zeitschriften sowie das Ansehen in der ganzen Welt erhöht und der Verlag fände es nicht zweckmäßig, diese Gepflogenheit abzustellen.[313] Dennoch blieben für die SMAD ausländische Autoren immer ein Dorn im Auge, wie an den Beanstandungen zu erkennen war. Die politische Vergangenheit war nicht immer eindeutig geklärt und so war es einfacher, den Artikel schnell streichen zu lassen, als die Geschichte aufzuarbeiten.

---

[308] Vgl. BArch, DQ 1/41, Schulte-Langforth, Brief an Mendel, 25.11.1948.
[309] Vgl. BArch, DQ 1/41, Saenger, Brief an Barth Verlag, 19.08.1948.
[310] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 23.09.1948.
[311] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 10.05.1949.
[312] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 19.01.1949.
[313] Vgl. BArch, DQ 1/41, Thieme Verlag, Brief an die HV Gesundheitswesen, 30.08.1948.

c) Artikel gegen sogenannte „Kriegshetze"

Ein Beispiel dafür, dass die SBZ beziehungsweise DDR die Bevölkerung entmilitarisieren und zu einem „friedliebenden Volk" erziehen wollte, sowie dies im Rahmen medizinischer Zeitschriften umsetzte, zeigte ein Beschluss der AMV und der SMAD: Wissenschaftliche Periodika sollten auch gegen Kriegshetze Stellung nehmen.[314]

Für die Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen" wurde eine Erklärung von Prof. Guleke vorgeschlagen.

> „Wer als Chirurg viele Tausende Kriegsverletzter gesehen und behandelt hat und die immer furchtbarer werdenden Verstümmelungen durch die modernen Kriegswaffen aus eigener Erfahrung kennt, der kann nur auf das Eindringlichste vor jedem neuen Kriege warnen. Während der Chirurg im Frieden bestrebt ist, das Leben einer begrenzten Zahl kranker und schwacher Mitmenschen zu erhalten, vernichtet der Krieg Millionen junger, kräftiger, gesunder Menschen – die Blüte der Nation. Ein neuer Krieg würde den uns noch verbliebenen Rest unserer Nation und unserer Kultur zerstören und eine unvorstellbare Hungersnot heraufbeschwören. Darum wollen wir Deutschen Frieden und Ruhe in einem geeinten freien Deutschland. Guleke"[315]

Ein Briefwechsel zu Heft 8/1949 zeigte, dass es den Lektoren missfiel, wenn dem Wunsch der SMA, Artikel gegen Kriegshetze zu publizieren, nicht genug nachgekommen wurde. Die erste Seite des Heftes Nr. 8 war dem Kampf der Kriegshetze gewidmet und wurde dem Lektorat nicht mehr vorgelegt.

Mendel kritisierte stark, dass die Schriftgröße viel zu klein sei:

> „Der gewählte Schriftsatz gibt dieser Seite einen Anstrich, der der Bedeutung des Inhalts geradezu Hohn spricht und provozierend wirkt. Ich bitte, von Seiten des Präsidiums die Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage darauf hinzuweisen, dass die Zeitschrift „Das deutsche Gesundheitswesen" damit einen groben Verstoß gegen ihre Aufgaben als ein Zentralorgan der DWK begangen hat."[316]

Der Titel, um den es sich handelte, lautete „Krieg dem Kriege" und wurde von der Redaktion als Leitartikel in Heft 8 abgedruckt. Er enthielt etliche

[314] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 26.3.1949.
[315] BArch, DQ 1/36, Abschrift von Guleke, 26.3.1949.
[316] BArch, DQ 1/36, Mendel, Brief an Zetkin, 27.04.1949.

polemische Aussagen der Schriftleitung sowie mehrere „Erklärungen" diverser Professoren, unter anderem diejenige von Guleke, welche oben schon genannt wurde:

> „Bekanntlich ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Jetzt zeigen uns die Westmächte täglich, dass eine scheinbar friedliche Politik ihrerseits zu einer Fortsetzung des Krieges und zu einem Werkzeug der Unterjochung und Ausbeutung ganzer Völker gemacht werden kann."
>
> „Fester denn je steht die Sowjetunion da als der wahre Hort einer echten Freiheit, und die ihr verbündeten neuen Volksdemokratien sind längst dem Machteinfluss des Dollars entwachsen."[317]

Die „Dollarkönige" würden einen Krieg starten wollen, um ihre Herrschaft wieder zu erlangen und das „Reich der Roten" zu zerstören. Es sei verwerflich, dass Deutsche sich einen Krieg wünschten.[318] Mit dem Artikel wurden die Ärzte gezielt aufgerufen, sich daran zu beteiligen, den Krieg zu bekämpfen.

Mendel fand es anscheinend nicht ausreichend, dass der Artikel auf der ersten Seite steht, er hätte auch noch größer gedruckt werden müssen. Ungeachtet dessen passte der Artikel so aber exakt auf die erste Seite, was ein Grund gewesen sein mochte, sich für diese Schriftgröße zu entscheiden.

Eine andere Uneinigkeit ergab sich zwischen den AMV Lektoren und dem Barth Verlag über einen Artikel gegen Kriegshetze. Stöckel von der Redaktion wollte keinen Aufruf im „Zentralblatt für Gynäkologie" bringen, da er das als politische Stellungnahme ansah. Napieralski wies den Verlag darauf hin, dass „man so etwas nicht ohne Weiteres dulden" dürfe. Über etwaige Konsequenzen oder Folgen konnte im weiteren Archivbestand leider keine Information gefunden werden.[319] Vermutlich wurde die Angelegenheit nicht weiter verfolgt.

Bei einer Besprechung mit der SMAD am 14.4.1949 teilte Mendel mit, dass die Herausgeberschaften der medizinischen Fachpresse der

[317] Beyer, 1949, S. 329.
[318] Vgl. Beyer, 1949, S. 329.
[319] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz zu Telefonat mit Napieralski, 12.04.1949.

Forderung nach Artikeln gegen Kriegshetze ablehnend gegenüberstünden. Alipow (vollständige Lebensdaten nicht bekannt) von der medizinischen Abteilung sei davon nicht überrascht, er hielte es für das Beste, das so dahingestellt zu lassen und „von allem weiteren abzusehen".[320]
Es wurden aber in den ideologisch geprägten medizinischen Zeitschriften weiterhin Artikel gegen Kriegshetze, in der Regel vorwiegend als propagandistische Leitartikel, veröffentlicht. Einzelbeispiele dazu befinden sich im folgenden Text bei den Beispielen für Propaganda in den medizinischen Zeitschriften.

[320] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz über Besprechung mit Alipow am 14.04.1949, 23.04.1949.

2. Demokratisierung

Ein weiteres Schlagwort, welches für die Zensurtätigkeit wichtig war, stellte die „Demokratisierung" dar.
Der Begriff selbst spiegelte sich im Aufbau der SBZ und der DDR nicht so wider, wie wir ihn aus heutiger Sicht verstehen würden.
Walter Ulbrichts Aussage, „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben."[321], trifft es passend, kurz und knapp, wie sich der „demokratischen" Aufbau der SBZ beziehungsweise DDR darstellte.
Nicht nur im politischen und wirtschaftlichen Sinn, auch in der Entwicklung der Gesundheitspolitik war seine Maxime wiederzufinden.
Der Aufbau des ostdeutschen Gesundheitswesens sollte einen ausgeprägt staatlichen Charakter erhalten, das heißt ein zentralisiertes Gesundheitswesen war das angestrebte Ziel. Durch eine einheitliche Versicherung, ein ausgefeiltes Betriebsgesundheitswesen, staatliche Polikliniken und Ambulatorien sowie eine zentrale Verwaltung für das Gesundheitswesen, beziehungsweise später ein Ministerium für Gesundheitswesen, wurden diese Pläne umgesetzt.[322]
Der Demokratiegedanke aus der Sicht der DDR-Regierung war, den Gesundheitsschutz als Aufgabe der Gesellschaft und des Staates zu betrachten und einen Versicherungsschutz für alle gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen einzuführen, genauso wie eine ärztliche Versorgung für die gesamte Bevölkerung ohne soziale Unterschiede zu ermöglichen. Der Arzt selbst sollte „zum Demokraten erzogen" werden und dieser Aufgabe dienen, statt aus finanziellen Anreizen zu handeln.[323] Ärzte sollten im Sinne der Gesellschaft handeln und dies über die Tätigkeit in Polikliniken verwirklichen. Die Prophylaxe und Prävention stellten dabei einen Leitgedanken in der Behandlung dar.[324]

---

[321] Vgl. Fricke, 2006.
[322] Schagen, Schleiermacher, 2005, S. 7.
[323] Schagen, Schleiermacher, 2005, S. 15-17.
[324] Vgl. Arndt, 2009, S. 54-56.

Besonders in der Zeitschrift DDG und in Schriftwechseln zu dieser Zeitschrift wurden etliche Hinweise darauf gefunden, dass es für das Lektorat und die Regierung äußerst wichtig war, den Demokratiegedanken in medizinischen Periodika immer wieder zu betonen.

Ein Beispiel ist in einem Schreiben vom 29.9.1949 von Napieralski an Beyer zu finden. In einem Artikel von Engel, „Stellung des Arztes bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten", sollte die „staatliche" Gesundheit in „Volksgesundheit" umbenannt werden und statt der Betitelung „staatlich gebundener Arzt" wurde „Volksarzt" vorgeschlagen.[325] Beides sollte einen „demokratischeren" Nachhall dadurch erhalten, wenn es mit dem Begriff „Volk" verknüpft werde. Der Artikel wurde sodann geändert und er erschien erst im Januar 1950.[326]

Der Demokratisierungsgedanke als Motivation zu Zensur und Verbesserungsvorschlägen befindet sich auch in einer Aktennotiz von Mendel vom 20. Februar 1948 über eine Besprechung mit Karpow und Klinke von der Zeitschrift „Kinderärztliche Praxis". Karpow lehnte die erste Fassung der Erstausgabe der Zeitschrift ab, da ihm „der Gedanke der Demokratisierung der Ärzteschaft zu wenig propagiert werde". Klinke versprach ihm daraufhin eine Verbesserung.[327]

Bereits im Januar desselben Jahres beklagte die AMV in einem kurzen Schreiben an Mendel, dass der „Frage der Demokratisierung des medizinischen Zeitschriftenwesens noch nicht die notwendige und erforderliche Aufmerksamkeit zuteilwerde".[328]

Im September 1949 schlug die AMV Linser von der DZVGes vor, dass sich die Redakteure der medizinischen Zeitschriften alle 6 Wochen zu einer gemeinsamen kollegialen Besprechung treffen sollten. Dieser Idee stimmte auch die SMA zu. Das Ziel der Zusammenkünfte war die Verbesserung der Periodika im Hinblick auf die „Demokratisierung".[329]

---

[325] Vgl. BArch, DQ 1/62, Napieralski, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 29.09.1949.
[326] Vgl. Engel, 1950, S. 20-24
[327] Vgl. BArch, DQ 1/23, Mendel, Aktennotiz, 20.2.1948.
[328] Vgl. BArch, DQ 1/23, Briefwechsel AMV intern, 24.01.1948.
[329] Vgl. BArch, DQ 1/36, Brief der AMV an Linser, 29.09.1949.

Im Rahmen der Durchsicht aller Ausgaben von DDG wurden viele Artikel gefunden, die dem Wunsch nachkamen, den Demokratisierungsgedanken auch in der Zeitschrift direkt umzusetzen.
Im Folgenden werden mehrere konkrete Beispiele dafür aufgezeigt.
In Heft 3/1946 erschien der Artikel „Der Arzt als Erzieher" von Neubert. „Der Volksstaat erzieht die Bevölkerung zum Verständnis der Gesundheitspflege" – der „Obrigkeitsstaat" hingegen brauche Gesetze und Strafen. Gerade nach Kriegsende sei es laut Neubert wichtig, dass der Arzt als „Erzieher" Mensch und Gemeinschaft anleite. Hygiene und Vorbeugung seien die zentralen Elemente.[330]
Ein weiteres Beispiel erschien am 31.10.1946 in Heft 21 im Leitartikel von Beyer: „1 Jahr deutsche Zentralverwaltung des Gesundheitswesens in der SBZ". Nach einem langen Absatz über die Bekämpfung der Seuchen und Nachkriegsprobleme betonte er die Stellung der Ärzte. Sie sollten sich durch eine bewusste soziale Haltung das Vertrauen des Volkes zurückerlangen, welches in der Zeit des Nationalsozialismus verloren ging – der Arzt sollte ein „Volksarzt" sein, das heißt ein neuer Typ Arzt und Vertrauter, Berater, sowie Freund in Einem und in „allen Nöten". „[…] gleichzeitig aber wird er im Dienst des Volkes der Volksgesundheitspflege durch eine moderne Prophylaxe dienen." Um das Ganze umzusetzen, sei eine Anpassung des Studiums notwendig und durch Stipendien wären auch Arbeiterkinder zu ermutigen, Medizin zu studieren.[331]
Winter ging in seinem Aufsatz „Demokratisierung des Gesundheitswesens und Errichtung von Polikliniken" ebenfalls näher auf die Thematik ein. Ärzte seien inzwischen keine „Allgemeinmediziner" mehr, sondern zu einseitig und speziell ausgebildet und Polikliniken würden ihnen eine bessere Rahmenbedingung bieten, die medizinische Forschung praktisch umzusetzen und zugleich die Bevölkerung optimal zu versorgen.
Die Medizin müsse sich von der alten Vorstellung lösen, in deren Mittelpunkt die Therapie stand, und die Prophylaxe an oberste Stelle setzen.

[330] Vgl. Neubert, 1946, S. 38-41.
[331] Vgl. Beyer, 1946, S. 641-645.

Die Ärzteschaft sollte auch ein besseres Verständnis für die Sorgen und Nöte der Werktätigen erlangen und die Mauer zwischen Intellekt und Arbeiter überwinden.

Über die Errichtung einer Poliklinik würde der Demokratisierungsgedanke hervorragend umgesetzt werden, da die Kliniken für alle Menschen gleichermaßen zugänglich wären, egal welcher Herkunft sie seien.[332]

Über die Errichtung von Polikliniken wollte die DDR dafür sorgen, dass „Ärzte nicht als Geschäftsmänner", sondern im Sinn der Gemeinschaft tätig sind. Über die Polikliniken sollte die Umerziehung zu Demokraten stattfinden. Dazu seien freie Praxen mit Gewinnerwirtschaftung ungeeignet, was aber etlichen Ärzten in der DDR missfiel und auch zur Westmigration beitrug.[333]

Dr. Lachmann, der Chefarzt der Poliklinik Bad Elster, wandte sich dazu an die Ärzteschaft. Er appellierte in einem Aufsatz, die Polikliniken nicht voreingenommen zu betrachten, denn freie Praxen würden der neuen Sozialpolitik nicht gerecht werden. Er betonte die Vorteile der Zusammenarbeit mehrerer Spezialisten. Ärzte müssen dem Wohl der Menschheit dienen und dürften nicht „außerhalb der Gesellschaft und der Politik stehen".[334]

Auch Marcusson lobte in seinem Artikel „Die sozialpolitischen Aufgaben des Arztes" die Polikliniken, die gut aufgebaute Gesundheits- und Betriebsfürsorge und die neu entstandenen Landambulatorien. In der BRD herrsche dagegen „nur" eine Klassenmedizin. [335]

In der ZÄF ging Winter mit seinem Leitartikel im zweiten Heft 1949 lobend auf die Polikliniken ein. Das Konzept der Ostzone sei erfolgreich, der Aufbau laufe schnell, dank der Hilfe der Sowjetunion, und der Grundgedanke der Demokratisierung werde umgesetzt. Die Polikliniken seien laut ihm kein „Kampfinstrument" gegen Ärzte. Im Osten sei kein Mediziner arbeitslos, im Westen sähe das ganz anders aus.[336]

---

[332] Vgl. Winter, 1947, S. 741-743.
[333] Vgl. Arndt, 2009, S. 54 f.
[334] Vgl. Lachmann, 1950, S. 1471-1475.
[335] Vgl. Marcusson, 1950, S. 350.
[336] Vgl. Linser, 1949, S. 57 f.

„Der Beratungsarzt", ein Aufsatz auf der Titelseite von Heft 24/1949 DDG von Linser, dem Leiter der HV Gesundheitswesen in der DWK, ging abermals auf dieses Thema ein.

„Er hat nicht das geringste mit dem früheren sogenannten Vertrauensarzt der Nationalsozialisten zu tun, der bei uns in der Zone überall tätige Vertrauensarzt." Ziel des Vertrauensarztes im Osten sei, Ausbeutung, Habgier und unmenschliche Arbeit zu verhindern. In der NS-Zeit sei Gewaltherrschaft an der Tagesordnung gewesen und die Bevölkerung brutal vernichtet worden. Sogar Ärzte seien zu „staatlich autorisierten Mördern" geworden, selbst die Vertrauensärzte. In der SBZ hingegen stehe der Mensch im Fokus und man helfe den Kranken, gesund zu werden und den Gesunden, es zu bleiben. Die ehrenvolle Aufgabe des Beratungsarztes sei, das sozialistische Gesundheitssystem fortschrittlich zu entwickeln und die Ärzte zu „überzeugten Demokraten" werden zu lassen.[337]

Zur demokratischen Erziehung der Ärzteschaft sollte auch die universitäre Ausbildung beitragen. Darauf ging Beyer in seinem Leitartikel „Die vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der SBZ" näher ein. Sämtliche reaktionären, nazistischen und militaristischen Bestrebungen sollten verhindert werden und die Universitäten sollten „Volksuniversitäten" genannt werden, da nun die neue Verordnung Arbeiter- und Bauernkinder als gleichberechtigte Studierende vorsah. Die medizinische Ausbildung sollte „im Sinn des Staatsdienstes" und „im Geiste der Demokratie" erfolgen sowie das deutsche Volk in allen Bereichen weiterentwickeln.[338]

In einer Sonderbeilage der Zeitschrift DDG 1952 wurde eine Rede von Steidle abgedruckt: „Arzt sein heißt dem Volke dienen" – der Titel spiegelte den Leitgedanken der Demokratisierung der Ärzteschaft in der DDR wider.

> „Die heutige feierliche Auszeichnung verdienter Ärzte zeigt vor allen Augen erneut die großen Gegensätze auf, welche zwischen den Auffassungen und der Arbeitsweise unserer Deutschen Demokratischen Republik und der sogenannten Bonner Bundesrepublik bestehen.

[337] Vgl. Linser, 1949, S. 937.
[338] Vgl. Beyer, 1949, S. 969.

> Durch die Wertung der Arbeit unserer Ärztinnen und Ärzte zeigen wir vor allen Dingen auch unserem jungen akademischen Nachwuchs, die großen Möglichkeiten auf, ganz anders als im Westen unserer Heimat ihre Fähigkeit und ihre innere Berufung zum Arzt voll zum Wohle unserer werktätigen Menschen einzusetzen."[339]

In der Ausgabe 22/1956 DDG erschien ein Artikel von Oberarzt Dr. Schrödel: „Gesundheitswesen und Demokratie – oder wie können der Arzt und sein Helfer am besten mitregieren?"

In diesem Aufsatz betonte der Autor, dass sich fortschrittliche Politik und medizinische Wissenschaft nicht ausschließen würden und die Hilfe der Staatsführung solle dazu dienen, die Gesundheitsfürsorge zu optimieren. Die Zusammenarbeit mit der Regierung könne alltägliche Probleme besser lösbar machen und dafür sei es notwendig, dass sich diese auch für die Wünsche und Ziele der Mediziner interessieren.[340]

Daneben befanden sich in den Aufsätzen weiterer Zeitschriften und Jahrgänge immer wieder einzelne Erwähnungen, zum Beispiel dass „der Arzt ein Erzieher im demokratischen Sinne" sein solle.

Dies beweist, dass die Umerziehung der Ärzteschaft – weg von Ruhm und hohem Verdienst, hin zum sogenannten „Volksarzt" – an die „demokratische" Umgestaltung des Gesundheitswesens gekoppelt war. Für die DDR-Politik stellte dies ein sehr wichtiges Ziel dar und wurde auch über die Medien forciert propagiert.

[339] Sonderbeilage Festschrift Verdienter Arzt des Volkes 1952 ohne Seitenangabe, DDG 1952.
[340] Vgl. Schrödel, 1956, S. 1119-1122.

3. Propaganda, Ideologie und Politisierung

Neben den grundlegenden Zielen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gemäß der Potsdamer Konferenz, nämlich Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung, welche für die zensorische Tätigkeit zu Beginn maßgeblich waren, verfolgten die DDR-Regierung und die ausübenden Instanzen vor allem auch ideologisch motivierte Ziele. Sie wollten mit Presseartikeln Außenwirkungen gezielt verhindern oder bewusst herbeiführen.
Weiterhin sollte die Leserschaft, vor allem das ärztliche Personal, mithilfe von Aufrufen, ideologisch gefärbten Aufsätzen oder Parolen in Leitartikeln beeinflusst werden.
Der anfänglich bei der Zensur dominante Aspekt der Entnazifizierung spielte ab 1948/1949 kaum mehr eine Rolle bei Zensurvorgängen, da die Aufarbeitung der Vergangenheit von Personen weitgehend geklärt war und viele Rechtsprechungen schon abgeschlossen waren. Die Entnazifizierung wurde in der SBZ im Frühjahr 1948 beendet. Mit Befehl 35/48 der SMAD wurden zum Teil sogar ehemalige NSDAP-Mitglieder wieder amnestiert und die Tätigkeit der Entnazifizierungsinstanzen eingestellt.[341] Ab dem Zeitpunkt der Gründung der DDR gab es weiterhin einen „Erlass von Sühnemaßnahmen" für ehemalige NSDAP-ler.[342] Zudem waren die Autoren und Verlage bereits routiniert in ihrer „Selbstzensur". Es war nicht mehr notwendig, so viele Manuskripte zu begutachten wie kurz nach dem Zweiten Weltkrieg oder in den ersten Monaten des Bestehens einer neuen Zeitschrift. Im Vordergrund standen von da an vorwiegend ideologische, propagandistische Artikel oder Leitartikel. Hierfür lassen sich diverse Beispiele in den Zeitschriften sowie in den Akten des Bundesarchivs finden. Für die Zeit nach der Gründung der DDR wurden weniger Schriftwechsel in den Archivalien aufgefunden als in der Zeit davor, aber dafür zusätzlich beispielhafte propagandistische (Leit-)Artikel.

[341] Vgl. Kappelt, 1997, S. 36-42.
[342] Vgl. Sperk, 2002, S. 51.

a) Außenwirkung der Arbeitsbedingungen, Ernährungssituation und medizinische Versorgung in der SBZ/DDR

Oftmals missfielen den kontrollierenden Instanzen und Personen nur einzelne Worte, Sätze oder Aussagen zum Stand der Medizin und den Lebensbedingungen der jeweiligen Zeit, welche laut ihrer Meinung ein negatives Bild – egal, ob innerhalb der SBZ beziehungsweise späteren DDR, oder für die Leser außerhalb – erzeugen könnte. Daher wurde häufig gefordert, einzelne Worte zu ändern oder auszutauschen.

Doch wie stellten sich die Lebensumstände und Bedingungen innerhalb der medizinischen Versorgung der SBZ/DDR wirklich dar? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich die SBZ in einer zerstörten Landschaft, deren Alltag geprägt von psychischen und physischen Nöten war. Es stand zu wenig Wohnraum und Nahrung zur Verfügung, wodurch Seuchen und Mangelerkrankungen in den ersten Jahren nach Kriegsende weit verbreitet waren. Außerdem waren Medikamente schlecht verfügbar, genauso wie die gesamte medizinische Technik und Infrastruktur. Eine starke Kältewelle im ersten Nachkriegswinter belastete den Gesundheits- und Ernährungszustand der Bevölkerung zusätzlich.[343]

Die Medikamentenversorgung im Osten war sehr schlecht, da bis Mitte der 1950er Jahre bis zu 90% der Präparate importiert werden mussten. Dies betraf auch unter anderem Antibiotika, welche für die Bekämpfung bestimmter Infektionskrankheiten wie Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten dringend notwendig waren.[344]

In der SBZ hielten die Notzustände länger als in den Westzonen an, da zum einen im Osten viele Vertriebene Zuflucht suchten, zum anderen, weil die Gesundheitsinfrastruktur stärker zerstört war als im Westen und durch Reparationsleistungen zusätzlich geschwächt wurde.[345]

Die SMAD favorisierte einen schnellen Wiederaufbau des Gesundheitswesens und ab Ende der 1950er Jahre wurde der Fokus immer mehr auf die Gesundheitspolitik gelegt. Die Gründe waren unter anderem Probleme

[343] Vgl. Eckart, 2012, S. 351 f.
[344] Vgl. Eckart, 2012, S. 363; 369 f.
[345] Vgl. Linek, 2016, S. 30.

wie Ärztemangel und die Abwanderung medizinischen Personals in den Westen. Von 1946 bis 1961 verließen ungefähr 50% aller Ärzte die SBZ beziehungsweise DDR. Attraktivere Arbeitsbedingungen im Westen lockten diese an. Erst mit besseren Löhnen, Privilegien und schließlich dem Mauerbau ließ dieser Strom in die BRD nach.[346]

In den Archivmaterialien wurden etliche Beispiele für zensorische Vetos bei der Beschreibung der Lebensumstände gefunden. Vielfach sollten spezielle Äußerungen entschärft werden. Dabei wurde sehr genau vorgegangen und zum Teil wurde auch an einzelnen Worten sehr penibel Kritik geübt. Jeglicher Hinweis auf etwaige schlechte Ernährungsbedingungen war unerwünscht, obwohl das in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch der Realität entsprach.

Im November 1949 bekam Mendel einen Artikel von Koch, „Über das Wachstum der Leipziger Kinder in 3 Jahrzehnten", zur Überprüfung eingereicht. Er wünschte die Streichung der Worte „nach nunmehr 10-jährigem Kriege", damit es einen freundlicheren Klang bekomme. Zudem sollten die Zeilen zur damaligen Ernährungssituation „schöner formuliert" werden.[347] Der Artikel wurde verändert, sehr neutral gehalten und es wurde hinzugefügt, dass eine Besserung der Ernährungssituation eintrat. Dieser Aufsatz erschien in Heft 20/1950 DDG.[348]

Auch in Heft 36/1949 DDG wurde eine Aussage zum Ernährungszustand kritisiert. Schaldach wünschte eine allgemeinere Formulierung der Worte „[…] solange eine normale Fettzufuhr für Kinder noch nicht möglich ist".[349] In dem besagten Artikel von Dr. Knopf, „Durch Vitamin D-Mangel bedingte Hypocalciaemie bei Kindern", wurde dies umgesetzt und sachlich verändert: „[…] auf eine quantitativ und qualitativ unzureichende Fettzufuhr zurückgeführt werden muss."[350]

---

[346] Vgl. Linek, 2016, S. 30-34.
[347] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Notiz zu einem eingereichten Artikel von Koch, 29.11.1949.
[348] Vgl. Gesamtausgaben Das Deutsche Gesundheitswesen 1949, 1950.
[349] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 36/1949, 29.11.1949.
[350] Vgl. Knopf, 1949, S. 1339 f.

Weiterhin wurde in Heft 38 vom Referat für medizinisches Schrifttum und hygienische Volksbelehrung die Wortwahl „körperlich hochgradig erschöpft und unterernährt" bemängelt.[351]

Der dazugehörige Artikel von Dr. Obal, „Nagelveränderungen als differential-diagnostisches Hilfsmittel bei retrobulbärer Neuritis", wurde abgeändert und die oben erwähnte Aussage in „reduzierten Kräftezustand" umbenannt.[352]

An Heft 24/1950 DDG missfiel Schaldach ein Bericht über Mangelerkrankungen: „Über macrocytäre bzw. megalocytäre Anämien". Diese seien seiner Meinung nach 1950 nicht mehr von Relevanz gewesen.[353] Der Artikel wurde gar nicht erst abgedruckt.[354]

In der Zeitschrift „Zentralblatt für Gynäkologie" wurde auch die Formulierung der Ernährungssituation streng begutachtet. In Heft 12/1948 sollte der Artikel von Ibrahim, „Säuglingsernährung in gegenwärtiger Zeit", entschärft werden. Laut Mendel sei es besser, statt „sogenannte Vollmilch" nur „Vollmilch" zu drucken. Außerdem sollte nicht erwähnt werden, dass Mütter Schlange stehen mussten und Butter nicht beschaffbar sei. Ebenso musste entfernt werden, dass Haferflocken nur den Besatzern, aber nicht der Bevölkerung, zugänglich seien.

Mendel empfahl dem Barth Verlag, es dem Autor selbst zu überlassen, die Änderungen durchzuführen[355], was auch geschah[356].

Neben den Beispielen zur Ernährungslage gab es etliche zur pharmazeutischen Versorgungssituation. Etwaige Äußerungen darüber, dass diese in der SBZ beziehungsweise DDR mangelhaft sein könnte, wurde von den Zensoren nicht geduldet. Dabei war die DDR, wie schon erwähnt wurde, in der Arzneimittelproduktion noch lange Zeit abhängig von Westimporten.

---

[351] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 2/1950, 13.02.1950.
[352] Vgl. Obal, 1950, S. 43.
[353] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 24/1950, 30.05.1950.
[354] Vgl. Gesamtausgabe Das Deutsche Gesundheitswesen 1950.
[355] Vgl. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag zu Heft 12/1948 des Zentralblattes für Gynäkologie, 24.01.1948.
[356] Vgl. Ibrahim, 1948, S. 1137-1139.

An Heft 9/1949 DDG kritisierte Mendel einen Artikel von Fromène, welcher die Aussage enthielt, es gäbe in der DDR kein Streptomycin.[357] Dies wurde in der Originalausgabe der Zeitschrift nicht mehr aufgefunden.[358]
An Heft 9/1950 DDG soll laut Mendel zwingend die Aussage Frommes in einem Artikel über „Penicillinbehandlung bei chirurgischen Erkrankungen" geändert werden, dass Streptomycin in der DDR schlecht zu beschaffen wäre. Er wünschte den Einbau des Satzes „Das Penicillin ist jetzt in ausreichender Menge vorhanden."[359] Dies wurde im gedruckten Artikel daraufhin umgesetzt.[360] Streptomycin war bis 1948/1949 Mangelware in der DDR und sehr teuer. Es musste auch in den Westzonen zum Teil importiert werden und die Verteilung geschah oft über Wohltätigkeitsorganisationen. Erst ab den 1950er Jahren war es überall gut verfügbar.[361]
In Heft 16/1949 wurde ein Artikel von Brandt angekreidet: „Pyrogene Nebenwirkungen bei Penicillinpräparaten". Der gesamte Artikel sollte gestrichen werden, da er zu negativen Schlagzeilen über DDR-Pharmazeutika führen könnte:

> „Der wissenschaftliche Wert der Arbeit ist zweifellos geringer anzuschlagen als die Gefahr, dass er politisch zum Schaden des von Jenapharm hergestellten Ostzonen-Penicillins ausgemünzt wird. Ehe die Angelegenheit an die Öffentlichkeit gebracht wird, sollte sie intern zwischen der Krautwald'schen Klinik und Jenapharm geklärt werden. Professor Krautwald sollte sich selber sagen, dass es nicht wissenschaftlicher Gepflogenheit entspricht, anhand von 4 Fällen eine die Öffentlichkeit alarmierende Arbeit zu publizieren."[362]

Der Artikel wurde nicht in der erschienenen Zeitschrift aufgefunden und ist folglich nicht gedruckt worden.
In Heft 13/14/1949 ZÄF wurde auf der ersten Seite von Winter darauf hingewiesen, dass Penicillin nun sogar in der DDR nicht nur ausreichend vorhanden war, sondern selbst hergestellt wurde. Im Gegensatz zu

[357] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 9/49, 04.04.1949.
[358] Vgl. Gesamtausgabe Das Deutsche Gesundheitswesen 1949.
[359] Vgl. BArch, DQ 1/62, Briefwechsel Mendel mit der Schriftleitung zu Heft 9/1950
[360] Vgl. Fromme, 1950, S. 264.
[361] Vgl. Eckart, 2012, S. 363.
[362] BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", zu Heft 16/1949, 09.07.1949.

westlichen Ländern sei das auch keine gewinnorientierte Produktion.[363] Penicillin wurde ab den 1950er Jahren in Jena hergestellt, bis Ende der 1940er Jahre jedoch war der Osten noch auf den Import aus dem Westen angewiesen.[364]

Am 17.3.1952 schrieb Zetkin an Beyer, einem der Redakteure der Zeitschrift DDG, dass dort häufig westdeutsche Artikel erschienen, die Heilmittel enthielten, welche es unter den dort genannten Namen in der DDR nicht gäbe. Das würde bei den Ärzten der DDR den Anschein erwecken, dass diese Präparate dort nicht erhältlich seien. „Dass das auch politisch schädlich ist, brauche ich nicht auszuführen".[365]

Er nannte mehrere Medikamentenbeispiele und schlug vor, dass nur noch chemische Bezeichnungen verwendet würden oder die Redaktion den Namen durch ein ostdeutsches Ersatzpräparat austauschen sollte.[366]

Die Außenwirkung der pharmazeutischen Situation im Osten war, wie an den Beispielen oben gesehen werden kann, ein Aspekt, der zu scharfer Zensur führte. Es sollte verhindert werden, dass im Westen Gerüchte aufkämen, es gäbe in der Ostzone eine ungenügende medikamentöse Versorgung oder unter Umständen Präparate mit unerwünschten Nebenwirkungen. Das hätte in den Augen der Zensoren auch zu einem Angriffspunkt für die westdeutsche Presse führen können.

Die Arbeitsbedingungen in der SBZ beziehungsweise DDR, wo sehr großen Wert auf gute Betriebsgesundheitsfürsorge gelegt wurde, sollten unter keinen Umständen negativ behaftet dargestellt werden. Insofern wurde auch hier zensorisch eingeschritten, sobald eine Aussage den Lektoren missfiel.

Werktätige waren für die DDR-Regierung sehr wichtig und es war stets Ziel, die Produktivität zu steigern. Die Volksgesundheit wurde als politische Aufgabe angesehen.[367]

---

[363] Vgl. Winter, 1949, S. 337 f.
[364] Vgl. Eckart, 2012, S. 369 f.
[365] BArch, DQ 1/4349, Zetkin, Brief an Beyer, 17.03.1952.
[366] Vgl. BArch, DQ 1/4349, Zetkin, Brief an Beyer, 17.03.1952.
[367] Vgl. Linek, 2016, S.36-41.

Es wurden zahlreiche Betriebspolikliniken und -ambulatorien geschaffen und das betriebliche Gesundheitswesen wurde zum „Aushängeschild" der DDR.[368]

Ein erstes Beispiel befindet sich in der eingereichten Version eines Artikels über die Gesundheitsfürsorge für die werktätige Jungend und Befehl Nr. 234 von Frau Dr. von der Forst in Heft 1/1949 DDG. Sie kritisierte laut Mendel zu „emotional", dass 14- bis 16-Jährige in einer Glashütte schwer arbeiten müssten. Er forderte die Schriftleitung auf, das zu streichen, da es in der Öffentlichkeit zu Konsequenzen kommen könnte:

> „Dabei ist noch darauf hinzuweisen, dass an diesem Satz deswegen Abstand genommen werden muss, weil derartige betriebsärztliche Unterlassungssünden ausgeschlachtet werden würden, wenn sie in dieser sentimentalen Form veröffentlicht werden".[369]

In der Fassung, welche gedruckt wurde, konnten keine Passagen gefunden werden, welche auf schwere Kinderarbeit hinwiesen. Der Artikel wurde generell allgemeiner gehalten und der Fokus auf die Vorsorge gelegt.[370] Eine „ausbeuterische" Tätigkeit von jungen Menschen, sogar Kinderarbeit, würde ein sehr negatives Bild auf die SBZ/DDR werfen, welche im Sinne des Sozialismus den Arbeitsschutz an vorderer Stelle förderte. Dies hätte somit gerade im Westen für Hohn sorgen können.

An Heft 7/1949 DDG bemängelte Mendel, dass auf Seite 302 Frauen als „Arbeitskameradinnen" bezeichnet wurden. Auch missfielen ihm auf Seite 304 die detailreichen Beschreibungen der Arbeitsbedingungen im Winter 1946/1947, auf die er aber nicht näher wortwörtlich einging. Diese Passagen sollten in seinen Augen entschärft werden.[371]

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass jegliche Aussagen, die eine schlechte Arbeits- und Ernährungssituation oder medizinische Versorgung in der DDR hätten vermuten lassen, für die Zensoren tabu waren. Dieser Eindruck durfte bei der Leserschaft und im Westen nicht

---

[368] Vgl. Linek, 2016, S.177-181.
[369] BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 1/49, 07.12.1949.
[370] Vgl. Von der Forst, 1949, S. 20 f.
[371] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 7/1949, 04.03.1949.

erweckt werden. Stattdessen wurde, wann immer sich eine Gelegenheit dazu ergab, die Situation in der SBZ beziehungsweise DDR gelobt. Ebenso wurde nicht darauf verzichtet, die DDR in einem besseren Licht zu präsentieren, wenn sich ein Vergleich mit dem Westen anbot, bei welchem dieser vermeintlich schlechter abschnitt.

Ein Artikel, der die Entwicklungen des Gesundheitswesens in der DDR verherrlichte und gleichzeitig den Dank an die SMAD nicht zu kurz kommen ließ, befand sich bereits in Heft 21/1946 DDG. Beyer schrieb diesen zum Jahrestag der Gründung der deutschen Zentralverwaltung des Gesundheitswesens in der SBZ.

„Ohne Rücksicht auf sich selbst" sei das Gesundheitswesen wiederaufgebaut worden, insbesondere die große Gefahr der Seuchen und Pandemien wurden laut ihm erfolgreich abgewehrt.[372]

> „Der Versuch, den Seuchen trotzdem Herr zu werden, erschien zunächst fast wie ein ohnmächtiges, krampfhaftes Aufbäumen gegen einen alles Leben erfassenden grauenvollen Totentanz, der die ahnungslosen Menschen wie ein furchtbarer Strudel zu verschlingen drohte. […]
> Und wenn das Volk diesen furchtbarsten aller Winter, den es je erlebte, überstand, ohne die Größe der Gefahr auch nur zu ahnen, würden wir uns dem berechtigten Vorwurf schnöden Undanks aussetzen, wenn wir vergäßen oder gar verschwiegen, dass alle unsere Erfolge versagt geblieben wären, wenn wir nicht den mächtigsten Bundesgenossen gehabt hätten, den zum Freunde zu gewinnen wir uns nach diesem Kriege eigentlich nie hätten erhoffen können. Es war die sowjetische Besatzungsmacht, die in ihrer Großmut überhaupt erst die Voraussetzungen für jeden Erfolg schuf. Ihr gebührt unser rückhaltloser Dank." [373]

Die Bereitstellung von Nahrung und die Errichtung der Gesundheitsverwaltung durch die SMA seien die Grundlage für diese positive Entwicklung gewesen. Die SMA habe das deutsche Volk nach „seiner Befreiung vom Hitlerjoch" ein zweites Mal befreit, indem sie ein zentrales Gesundheitswesen schuf und das Volk vor Krankheiten schützte.[374]

[372] Vgl. Beyer, 1946, S. 641-645.
[373] Beyer, 1946, S. 641-645.
[374] Vgl. Beyer, 1946, S. 641-645.

Die Bekämpfung der „Seuchen" wurde in den Zeitschriften DDG und ZÄF sehr häufig thematisiert und immer wieder erschienen Beispiele und Statistiken, welche aufzeigen sollten, dass die SBZ diese Problematik hervorragend meisterte. Oftmals wurden auch Vergleiche zum Westen gezogen. Außerdem wurde mehrfach über die Entwicklung des Gesundheitsschutzes berichtet, welche, laut den Autoren, mit der Errichtung von Polikliniken zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung beitrug.
Beyer schrieb dazu einen Aufsatz für die Titelseite in Heft 18/1948 DDG: „Das Gesundheitswesen der Ostzone und der Wirtschaftsplan 49/50". Nach 1945 befand sich das Volk in großer Not und Armut und es bestand eine große Gefahr der Seuchen.

> „Nur eine starke Macht mit intakter Organisation konnte die Bevölkerung vor dem Untergang retten. So übernahm zunächst die Sowjetarmee die volle Last der Versorgung der deutschen Bevölkerung und schuf damit die Grundlage für eine friedliche Entwicklung."[375]

Später kam es zu Bodenreformen und Umverteilungen, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion sowie der Lebensstandard konnten gesteigert werden. Es wurden Polikliniken und Kliniken geschaffen, Seuchen bekämpft und für die folgenden Jahre war weiterhin die Verbesserung des Gesundheitsschutzes geplant.[376]
Redetzky hatte in einem Artikel über die „Volksgesundheitspflege in der Welt" mehrere Länder miteinander verglichen. In der BRD herrsche laut ihm eine „grauenvolle Zerrissenheit" vor allem zwischen den Bundesländern. Es könne nur durch Einheitlichkeit eine erfolgreiche Gesundheitspolitik geschaffen werden. Da dort die Krankenkassen und Ärzte nicht an einem Strang ziehen würden, hätte dies nachteilige Konsequenzen für die Arbeitenden. Die Westdeutschen seien auch nicht belehrbar und die Ärzteschaft in großer Not. Viele westliche Mediziner würden sich um einen Arbeitsplatz in der DDR bemühen. In der BRD herrsche zudem ein großer Konkurrenzkampf um Patienten. Die gesamte Gesundheitsversorgung sei mangelhaft und die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten

[375] Beyer, 1949, S. 545-548.
[376] Vgl. Beyer, 1949, S. 545-548.

besorgniserregend. Dies sei laut Redetzky „der Erfolg der Kolonialmethoden und der Marshallhilfe". Auch in den USA sei die Situation nicht gerade vorbildhaft, da dort viele psychisch Erkrankte unter katastrophalen Bedingungen klinisch betreut würden. In der DDR hingegen gäbe es „nicht im Entferntesten" so viele „geistig" Erkrankte.[377]

In Heft 9/1949 DDG erschien ein Aufsatz Linsers, dem Leiter der HV Gesundheitswesen, in welchem er die Arbeitsbedingungen der Ärzteschaft im Osten und Westen miteinander verglich.

In der SBZ wurde laut Linser das öffentliche Gesundheitswesen massiv ausgebaut, die Arbeitsmethoden verbessert, Universitäten gefördert und Ärzte bekämen Sonderzulagen und Steuervorteile.

> „Bewusst habe man drüben den Universitäten und Hochschulen die Geldmittel beschnitten, dass ihnen stellenweise der Zusammenbruch droht."
>
> „Wir in der Ostzone konnten jetzt umgekehrt, trotz der Inangriffnahme des großzügigen Kulturplanes, den Geistesschaffenden – wie gesagt – beachtliche Steuererleichterungen zubilligen. Wie es drüben aber wirklich um die Geistesarbeiter bestellt ist, zeigt eine Notiz in der Stuttgarter Werkszeitung mit der anklagenden Überschrift: Der Geist geht betteln." [378]

Während der Osten sich um Frieden bemühe, würde der Westen schon an einem neuen Krieg arbeiten. Die Westmächte würden wertvolle Rohstoffe ausführen und Tausende seien arbeitslos.[379]

In den „kurzen Nachrichten" des Heftes 25/1950 wurde darüber berichtet, dass es in Bayern massive finanzielle Probleme in Kliniken gäbe. Diese müssten beim Land für Renovierungen oder den Wiederaufbau um Geld „betteln". Die DDR hingegen habe 44 Millionen Mark in medizinische Einrichtungen investiert und es sei kein Betteln notwendig gewesen.[380]

Ein weiterer Artikel, der gegen den Westen gerichtet war, wurde in der Zeitschrift „Die Heilberufe" gefunden. Im zweiten Heft 1949 erschien ein langer Artikel von Winter, dem damaligen stellvertretenden Leiter der HV

[377] Vgl. Redetzky, 1950, S. 1248-1250.
[378] Linser, 1949, S. 376.
[379] Vgl. Linser, 1949, S. 376.
[380] Vgl. „Kurze Nachrichten" DDG 25, 1950, S. 200.

Gesundheitswesen, zum „Neuaufbau des Gesundheitswesens". Zunächst beschrieb er die Problematik der Nachkriegszeit und dankte den Ärztinnen und Ärzten für den Wiederaufbau sowie die Seuchenbekämpfung und lobte die Erfolge im medizinischen Alltag. Später im Text erwähnte er, dass in der westdeutschen Zeitschrift „Neue Zeitung" ein Artikel erschien, die „Zone des Todes", welcher behaupten würde, dass im Osten Sterbeurkunden gefälscht würden. Dieser Artikel diene nur als „Hetze gegen den Osten" und um die Westdeutschen für die amerikanischen Interessen gefügiger zu machen. Er betonte, dass es allein die DDR aus eigenen Stücken geschafft habe, ein funktionierendes Gesundheitssystem aufzubauen.[381]

[381] Vgl. Winter, 1949, S. 29-33.

b) Politische Vorbehalte gegenüber Autoren

Nicht nur im Rahmen der Entmilitarisierung und Entnazifizierung kam es zur politisch motivierten Streichung von bestimmten Personen. Was den zensorischen Augen auch keinesfalls entging, waren Autoren oder zitierte Personen, die „Westflucht" begingen oder gegen welche etwaige politisch-ideologische Vorbehalte bestanden. Hierzu fanden sich mehrere Beispiele. Am 18.3. und 29.3.1949 schrieb Mendel der Schriftleitung der Zeitschrift DDG wegen eines geplanten Artikels über die Einheitsversicherung. Dieser sollte nicht mehr erscheinen, da die Autoren in den Westen umgesiedelt seien und zur West-Versicherung gewechselt hätten.[382]
In Heft 5/1949 DDG war auf Seite 216 ein Artikel über die Sitzung der Leipziger Medizinischen Biologischen Gesellschaft geplant, welcher am 8.10.1948 von „Lendle" unterzeichnet wurde. Dieser aber zog in den Westen und es wurde von Mendel nicht gewünscht, dass dessen Name gedruckt wird. „Da L. heimlich nach dem Westen verschwunden ist, wird es besser sein, den Bericht ohne seine Namensnennung zu bringen."[383]
Napieralski kritisierte an einem eingereichten Artikel von Kraus, „Die ambulante Syphilisbehandlung durch den venerologisch tätigen Arzt", neben formellen Dingen die Erwähnung des Namens „Jacoby", eines Haller Dermatologen, welcher in den Westen geflohen war.
Außerdem stand in dem Entwurf, dass in der Ostzone ein Mangel an Salvarsan herrsche, was nicht mehr der Fall war.[384] Auch dieser Artikel wurde 1949 nicht mehr in den Originalausgaben aufgefunden.

[382] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel über Veröffentlichungen in „Das Deutsche Gesundheitswesen" zw. Mendel und der Schriftleitung am 18.3./ 29.3.1949.
[383] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 5/1949, 04.02.1949.
[384] Vgl. BArch, DQ 1/62, Napieralski, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 29.09.1949.

c) Bevorzugung von Ankündigungen und Artikeln aus der Sowjetunion

Des Weiteren missfiel es den Zensoren, wenn in den Zeitschriften das Hauptaugenmerk nicht auf ostdeutschen Artikeln und Kongressen lag.
In Heft 5/1949 DDG sollte auf Seite 209 die Ankündigung mehrerer West-Kongresse erfolgen, aber kein einziger aus dem Osten wurde erwähnt. Mendel schlug vor, dass sich das im darauffolgenden Heft ändern sollte und eine Ankündigung zum Pädiatrie-Kongress im Mai in der Ostzone gedruckt werde.[385]
Russische Referate sollten weiterhin im Referatsteil an erster Stelle stehen. War dies einmal nicht der Fall, wurde es schnell von der SMA bemängelt, wie zum Beispiel in Heft 5/6/1948 „Kinderärztliche Praxis" auf Seite 180. In einem Schreiben der AMV an den Georg Thieme Verlag wurde explizit auf die gewünschte Reihenfolge hingewiesen.[386]
In der Originalzeitschrift wurde dies auch korrigiert, sodass das russische Referat aus der Moskauer Zeitschrift „Pediatria" zuerst gedruckt wurde und die Referate aus Italien und den USA danach.[387]
Die AMV hatte den Verlagen bereits im März 1948 aufgetragen, dass bevorzugt sowjetische Arbeiten in den Zeitschriften veröffentlicht werden sollten. Dies wurde mit der medizinischen Abteilung der SMA laut Mendel so besprochen. Zudem sollten die sowjetischen Titel immer zuerst stehen, erst danach die anderen ausländischen Beiträge. Das war ebenfalls bei der Reihenfolge der Übersetzungen erwünscht: Zuerst sollte die russische, danach die englische und zuletzt die französische Variante stehen. Damit in jeder Zeitschrift ein russisches Referat enthalten sein konnte, sollten sich die Verlagsleiter bei der medizinischen Abteilung bei Alipow melden oder im Hause der Sowjetkultur. Dort stünde auch eine Übersetzerin bereit.[388]

[385] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 5/1949, 04.02.1949.
[386] Vgl. BArch, DQ 1/41, Brief der AMV an den Georg Thieme Verlag zu Heft 5/6 „Kinderärztliche Praxis", 10.08.1948.
[387] Vgl. Gesamtausgabe Kinderärztliche Praxis, 1948, S. 180
[388] Vgl. BArch, DQ 1/23, Brief der AMV an die Verlage med. Zeitschriften, 08.03.1948.

In Heft 20 des Jahrgangs 1952 DDG sollte eine Buchbesprechung über „Der Rentenmann" von Molineu erscheinen, welche laut Schaldach westdeutsche Interessen enthielt. Er wünschte, dass der Rezensent deutlich mache, dass das Buch in der DDR von keinerlei Bedeutung sei, da sich dort ja die Rente unter ganz anderen Gesichtspunkten verhielt.[389]
Die Buchbesprechung wurde von der Schriftleitung komplett gestrichen.[390]
Im September 1957 berieten sich die Gesundheitsminister über Veröffentlichungen von Westkongressen in der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen".
Bis dato waren auch Kongresse aus westlichen Ländern angekündigt und im Nachhinein darüber referiert worden, ab sofort sollte dies aber ausbleiben. Da nur wenige Ärzte dort teilnehmen könnten, würde allein der Bericht eines Kongresses den Wunsch danach erwecken. Da die DDR-Regierung den Reiseverkehr zu den Westkongressen eindämmen wollte, der laut Marcusson „eine Form der Touristik und Familienbesuche" darstellte, sollten nun gar keine Westkongresse mehr veröffentlicht werden.[391]

[389] Vgl. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 20/1950, 06.05.1950.
[390] Vgl. Gesamtausgabe DDG 1952.
[391] Vgl. BArch, DQ 1/5403, Marcusson, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 13.09.1957.

d) Die neue erste Seite – propagandistische Leitartikel

In den gesundheitspolitischen und stark zensorisch überwachten Zeitschriften, „Das Deutsche Gesundheitswesen", „Die Ärztliche Fortbildung" und „Die Heilberufe", wurde versucht, die Leserschaft auch ideologisch zu beeinflussen.

Sehr auffallend waren die Titelseiten. In der Zeit der SBZ und frühen DDR enthielt nahezu jede Ausgabe zu Beginn einen politischen Artikel oder Aufruf an die Ärzteschaft.

In einer Besprechung zwischen der SMAD und der AMV wurde 1949 beschlossen, die Zeitschrift DDG politisch zu aktualisieren und in den Heften immer einen allgemein-gesundheitspolitischen oder politischen Leitartikel zu integrieren.[392]

Winter von der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" erklärte in Heft 21/22/1949, dass er ab sofort immer einen berufspolitischen Leitartikel einbauen wollte, auch wenn dies nicht der Tradition entspräche.[393]

Am 24. Oktober 1949, kurz nach der Gründung der DDR, teilte Mendel der Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen" mit, dass ein Artikel zum 32. Jahrestag der sozialistischen Oktoberrevolution gewünscht sei.[394] Ein solcher Artikel wurde in Heft 31 als Leitartikel veröffentlicht.[395]

Am 25. April 1950 empfahl Mendel der Schriftleitung, in Heft 18/1950 DDG einen Artikel zum 1. Mai erscheinen zu lassen. Auch dies wurde als „Mahnruf" umgesetzt.[396]

In den meisten Jahrgängen der beiden Zeitschriften „Das Deutsche Gesundheitswesen" und „Zeitschrift für Ärztliche Fortbildung" wurde zu den berühmten Jahrestagen der SU und DDR ein politischer Leitartikel gebracht.

---

[392] Vgl. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz über Besprechung mit der SMAD am 20.04.1949, 23.04.1949.
[393] Vgl. Winter, 1949, S. 561.
[394] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 31/49, 24.10.1949.
[395] Vgl. Das Deutsche Gesundheitswesen 31/1949.
[396] Vgl. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 18.04.1950.

In der Regel erschienen diese zum 1. Mai, zum Tag der Großen Oktoberrevolution am 7.11., zum Gründungstag der DDR und bei aktuellen politischen Ereignissen sowie Jahrestagen oder Gedenktagen von Persönlichkeiten mit hohem Rang in der Politik der Sowjetunion. Da diese meist rein politischen und nicht gesundheitspolitischen Inhalts waren, wird an dieser Stelle nicht im Detail darauf eingegangen. Sie enthielten viele „Lobeshymnen" an die SU und die sowjetischen Politiker, sowie Danksagungen an die SU für ihre Mithilfe, dass sich die DDR im Sinne des Sozialismus „fortschrittlich" entwickeln konnte. Daneben tauchten viele antikapitalistische und antiwestliche Aussagen auf.
Neben rein politischen Leitartikeln wurden aber noch etliche gesundheitspolitische Leitartikel mit propagandistischen Aussagen und Aufrufen gefunden, die nun näher aufgezeigt werden sollen. Dies waren vor allem Aufsätze, welche die Ärzteschaft motivieren sollten, sich in der Politik und im Friedenskampf zu engagieren.

e) Aufrufe zur Wiedervereinigung und zum Frieden

In den Leitartikeln wurde oftmals dazu aufgerufen, sich politisch zu engagieren und gegen die „Kriegshetze" mitzuwirken. Die „scheinbaren" Einheitsbestrebungen wurden vielfach zu propagandistischen Zwecken verwendet.

Die Politik der Sowjetunion war geprägt von der „Zwei-Lager-Theorie", was sich auch in den Artikeln deutlich widerspiegelt und welche dazu benutzt wurde, die Bevölkerung in diese Richtung zu manipulieren. Laut der Sowjetunion gab es ein „imperialistisches Lager im Westen", welches den Sozialismus bekämpfen wollte, und das „antiimperialistische, sozialistische, demokratische Lager im Osten". Der Westen sah den Kommunismus weltweit als Bedrohung an und verfolgte mit der Eindämmungs- und Befreiungspolitik das Ziel, die Expansion des Kommunismus zu verhindern. Diese beiden differenten Weltbilder und Machtvorstellungen führten zum offiziellen „Beginn" des Kalten Krieges.[397]

Ab dem Ende der 1940er Jahre begann das Auf- und Wettrüsten der beiden „Lager": Sowjetische Atom- und Wasserstoffbombentests schürten die Angst der USA vor der militärischen Expansion der Sowjetunion. Auch das Aufrüsten der BRD wurde somit zu einem Thema.[398]

Es kam zur Aufstellung abwehrfähiger Streitkräfte in Europa und der Osten appellierte an die Westdeutschen, sich gegen die Militarisierung zu wehren.[399]

Bis zum Anfang der 1950er Jahre propagierte und hoffte der Osten noch auf eine Einheit Deutschlands. Stalin erkannte aber letztendlich, dass dies nicht realisierbar sein würde und wollte nun auch eine Armee in der DDR errichten lassen. Da er dafür eine gute Rechtfertigung benötigte, wurde der Plan eines „Scheinangebots" über gesamtdeutsche Wahlen geschmiedet, mit welchem die DDR der BRD eine Wiedervereinigung „anbieten" wollte. Der Osten erwartete eine sichere Ablehnung und hätte damit das Argument bekommen, auch aufrüsten zu müssen, um sich selbst zu

[397] Vgl. Stöver, 2003, S. 23-25.
[398] Vgl. Loth, 2016, S. 22.
[399] Vgl. Wettig, 2017, S. 2.

verteidigen. Noch bevor dieser Vorschlag überreicht und die Antwort des Westens gegeben worden war, fand eine Aufrüstung unter dem Deckmantel der Volkspolizei statt. Wie erwartet lehnte der Westen gesamtdeutsche Wahlen ab. Später wurde offiziell die Nationale Volksarmee NVA gegründet.[400] Die Propagierung der Einheitsbestrebungen blieb dennoch weiterhin bestehen. Stalin sah darin eine Art „erzieherische Wirkung" dem Westen gegenüber.[401]

Die eben genannten Thematiken des „Einheitsangebotes" an den Westen, der Wunsch nach einem friedlichen und einheitlichen Deutschland und die Gefahr der Aufrüstung befanden sich auch mehrfach in den propagandistischen Leitartikeln der Zeitschriften.

Gleich zu Beginn im ersten Heft 1949 der ZÄF ging Winter mit seinen einleitenden Worten auf die Tätigkeit des Arztes zum Wohle des Menschen ein und auf dessen Aufgabe, sich für den Frieden einzusetzen. Das Niveau des Arztberufes flachte in der Zeit des Nationalsozialismus ab. Er erwähnte die Massenvernichtungen und den Missbrauch von Wissenschaft und Medizin. Es sei wichtig, dass ein Arzt nicht nur Kranke behandle, sondern auch das Leben schützt. Die Zeitschrift solle dazu beitragen, das Wissen zu erweitern und eine Verbindung zum gesellschaftlichen Dasein zu schaffen, denn Frieden und Fortschritt benötigten Schutz und Pflege der Gesundheit.[402]

Zetkin rief in Heft 2/1949 ZÄF mit dem Titel „Für Frieden und Kultur" die Ärzte dazu auf, gegen Kriegshetze mitzukämpfen und stellte den Westen, besonders die Amerikaner, als Gefahr dar: „Krieg dem Kriege". „Eine Welle großer Unruhe geht über den Erdball", es drohe ein weiterer Weltkrieg. Die „Selbstherrscher im Reiche der Wirtschaft, die amerikanischen an ihrer Spitze" würden darauf hinarbeiten, denn ihr Ziel sei es, die SU zu vernichten und „alle Volksdemokraten zu unterjochen".[403]

[400] Vgl. Wettig, 2017, S. 4-14.
[401] Vgl. Loth, 2016, S. 37-40.
[402] Vgl. Winter, 1949, S. 2.
[403] Zetkin, 1949, S. 57 f.

Die Ausgabe 7/8/1949 der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" rief die Ärzteschaft der DDR dazu auf, sich am „Friedenskampf" zu beteiligen.

> „Noch ist der Friede nach dem 2. Weltkrieg nicht geschlossen und schon wieder bedroht ein neues Gemetzel die Menschheit. Wir begrüßen daher die Einberufung der Pariser Friedenskonferenz, deren Ziel es ist, alle friedensliebenden Menschen in der ganzen Welt zu mobilisieren, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern! Besonders dem deutschen Volk legt seine Vergangenheit die Verpflichtung auf, in erster Reihe für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen. Keiner Berufsgruppe kann dieser Kampf mehr am Herzen liegen als den Ärzten, die täglich und stündlich für die Erhaltung des Lebens sich einsetzen! Wir rufen alle Ärzte Deutschlands auf, sich mit uns zu vereinigen in dem Ruf: Es lebe der Friede, es lebe die Verständigung und Freundschaft zwischen allen Völkern!" gez. von u.A. Prof. Zetkin, Prof. Linser.[404]

Linser rief parallel dazu in der Zeitschrift DDG in einer Ansprache die Ärzteschaft dazu auf, sich zum Völkerfrieden zu bekennen und sich weiterhin um ein einheitliches, friedliches Deutschland mit einem Friedensvertrag zu bemühen. Dazu hier ein paar Aussagen, die einen Einblick in Charakter des Artikels geben sollen:

> „Wir Ärzte aber haben genug vom Krieg."
>
> „Unsere Feinde sind die Kriegshetzer."
>
> „Wir freuen uns zu hören, dass die Sowjetvölker nichts anderes als den Frieden wollen."
>
> „Gehen wir mit aller Kraft an diese edle Arbeit, ehe es zu spät ist."
>
> „Es ist Zeit, dass das deutsche Volk aus seiner politischen Lethargie erwacht. Leider haben die westdeutschen Politiker die brüderliche Hand, die ihnen der Deutsche Volksrat anbot, feindselig zurückgestoßen."

Er prangerte in dem Artikel unter anderem an, dass die Amerikaner sich weltweit, aber vorwiegend auch in Westdeutschland, Stützpunkte suchten.[405]

[404] Linser, 1949, S. 169.
[405] Linser, 1949, S. 376 f.

In der Zeitschrift „Die Heilberufe" wurden ebenfalls Aufrufe zum Friedenskampf publiziert, zum Beispiel in Heft 7/1950 im redaktionellen Leitartikel. Medizinisches Personal wurde hier aufgefordert, aktiv am Kampf für Frieden und Einheit teilzunehmen, da diese durch die „imperialistischen Amerikaner" gefährdet seien. In großen Buchstaben und unterstrichen wurde hinzugefügt: „Jeder Arzt, jede Krankenschwester, jeder Krankenpfleger, jede Hebamme, jeder unserer Berufsangehörigen – ein aktiver Kämpfer für den Frieden".[406]

In der nachfolgenden Ausgabe erschien der Leitartikel „Es geht um den Frieden!", welcher wiederum von der westlichen Wiederaufrüstung und den Amerikanern als Kriegstreibern sprach.[407]

Ebenso konnte in der Ausgabe von September auf der ersten Seite der Artikel „Auch dein JA dem Frieden" gefunden werden. Hier wurde dazu aufgerufen, der Friedensbewegung beizuwohnen und gelobt, dass bereits viele medizinische Berufe sich dazu bekannt hätten.[408]

Neben dem Appell, für die Einheit zu kämpfen, forderten die Fachzeitschriften die Leserschaft auch zu allgemeiner politischer Aktivität auf.

In einem in der Zeitschrift DDG als Titelblatt abgedruckten Brief an das medizinische Personal erinnerte Steidle an die Wahl am 15. Oktober 1950 und appellierte an alle Leser, daran teilzunehmen.[409] Diese Aufforderung wurde auch in der Zeitschrift „Die Heilberufe" aufgefunden.[410]

Die Ärzteschaft in der DDR war generell wenig politisch aktiv – sie lehnten dies mehrheitlich ab. Medizin und Politik zu verbinden sei nicht „förderlich für die Heilung". Ab Mitte der 1950er Jahre forderte die Politik die Mitwirkung der Ärzteschaft aktiver ein, wie in diesen Aufrufen anschaulich gesehen werden kann. Gegen Ende der 1950er Jahre aber kam die Regierung davon ab und akzeptierte, dass sich die Ärzte vorwiegend ihrer Tätigkeit widmen wollten.[411]

---

[406] Vgl. Herrmann, 1950, S. 187.
[407] Vgl. Herrmann, 1950, S. 213.
[408] Vgl. Herrmann, 1950, S. 243.
[409] Vgl. Steidle, 1950, S. 1279.
[410] Vgl. Steidle, 1950, S. 271.
[411] Vgl. Arndt, 2009, S. 112-114.

Weitere Leitartikel, welche die Ärzteschaft dazu animieren sollten, politisch aktiv zu werden und für Frieden und Einheit zu kämpfen, erschienen bis Anfang der 1960er Jahre, wenngleich es immer weniger wurden.[412] Auch die Gesamtzahl der Leitartikel, welche politischen Inhalts waren, ließ parallel dazu nach und die wissenschaftlichen Artikel standen im Vordergrund. Dennoch sollten die folgenden Einzelbeispiele nicht unerwähnt bleiben.

In Heft 5/1951 DDG erschien der Aufsatz „Friedliche Einigung der Völker – Forderung der Stunde", der von mehreren Ärzten unterzeichnet wurde. In diesem Artikel ging es um die Gefahr des Kalten Krieges und die Versuche der DDR, eine friedliche Einigung herbeizuführen. Dies lehne der Westen laut den Verfassern ab, obwohl sich das deutsche Volk Frieden und Einheit wünsche. „Bei dieser Sachlage scheint es notwendig, dass die deutschen Ärzte Schrittmacher dieser Gedanken werden." Da Ärzte die Gesundheit als oberstes Ziel verfolgen, seien sie dazu berufen, auf Gefahren wie den Kalten Krieg hinzuweisen.

> „Seite an Seite mit allen friedlichen Ländern, an deren Spitze die mächtige Sowjetunion steht, Seite an Seite mit den friedliebenden Bürgern aller Länder sagen wir Krieg dem Kriege an. Lasst uns Ärzte in der ersten Linie dieses Kampfes für Humanität stehen; denn das Ethos unseres Berufes verlangt es."[413]

In einer Sonderbeilage zur Verleihung „Verdienter Arzt des Volkes 1952" wurde unter anderem eine Rede von Ministerpräsident Otto Grotewohl (1894-1964) abgedruckt. Er rief zur gemeinsamen Verständigung mit Westdeutschland und zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse auf. „Diese große nationale Pflicht ruft auch Sie als Ärzte." Die amerikanischen „Imperialisten" und Adenauer würden versuchen, einer Einheit Deutschlands entgegenzuwirken und damit „einen Bruderkrieg und die Vernichtung herbeiführen wollen". Deutschland sei „zerrissen", die Amerikaner würden Westdeutschland unter einen „Militärstiefel" stellen.[414]

---

[412] Vgl. Gesamtausgaben DDG, ZÄF, Die Heilberufe, 1949-1961
[413] (Vgl.) Aresin et al, 1951, S. 125.
[414] Vgl. Sonderbeilage Festschrift Verdienter Arzt des Volkes 1952 ohne Seitenangabe, DDG 1952.

Auch die DDR rüstete auf. In einem Artikel in Ausgabe 23/1959 DDG, „Der Arzt in der nationalen Volksarme" von Kurt Geiger (1920-1993), einem Oberst des medizinischen Dienstes[415], rechtfertigte er sich dafür mit einem Vergleich der unterschiedlichen Motivationen zwischen Ost und West. Er sprach von einem „aggressiven kapitalistischen Lager", welches einem „mächtigen sozialistischen Lager" gegenüberstünde. Da die DDR Sicherheit gewährleisten und sich auf hohem Niveau verteidigen müsse, sei der Aufbau des bewaffneten Schutzes vonnöten. Die „Bonner Machthaber" würden mit einem „Ritt nach Osten" die DDR erobern wollen und die starke Volksarmee solle davor schützen. Dabei spiele der medizinische Dienst eine große Rolle, welcher nicht mit dem Sanitätsdienst einer kapitalistischen Armee vergleichbar wäre. Dort diene eine Armee der Unterdrückung und Bereicherung, im Bauernstaat dagegen dem Interesse der Bevölkerung und des Friedens. Jeder Arzt solle dafür einstehen, den Frieden und den Sozialismus erhalten zu wollen.[416]

Mit diesem Artikel wurde auch bei der medizinischen Leserschaft die stattfindende Aufrüstung mit der drohenden Gefahr des Westens gerechtfertigt.

„Auch wir Ärzte" von Prof. Walter Axel Friedeberger (1898-1967)[417], dem damaligen stellvertretenden Minister für Gesundheitswesen, erschien im Heft 36/1961 DDG an erster Stelle. Der Artikel bezog Stellung zum Mauerbau und dem Zusammenhang mit der Ärzteschaft. Die Errichtung sei eine Schutzmaßnahme der DDR für die Bevölkerung gegen die „Stör- und Wühltätigkeit" des Westens, welcher nicht verhandlungsbereit war. Viele Ärzte hätten sich laut Friedeberger vom Westen täuschen lassen und sähen jetzt erst die Gefahr des Militarismus, welche von dort ausgehe. Der 13.8.1961 solle als Niederlage des deutschen Militarismus betrachtet werden, denn Frieden und Einheit seien nur ohne Militarismus möglich. Die DDR-Regierung werde sich nicht von ihrem Weg abbringen lassen und die Ärzteschaft solle zur Störfreimachung beitragen. Diese könne jetzt

[415] Vgl. Wenzke, 2013, S. 197.
[416] Vgl. Geiger, 1959, S. 1069 f.
[417] Vgl. Müller-Enbergs et al., 2010.

viel „besser und ruhiger arbeiten" als je zuvor, da der „Zustand der Zwiespältigkeit" vorbei sei. Dafür wurde in dem Artikel noch gedankt und darauf hingewiesen, dass alle Maßnahmen nur der Einhaltung des Friedens dienten. Dass die Mediziner nun keine Kongresse mehr besuchen durften, sollte als zweitrangig betrachtet werden.[418]

Die Politik rechtfertigte ihre Maßnahmen und Beschränkungen allgemein sehr häufig mit Scheinargumenten, dass es der Gesundheit und dem Schutze des Volkes diene, auch gegenüber der Ärzteschaft in den wissenschaftlichen Zeitschriften.

[418] Vgl. Friedeberger, 1961, S. 1661.

f) Widerstand gegen atomare Aufrüstung

Ein weiteres Thema, welches Anlass dazu gab, Propaganda gegen den Westen zu betreiben, war die nukleare Aufrüstung, was daher nun noch detaillierter ausgeführt wird. In beiden Zeitschriften ZÄF und DDG befindet sich diese Thematik auf vielen Titelseiten.

Die beiderseitige atomare Aufrüstung während des kalten Krieges diente neben der Abschreckung auch der Vorbereitung auf einen drohenden Krieg. Ab den 1950er Jahren kam es zu einem massiven Rüstungswettlauf. Die USA stellten die erste Atommacht dar, aber die Sowjetunion rüstete zeitnah nach. 1957 schoss die SU den Satelliten Sputnik in die Umlaufbahn und zeigte damit, dass sie in der Raketentechnik aufgeholt hatte.[419]

Unter Stalin und Chruschtschow wurde der globale Atomkrieg als „strategische Option" angesehen: sollte er vom Westen begonnen werden, müsse er weitergeführt werden. Erst unter Gorbatschow kam es zu einem atomaren Umdenken.[420]

Im Juli 1950 berichtete Winter in einem Leitartikel in der ZÄF, dass westdeutsche Kollegen auf einer Tagung der Gesellschaft für Innere Medizin in Wiesbaden Ärzte aufgerufen hatten, sich auf die Folgen eines Atomkrieges vorzubereiten. Es sei seiner Meinung nach dienlicher, den Stockholmer Appell zu unterzeichnen, da der Erhalt von Frieden der „bessere Weg zu einer glücklichen Zukunft sei". Die DDR habe zum Glück eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung bewusst sei und für den Frieden aktiv eintrete.[421]

1950 wurde auf einer Tagung des Komitees des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden (später genannt Weltfriedensrat) in Stockholm der sogenannte Stockholmer Appell initiiert, eine Unterschriftenkampagne gegen den Bau von Atombomben.[422]

[419] Vgl. Stöver, 2003, S. 53.
[420] Vgl. Stöver, 2010, S. 161-165.
[421] Vgl. Winter, 1950, S. 13 f.
[422] Vgl. Bark, 1972, S. 190.

Im August rief der Artikel „Der Stockholmer Appell und die Wissenschaftler" der Schriftleitung der Zeitschrift DDG die Ärzte dazu auf, sich für das Verbot der Atombomben einzusetzen. Die Humboldt-Universität würde sich ebenfalls beteiligen, denn „man fühle sich dem Kampf für den Frieden verpflichtet". Wissenschaftler trügen Verantwortung dafür, dass ihre Erkenntnisse nicht zur Vernichtung menschlichen Lebens verwendet würden.[423]

Im September 1950 erschien auch in der ZÄF ein Aufruf an die Ärzte, sich am Stockholmer Appell zu beteiligen.

> „Ächtet die Atombombe"
>
> „Der Kampf um die Erhaltung des Friedens ist heute die entscheidende Aufgabe der Menschheit. Für jeden Arzt muss es eine Sache der Ehre sein, bei der Erfüllung dieser Aufgabe eine hervorragende Rolle zu spielen; denn nur friedliche Verhältnisse garantieren den Erfolg seiner Arbeit für die Gesundheit des Menschen. […] Im Einvernehmen mit dem „Deutschen Komitee der Kämpfer für den Frieden" ruft daher die „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" alle Ärzte Deutschlands auf, sich in die Listen zur Ächtung der Atombombe einzutragen."[424]

Auch noch 7 Jahre später war das Thema mehr als aktuell und weiterhin Basis für einen Leitartikel. „Die thermonuklearen Waffen und die Verantwortung des Wissenschaftlers" von 14 Kernphysikern aus der DDR erschien 1959 in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung". Die Aussage Adenauers, taktische atomare Waffen seien „besonders normale" Waffen, bot Anlass für das Manifest gegen die atomare Aufrüstung, welche die BRD plante. Die DDR halte Atomwaffen für sehr gefährlich und die Autoren fänden es wichtig, die Bevölkerung über die Gefahren aufzuklären.[425] Adenauers Aufrüstungspolitik wurde ab 1957 forcierter und orientierte sich an dem aktuellen Stand der Forschung. Er sah in atomaren Waffen einen Machtfaktor und äußerte in einer Pressekonferenz 1957, dass er taktische Atomwaffen für eine sinnvolle Weiterentwicklung halte und befürworte, auch um ein militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West

[423] Vgl. Beyer, 1950, S. 967 f.
[424] Winter, 1950, S. 476 f.
[425] Vgl. Born et al., 1957, S. 441-448.

zu erlangen. Dies führte zu Kritik, innerhalb der BRD wie außerhalb. Es folgte unter anderem eine Erklärung, das sogenannte Göttinger Manifest, gegen die nukleare Aufrüstung. Der damalige Verteidigungsminister Strauß befürwortete die atomare Aufrüstung, damit die BRD ein vollwertiges Nato-Mitglied werden konnte und es wurde beschlossen, dass die Nato-Partnerstaaten unter US-Kontrolle mit Atomwaffen ausgestattet werden dürfen.[426]

Jedoch wurden in der BRD nur amerikanische Kurzstreckenraketen und Kampfjets stationiert, über eigene Atomwaffen verfügt die BRD bis heute nicht.[427]

Diese militärische Kursverschärfung durch Adenauer nutzten Politik und Presse in der DDR folglich für weitere Propaganda gegen den Westen und dessen Aufrüstungsbestrebungen.

In der Zeitschrift DDG wurde von der Redaktion 1957 ebenfalls ein Leitartikel dazu gebracht: „Berliner Chefärzte demonstrieren gegen atomare Aufrüstung". Die Berliner Ärzteschaft würde nicht dazu schweigen wollen, sondern die Gefahren klarstellen, welche allein bei der Entwicklung einer Waffe bestünden. Mediziner seien verantwortlich für Leben und verpflichtet, für die Einstellung der Atomwaffenversuche zu kämpfen. Dies wurde von mehreren Berliner Ärzten signiert.[428]

Auch ein Jahr später noch befand sich ein Aufruf an alle Ärztinnen, Ärzte und medizinisches Personal in der Rubrik „Ereignisse und Mitteilungen" des Heftes 16/1958 DDG.

Der Schutz der Gesundheit stünde im Mittelpunkt, Arbeiter und Bauern würden erwarten, dass sich Ärzte dafür engagieren. Das Streben nach sozialistischem Gesundheitsschutz würde nur funktionieren, wenn das ganze deutsche Volk Frieden erhalte. Auch Ärzte sollten sich daher für eine atomwaffenfreie Zone einsetzen und für die Wiedervereinigung unter

[426] Vgl. Hammerich et al., 2006, S. 105 f.
[427] Vgl. Kellerhoff, 2018.
[428] Beyer, 1957, S. 673.

der Führung der demokratischen Kräfte und der Arbeiterklasse kämpfen.[429]

Tatsächlich aber wurden in der DDR die Streitkräfte ab Ende der 1950er Jahre für den atomaren Waffeneinsatz ausgebildet.[430] Das zeigt deutlich, wie sehr Realität und mediale Propaganda in der DDR voneinander abwichen.

[429] Vgl. Ereignisse und Mitteilungen, Das Deutsche Gesundheitswesen 16, 1958, S. 516.
[430] Vgl. Rogg, 2004, S. 197 f.

D. Diskussion

Die Thematik der vorliegenden Arbeit, die Zensur- und Lenkungspolitik in medizinischen Fachzeitschriften in der SBZ und der frühen DDR, soll im folgenden Abschnitt nochmals ganzheitlich und kritisch beleuchtet werden.

Die Arbeit der Zensoren und Lektoren wurde in den vorangegangenen Kapiteln umfangreich mit einzelnen Beispielen dargestellt und zuvor mit historischen Hintergründen erläutert.

Zensur und staatliche Lenkung der medizinischen Periodika unterlagen in den ersten Jahren nach Kriegsende einer steten Entwicklung, genauso wie dies allgemein die Politik, Wirtschaft und Ideologie in der SBZ und späteren DDR tat. Die Strömungen der jeweiligen Zeit spiegelten sich in der zensorischen Arbeit wider.

Die Zeit der SBZ von 1945 bis 1949 war geprägt vom Wiederaufbau und der Entwicklung eines sozialistischen Staates.[431] So lässt sich erklären, dass die Arbeit der Zensoren nicht von Beginn an klar geregelt war und es ein Durcheinander von zuständigen Instanzen gab. Es existierten teilweise genaue Vorgaben, aber auch sehr viele Unklarheiten und Schlupflöcher. Zuständigkeiten wurden hin- und hergeschoben, eine klare Linie war nicht einfach zu finden. Dennoch blieb eines zentral: die Genehmigung für die Publikation einer Zeitschrift beziehungsweise eines Artikels musste vorab eingeholt werden. Alle Manuskripte hatten den Ansprüchen der ideologisch geschulten Lektoren gerecht zu werden.

Für die ersten Nachkriegsjahre wurden viele Beispiele für die zensorische Arbeit gefunden, gerade weil in der Zeit noch strikter vorgegangen wurde. Viele Verlage und Autoren waren erst noch auf ihre Unbedenklichkeit hin zu prüfen und das Zensursystem hatte sich noch nicht vollständig etabliert, sondern war noch sehr umständlich und ein Manuskript musste mehrere Instanzen durchlaufen.

[431] Vgl. Mählert, 2011, S. 4 f.

Das politische Klima wurde ab Ende der 1940er Jahre immer schärfer, parallel spitzte sich der Kalte Krieg zu. In den 1950er Jahren entwickelte sich die SED immer mehr zur allein führenden Parteimacht. Die scheinbaren Einheitsbestrebungen wurden nur noch als propagandistische Vorgehensweisen benutzt und infolge der Aktion „Stalinnote" wurde schließlich die Aufrüstung auch in der DDR vorangetrieben.[432]

Dies konnte im Rahmen der Aufarbeitung der Archivbestände deutlich erkannt werden. Zum einen, weil in wissenschaftlichen Periodika verschärft zensiert wurde und zum anderen, weil diese politische Entwicklung die immer lauter werdende Forderung nach ideologischen Inhalten in medizinischen Zeitschriften nach sich zog.

Unter anderem nach den Unruhen in der Bevölkerung und dem Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde ein sogenannter „Neuer Kurs" gefahren, welcher das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen und für Stabilisation und Ruhe sorgen sollte.[433] Mitte der 1950er Jahre kam es zu einer kurzen Tauwetterphase und es wurden immer mehr Rufe nach Freiheiten laut.[434] Auch das konnte an der Wahl der Leitartikel in den Zeitschriften erkannt werden: Ab Mitte der 1950er Jahre waren diese wieder weniger ideologisch geworden, die Konzentration auf wissenschaftliche Publikationen überwog. Es wurde eine deutlich geringere Anzahl an Archivmaterial zur Zensur für diesen Zeitraum gefunden.

Ab 1958 wurde der politische Kurs jedoch wieder verschärft und die letzte Phase der sozialistischen Umgestaltung resultierte schließlich im Mauerbau am 13.8.1961.[435] Die Aktion „Störfreimachung", mit welcher die Einfuhr von West-Zeitschriften, aber auch Artikeln aus nicht-sozialistischen Ländern, limitiert wurde, zeigt einen weiteren und letzten Aspekt der staatlichen Lenkung im Zeitschriftenwesen auf. Der Schutz der DDR vor negativer Einflussnahme aus dem Westen wurde als Argument hierfür hergenommen.

---

[432] Vgl. Mählert, 2011, S. 12-15.
[433] Vgl. Lemke, 2003.
[434] Vgl. Mählert, 2011, S. 16-20.
[435] Vgl. Mählert, 2011, S. 21-23.

Soweit zur Entwicklung der Zensurarbeit bei medizinischen Fachzeitschriften, welche parallel mit der Entwicklung der DDR ablief und verschiedenen Tendenzen aufwies.
Doch nun stellt sich auch die Frage, ob die Intentionen, welche die Besatzungsmacht und später die Regierung der DDR mit den Zensur- und Lenkungsmaßnahmen verfolgte, den gewünschten Effekt erzielten.
Das Ende des Zweiten Weltkrieges machte es zunächst vorrangig notwendig, sich bei der Zensurarbeit auf die Aufarbeitung der medizinischen NS-Geschichte zu konzentrieren, was darin resultierte, dass diverse Persönlichkeiten, Wortlaute und Werke in den Zeitschriftenartikeln „radiert" werden mussten.
Doch wie radikal wurde vorgegangen und wie umfassend? Konnte die SBZ beziehungsweise die DDR diesem Ziel gerecht werden oder blieb es aufgrund der Umstände doch eine Utopie?
Beim Betrachten der zensorischen Arbeit in den ersten Jahren nach Kriegsende bis nach 1948, dem offiziellen Ende der Entnazifizierung, entsteht der Eindruck eines sehr rigiden Vorgehens.
Es wurden bei der Begutachtung von Aufsätzen in Zeitschriften zahlreiche Beispiele gefunden, dass Lektoren kleinlich und genau Personen und Wortlaute mit möglicherweise nazistischem Hintergrund ankreideten.
Tatsächlich wurde die NS-Vergangenheit in der Medizin nur sehr gering aufgearbeitet. Trotz hoher NSDAP-Zugehörigkeit wurden nur wenige Ärzte sanktioniert und aus Mangel an Fachkräften, genauer gesagt Ärzten und Hochschullehrern, wurden hier etliche Ausnahmen gestattet.[436] Ein Beispiel hierfür war Stieve, welcher seiner Tätigkeit als angesehener Gynäkologe nach Ende des Zweiten Weltkriegs weiter nachgehen konnte.[437] Dies lag, wie schon genauer ausgeführt wurde, an den Umständen und der Notwendigkeit der medizinischen Versorgung für die Bevölkerung.
Im Rahmen der Zensur und Kontrolle von medizinischen Fachzeitschriften wurde aber strikter vorgegangen. Es könnte dazu gedient haben, den

[436] Vgl. Ernst, 1997, S. 339.
[437] Vgl. Klee, 2005, S. 603.

Anschein einer rigiden Entnazifizierung zu erzeugen. Den kritischen Augen der Leserschaft im Westen hätte die SBZ/DDR unter keinen Umständen eine Grundlage bieten wollen, den Osten als nicht ausreichend entnazifizierend darzustellen. Insofern wurde in den ersten Jahren sehr intensiv kontrolliert und „ausradiert". Wissenschaftliche Erkenntnisse wurden in den Zeitschriftenartikeln ohne Autorennennung veröffentlicht und Aufsätze aus der NS-Zeit teilweise komplett zensiert.

Insbesondere was die Entmilitarisierung und den „Wunsch nach Einheit und Frieden" anbelangte, gab es jedoch diverse Diskrepanzen zwischen Realität und medialer Propaganda.

So wurden unzählige Aufrufe und Artikel gefunden, die das medizinische Personal dazu animieren sollten, sich gegen die Wiederaufrüstung einzusetzen. Das erweckte den Eindruck, als wäre die friedliche und nichtmilitaristische Lösung auf politischer Ebene immer als primäres Ziel angestrebt worden.

Wie schon erwähnt wurde, machten Aufrüstungsmaßnahmen auch vor der DDR nicht Halt, als sich herauskristallisierte, dass eine gesamtdeutsche Lösung keine Option mehr darstellte.[438]

Offiziell propagiert wurde die Remilitarisierung mit dem „Schutz der DDR" und der sozialistischen, demokratischen Länder vor dem gefährlichen imperialistischen Westen. Daher wurde das Streben nach einer deutschen Einheit immer wieder in Artikeln zur Selbstdarstellung aufgegriffen.[439] Friedensbewegungen wurden „instrumentalisiert" und harte Kurse als Kampf für die Demokratie verteidigt.[440]

Diese Zeitschriftenartikel, die zur politischen Aktivität motivieren sollten, zeigten unter den Ärzten nicht die gewünschte Wirkung, da der Großteil sich vorwiegend der Haupttätigkeit als Mediziner widmete.[441]

Daher nahm die Anzahl der Aufrufe in den Magazinen im Laufe der 1950er Jahre ab.

[438] Vgl. Wettig, 2017, S. 4-14.
[439] Vgl. Loth, 2016, S. 37-40.
[440] Vgl. Dietrich, 2018, S. 789.
[441] Vgl. Arndt, 2009, S. 112-114.

Auch der Aufbau des sozialistischen, „demokratischen" staatlichen Gesundheitswesens wurde in den Zeitschriften häufig gelobt. Oft wurden Vergleiche mit dem Westen abgedruckt, in welchen die DDR besser abschnitt.[442] Konnte die SBZ/DDR ihre Außenwirkung mit diesen Artikeln in der westlichen wie östlichen Welt nicht nur schönfärben, sondern sich zu Ansehen verhelfen? War das Gesundheitssystem der DDR wirklich dem des Westens überlegen, so wie es mehrere Artikel der bearbeiteten Zeitschriften verlauten ließen?

Diverse Artikel des Deutschen Ärzteblattes lassen den Anschein erwecken, dass dies nicht der Fall war. Das DDR-Gesundheitssystem stellte sich nach der Wiedervereinigung nicht nur als „die heile Welt" dar, die durch die DDR-Politik propagandiert wurde, und auch nicht als „überlegen" gegenüber den kapitalistischen Ländern. Die materiellen und technischen Grundvoraussetzungen waren und wurden im Laufe der Zeit schlechter als im Westen, die Ärzte waren häufig resigniert. Es gab keine Reisefreiheiten, weniger Möglichkeiten im Allgemeinen zur beruflichen Weiterentwicklung und die Löhne blieben vergleichsweise niedriger.[443] In den Ost-Zeitschriften sollten beispielsweise pharmazeutische Produktnamen aus dem Westen zensiert, Westkongresse nicht mehr angekündigt und vermeintliche Erwähnungen zu einer schlechten medizinischen Versorgung gestrichen werden.[444]

Bis zum Mauerbau, insbesondere in den 1950er Jahren, verließen viele Ärzte die DDR und zogen in den Westen, was ein Problem für die Versorgung der Patienten darstellte.[445] Eine Abwanderungstendenz der Ärzteschaft blieb aber auch nach dem Mauerbau noch bis zum Ende der DDR bestehen – entweder legal über einen Ausreiseantrag oder über eine Flucht auf genehmigten Auslandsreisen.[446]

Ein Bericht einer in den Westen emigrierten Ärztin, der auch in „Die Welt" erschien, ging ebenfalls auf diese Missstände im

[442] Vgl. Gesamtausgaben DDG, ZÄF, 1949-1961
[443] Vgl. Müller, 1994, S. 808 f.
[444] Vgl. VII.
[445] Vgl. Arndt, 2009, S. 165-171.
[446] Vgl. Erices, 2014, S. 348-350.

Gesundheitssystem der DDR ein. Die scheinbare Überlegenheit verdanke es nur der „diktatorischen Ordnung" und „Einheitlichkeit".[447] Zudem fehle der Gedanke der Demokratisierung in der Versorgungsrealität: Unger berichtete, dass es keine wirkliche Gleichbehandlung aller Patienten gab – Regierungsmitglieder erhielten oft privilegierte Betreuung, westliche Medikamente und bevorzugten die wenigen privaten, niedergelassenen Ärzte.[448] Hier wird deutlich, wie wenig die „Propaganda" in den Titelseiten der medizinischen Fachzeitschriften der Realität entsprach.

In der DDR standen vorwiegend die Werktätigen im Fokus der Gesundheitsfürsorge. Es wurden in den ostdeutschen medizinischen Zeitschriften unzählige Artikel abgedruckt, die sich mit dem Thema Betriebsgesundheitsfürsorge beschäftigten und dieses hochlobten.[449] Dies entsprach dem „Produktivitätsmotiv" der DDR-Führung.[450] Nicht der Mensch stand im Mittelpunkt, sondern der Erhalt der Produktion – auch sei das System kompliziert gewesen und übte Zwang aus.[451]

Aber das Gesundheitssystem der ehemaligen DDR hatte auch positive Aspekte aufzuweisen, welche hier nicht unerwähnt bleiben sollen. Die Versorgung von Schwangeren und Kindern war vorbildlich und Prophylaxe-Maßnahmen, wie die Fluoridgabe, wurden sorgfältig umgesetzt.[452]

Ebenso waren die Betriebsgesundheitsfürsorge und Arbeitsmedizin besser organisiert als in Westdeutschland[453] und es gab ein staatliches Impfprogramm beziehungsweise zum Teil eine Impflicht, was für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten von Vorteil war. In der BRD gab es nur Empfehlungen, dadurch war dort zum Beispiel die Verbreitung von Masern noch höher als in der ehemaligen DDR.[454]

Das Grundprinzip der Polikliniken wies im Kern viele positive Elemente auf und hatte für Patienten, Ärzte und das Gesundheitswesen etliche

[447] Vgl. Unger, 1970, S. 1627-1630.
[448] Vgl. Unger, 1970, S. 1631.
[449] Vgl. Gesamtausgaben DDG, ZÄF, 1949-1961.
[450] Vgl. Dietrich, 2018, S. 790.
[451] Vgl. Unger, 1970, S. 1627-1630.
[452] Vgl. Beerheide, 2009.
[453] Vgl. Beerheide, 2009.
[454] Vgl. Atzpodien et al, 2009, S. 161.

Vorteile: kurze Wege, geringere Kosten und gegenseitige Absprachen der Fachmediziner waren einfacher möglich. Auch die Versorgung der Patienten auf dem Land war durch Landambulatorien gewährleistet[455], während heute in den neuen Bundesländern die Versorgung für ältere Patienten mit Hausärzten etwas schlechter ist.[456]

Das Grundproblem des Ressourcenmangels führte jedoch zu der relativ schlechten technischen Ausstattung in Polikliniken und Ambulatorien. Es wurde bei der Wiedervereinigung nicht in Erwägung gezogen, diese zu modernisieren. Stattdessen wurde das westdeutsche Modell auf den ehemaligen Osten angewandt und die Polikliniken geschlossen. Mit den heutigen „MVZ" (medizinischen Versorgungszentren) wurde eine moderne Variante der Polikliniken wieder ins Leben gerufen.[457]

In den westlichen Medien wurde die Poliklinik nach der Wiedervereinigung unter anderem als „sinkendes Schiff" betitelt.[458]

Zusammenfassend fällt auf, dass die sowjetische Besatzungsmacht und später die DDR-Regierung Zensur und Lenkung in medizinischen Zeitschriften dazu verwendet hat, die Leserschaft ideologisch zu manipulieren und zum Teil auch, um eine Scheinrealität zu erschaffen. Ziel war es, Ärzte im demokratisch-sozialistischen Sinne umzuerziehen. Dies alles gelang jedoch nicht im gewünschten Maße. Der Westen blieb dem Osten skeptisch gegenüber und die Ärzteschaft ließ sich kaum ideologisch beeinflussen.

Die zensorischen und politisch lenkenden Vorgehensweisen hatten sich im Zeitschriftenwesen bis zum Mauerbau etabliert und veränderten sich bis zur Wiedervereinigung nicht maßgeblich. Im Archivgut fanden sich für die Zeit nach dem Mauerbau vorwiegend Pläne und Zahlen, aber keine zensorisch relevanten Schriften. Dies ist damit zu erklären, dass die Verlage sich inzwischen zum Großteil in staatlichen Händen oder zumindest unter staatlicher Beteiligung befanden und die Verlagslektoren und

[455] Vgl. Ettel, Turzer, 2019.
[456] Vgl. Atzpodien et al, 2009, S. 202-204.
[457] Vgl. Ettel, Turzer, 2019.
[458] Vgl. Köppl, Müller, 2011, S. 10 f.

Redaktionen routiniert in ihrer „selbstzensorischen" Arbeit waren. Dies kann auch so interpretiert werden, dass die Zensurmaßnahmen zu einem gewissen „Erfolg" für die DDR-Regierung – oder zu einer Resignation bei Autoren und Wissenschaftlern geführt hatten.

E. Zusammenfassung

Die Dissertation soll einen Überblick über zensorische und lenkende Maßnahmen in medizinischen Fachzeitschriften in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der frühen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) geben. Dafür wurden Aktenbestände des Bundesarchivs Berlin-Lichterfelde, Originalzeitschriften und Sekundärliteratur ausgewertet und die Fragestellung sowie die Theorie und Geschichte dahinter erarbeitet.
Nach dem Zweiten Weltkrieg war es dringend notwendig, das Gesundheitssystem schnell wiederaufzubauen. Die problematischen Umstände der Nachkriegszeit und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen (NS-) Vergangenheit bereiteten diesem Ziel Schwierigkeiten. Zum Wiederaufbau eines funktionierenden Gesundheitssystems gehörten auch der Lehrbetrieb und die Weiterbildung. Der Bedarf an Fachliteratur war groß, das Verlagswesen musste jedoch erst wieder neu errichtet werden. Zudem herrschten in der SBZ und späteren DDR strenge Kontrollmechanismen, die dies erschwerten. Verlage durften nur nach vorheriger Genehmigung durch die Sowjetische Militäradministration Deutschlands (SMAD), genauer gesagt einer speziellen Lizenz, publizieren und alle Manuskripte wurden vorab auf unerwünschte Inhalte geprüft. Zunächst übernahm dies die Informationsverwaltung der SMAD. Mit der Errichtung von Zentralverwaltungen kam es zu Umstrukturierungen und die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung sowie der Kulturelle Beirat (KB) wurden dafür zuständig. Ein genehmigtes Manuskript konnte an die SMAD zur Druckgenehmigung weitergeleitet werden. Nach der Gründung der DDR übernahm das Amt für Literatur und Verlagswesen 1951 die Tätigkeiten des KB. 1956 wurde es aufgelöst und an dessen Stelle trat die Hauptverwaltung Verlagswesen im Ministerium für Kultur. Im Sommer 1958 wurde die Abteilung Literatur und Buchwesen gegründet. Zensorische Maßnahmen wurden in diesem Zuge wieder verschärft. Für Zeitschriften wurde ab 1962 das Presseamt des Ministerrates verantwortlich erklärt und für die restlichen literarischen Sparten wurde 1963 die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel gegründet. Eine besondere Stellung im Rahmen der

medizinischen Literatur nahm die Arbeitsgemeinschaft medizinischer Verlage (AMV) ein, unter welcher mehrere Medizinverlage zusammengefasst publizieren konnten. Sie stellte auch eine „Vorkontrollinstanz" dar und war generell als Kompromiss anzusehen, da die Verlage sonst keine zeitnahe Einzellizenz erhalten hätten. So konnten rasch wieder medizinische Fachzeitschriften und Fachbücher erscheinen. Die AMV bestand bis 1951 und wurde dann aufgelöst. Nachfolgend wurde der Volkseigene Betrieb-Verlag Volk und Gesundheit gegründet.
Zensur und Kontrolle wurden über Vorzensur von Manuskripten durch ideologisch tadellose Lektoren sowie über Papierzuteilung, Lizenzvergabe und Druckgenehmigungen ausgeübt. Im Laufe der Jahre wurde die Kontrolle immer mehr auf die Verlage selbst übertragen und Autoren nahmen Selbstzensur vor.
Für die vorliegende Arbeit wurden exemplarisch mehrere medizinische Fachzeitschriften ausgewählt und folgende zensorischen Vorgehensweisen herausgearbeitet: Nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierten sich die Lektoren auf die Eliminierung nazistischer und militaristischer Inhalte und beanstandeten Personen, welche eine ungeklärte NS-Vergangenheit besaßen oder Verbrechen in dieser Zeit ausübten. Weiterhin sollte der Demokratisierungsgedanke im Gesundheitswesen in den Artikeln der Fachzeitschriften umgesetzt wurde. Ärzte sollten als Erzieher, nicht als „Kaufmänner", fungieren und Prophylaxe und Betriebsgesundheitsfürsorge waren als zentrale Elemente in den Artikeln erwünscht. Außerdem wurden Autoren, welche die DDR verlassen hatten, nicht geduldet und insgesamt sollten Referate und Kongresse aus sowjetischen Ländern präferiert werden. Die Gesundheitsversorgung und Lebensumstände in der DDR durften nicht negativ behaftet abgedruckt werden, stattdessen wurde das sozialistische Gesundheitswesen gelobt und oft in Vergleichen mit dem Westen besser dargestellt. Zudem wurden ausgewählte medizinische Fachzeitschriften generell dazu benutzt, ideologische Artikel abzudrucken. Die Ärzteschaft sollte durch gezielte Aufrufe zu politischem Engagement motiviert werden und sich am Friedenskampf aktiv beteiligen.

F. Literaturverzeichnis

I. Archivgut

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BArch)
DQ 1 Ministerium für Gesundheitswesen

DQ 1/23 Schriftwechsel mit Verlagen zu Veröffentlichungen wissenschaftlicher Beiträge in medizinischen Zentralblättern und Zeitschriften, 1947-1949

1. BArch, DQ 1/23, Aktennotiz über eine Besprechung zwischen der SMAD und Klinke, 20.2.1948
2. BArch, DQ 1/23, Aktennotizen zu den AMV Zeitschriften
3. BArch, DQ 1/23, Brief der AMV an die Verlage medizinischer Zeitschriften, 08.03.1948
4. BArch, DQ 1/23, Brief von Mendel an die Verlage, 8.3.1948
5. BArch, DQ 1/23, Briefwechsel AMV intern, 24.01.1948
6. BArch, DQ 1/23, Briefwechsel AMV intern, 24.1.1948
7. BArch, DQ 1/23, Mendel, Aktennotiz, 20.2.1948

DQ 1/36 Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und -büchern, Schriftwechsel über Themen und Genehmigungen, 1947-1951

8. BArch, DQ 1/36, Abschrift von Guleke, 26.3.1949
9. BArch, DQ 1/36, Brief der AMV an Linser, 29.09.1949
10. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz über Besprechung mit Alipow am 14.04.1949, 23.04.1949
11. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz über Besprechung mit der SMAD am 20.04.1949, 23.04.1949
12. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz über eine Besprechung mit Alipow am 14.4.1949, 23.4.1949
13. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz zu Telefonat mit Napieralski, 12.04.1949
14. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 11.01.1949
15. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 11.04.1949
16. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 26.3.1949
17. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 26.3.1949,
18. BArch, DQ 1/36, Mendel, Aktennotiz, 7.2.1949
19. BArch, DQ 1/36, Mendel, Brief an Zetkin, 27.04.1949
20. BArch, DQ 1/36, Mendel, Brief an Zetkin, 29.3.1949

21. BArch, DQ 1/36, Mendel, Brief an Zetkin, 6.12.1948
22. BArch, DQ 1/36, Schriftwechsel AMV an die Verlage, 20.8.1946
23. BArch, DQ 1/36, Schriftwechsel AMV an die Verlage, 20.8.1946
24. BArch, DQ 1/36, Zetkin, Brief an den Thieme Verlag, 17.2.1949

DQ 1/41 Veröffentlichung medizinischer Schriften,

Genehmigungen durch die medizinische Abteilung der SMAD und die HV Gesundheitswesen, 1949

25. BArch, DQ 1/41, AMV/Barth Verlag, Schriftwechsel, 28.10.1948
26. BArch, DQ 1/41, Brief der AMV an den Georg Thieme Verlag zu Heft 5/6 „Kinderärztliche Praxis", 10.08.1948
27. BArch, DQ 1/41, Mendel, Aktennotiz, 14.09.1949
28. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag zu Heft 12/1948 des Zentralblattes für Gynäkologie, 24.01.1948
29. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag zu Heft 8/1948, 14.11.1948
30. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 01.12.1948
31. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 10.05.1949
32. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 19.01.1949
33. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 22.4.1949
34. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 23.09.1948
35. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an Barth Verlag, 23.09.1948
36. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Zentralblatt für Gynäkologie", 10.07.1948
37. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Zentralblatt für Gynäkologie", 10.07.1948
38. BArch, DQ 1/41, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Zentralblatt für Gynäkologie", 10.09.1948
39. BArch, DQ 1/41, Saenger, Brief an Barth Verlag, 19.08.1948
40. BArch, DQ 1/41, Schulte-Langforth, Brief an Mendel, 25.11.1948
41. BArch, DQ 1/41, Stöckel, Brief an Mendel, 21.09.1948

42. BArch, DQ 1/41, Thieme Verlag, Brief an die HV Gesundheitswesen, 30.08.1948

DQ 1/62 Schriftwechsel über Veröffentlichungen in der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 1948-1949

43. BArch, DQ 1/62, Brief der Herausgeber „DDG" an Mendel, 13.10.1949
44. BArch, DQ 1/62, Brief Schubert an Hampe von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 9.3.1949
45. BArch, DQ 1/62, Briefwechsel AMV mit MfG, 5.11.1949
46. BArch, DQ 1/62, Briefwechsel Mendel mit der Schriftleitung zu Heft 9/1950
47. BArch, DQ 1/62, Briefwechsel Napieralski an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen", 06.11.1948
48. BArch, DQ 1/62, gesamte Archivakte
49. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die AMV, 18.2.1949
50. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen", 7.12.1948
51. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen", 29.3.1949
52. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 2/1950, 13.02.1950
53. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 1/1949, 07.12.1949
54. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 7/1949, 04.03.1949
55. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 9/1949, 04.04.1949
56. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung über Heft 24/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen, 06.09.1949
57. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 5/1949, 04.02.1949
58. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 5/1949, 04.02.1949
59. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 31/1949, 24.10.1949

60. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 18.04.1950
61. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung zu Heft 12/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 30.05.1949
62. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an die Schriftleitung zu Heft 21/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 15.08.1949
63. BArch, DQ 1/62, Mendel, Brief an Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", zu Heft 16/1949, 09.07.1949
64. BArch, DQ 1/62, Napieralski, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 29.09.1949
65. BArch, DQ 1/62, Napieralski, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 29.09.1949
66. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 36/1949, 29.11.1949
67. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 24/1950, 30.05.1950
68. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen" zu Heft 20/1950, 06.05.1950
69. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung zu Heft 20/1950 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 06.05.1950
70. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Brief an die Schriftleitung zu Heft 21/1949 „Das Deutsche Gesundheitswesen", 15.08.1949
71. BArch, DQ 1/62, Schaldach, Notiz zu einem eingereichten Artikel von Koch, 29.11.1949
72. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 12.10.1948
73. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 04.03.1949
74. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen", 12.02.1949
75. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel Mendel mit Schriftleitung der Zeitschrift „Das Deutsche Gesundheitswesen, 06.09.1949

76. BArch, DQ 1/62, Schriftwechsel über Veröffentlichungen in „Das Deutsche Gesundheitswesen" zw. Mendel und der Schriftleitung am 18.3.1949, 29.3.1949

DQ 1/2119 Schriftwechsel mit der Abteilung Wissenschaft und Ausbildung mit dem Verlag Volk und Gesundheit und Verlagen, 1961-1965

77. BArch, DQ 1/2119, Übersicht zu den Zeitschriften-Auflagenhöhen 1961 und 1964, 8.6.1964

DQ 1/4349 Gutachten und Schriftwechsel zu Publikationen, 1951-1953

78. BArch, DQ 1/4349, Briefwechsel Steinkopff mit Zetkin, 24.6.1952
79. BArch, DQ 1/4349, Dokumentation der Sitzung der AMV Gesellschafter 13.3.1951
80. BArch, DQ 1/4349, Entwurf über Beschluss des Ministerrates der DDR zur Verlagsgründung VEB Volk und Gesundheit, 14.2.1952
81. BArch, DQ 1/4349, Zetkin, Brief an Beyer, 17.03.1952

DQ 1/5403 Begutachtung zur Veröffentlichung in Fachzeitschriften vorgesehener Arbeiten, 1954-1958

82. BArch, DQ 1/5403 Marcusson, Brief an die Schriftleitung von „Das Deutsche Gesundheitswesen", 13.09.1957
83. BArch, DQ 1/5403 Schriftwechsel und Protokoll zw. MfG und den Verlagen, 21.1.1956
84. BArch, DQ 1/5403, Aussprache VEB V&G und MfG am 19.1.1956, 21.1.1956
85. BArch, DQ 1/5403, Aussprache zwischen VEB Verlag Volk und Gesundheit und MfG am 19.1.1956, 21.1.1956
86. BArch, DQ 1/5403, Meyer, Brief an VEB Verlag Volk und Gesundheit und Marcusson
87. BArch, DQ 1/5403, Müller zum Statut für Verlagsbeirat VEB V&G, 24.11.1957
88. BArch, DQ 1/5403, Müller, zum Statut für Verlagsbeirat VEB V&G, 24.11.1957
89. BArch, DQ 1/5403, Schriftwechsel zwischen Meyer und VEB V&G sowie Marcusson und dem Referat Sportmedizin, 22.5.1958
90. BArch, DQ 1/5403, Steidle, Brief an Fechner, 5.9.1958

DQ 1/22940 Medizinische Zeitschriften, Band 1, 1960-1963

91. BArch, DQ 1/22940, Dutz, Brief an Misgeld, 17.3.1961
92. BArch, DQ 1/22940, Misgeld, Brief an Dutz, 29.3.1961
93. BArch, DQ 1/22940, Vortrag auf der Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Literatur des MFK, 16.5.1951

DQ 1/22946 Kontingentierung wissenschaftlicher Literatur aus Westdeutschland und anderen westlichen Ländern, Band 6, 1961-1964

94. BArch, DQ 1/22946, Vorlage zur Besprechung der Gesundheitsminister
95. BArch, DQ 1/22946, Vorlage zur Besprechung des MfG anhand der Ministerratsbesprechung am 22.8.1961
96. BArch, DQ 1/22946, Vorläufige Ordnung des MfG zur Störfreimachung vom 25.1.1962

II. Bücher/Zeitschriftenartikel/Dissertationen/Zitate aus dem Internet

97. Arndt, M: Gesundheitspolitik im geteilten Berlin 1948-1961. Böhlau, Köln (2009).

98. Atzpodien, K, Bergmann, E, Bertz, J, Busch, M, Eis, D, Ellert, U, Fuchs, J, Gaber, E, Gutsche, J, Haberland, J, Hagen, C, Hapke, U, Heidemann, C, Helm, D, Hintzepeter, B, Jordan, S, Knopf, H, Kraywinkel, K, Kroll, L E, Kurth, B-M, Lampert, T, Langen, U, Laußann, D. List, S M, Mensink, G, Neuhauser, H, Nowossadeck, E, Poethko-Müller, C, Ryl, L, Saß, A-C, Scheidt-Nave, C, Schlaud, M, Schmitz, R, Starker, A, Thelen, J, Wolf, U, Ziese, T: Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes 20 Jahre nach dem Fall der Mauer: Wie hat sich die Gesundheit in Deutschland entwickelt?, Berlin, 2009, https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/mauerfall/mauerfall__tabelle.html (10.02.2021).

99. Bachtler, B: Pressemitteilung Nr. 6 des Max Delbrück Centrums für Molekulare Medizin „Vor 30 Jahren starb der russische Genetiker Nikolaj V. Timoféeff-Ressovsky". Berlin, 25.3.2011, https://www.mdc-berlin.de/de/news/archive/2011/20110325-vor_30_jahren_starb_der_russische_genetike, (09.09.2020).

100. Baldwin, M: In referees we trust? Physics Today 44: 45-49 (2017).

101. Barck, S, Langermann, M, Lokatis, S: Jedes Buch ein Abenteuer. de Gruyter, Berlin (1998).

102. Bark, D: Die Berlin-Frage. De Gruyter, Berlin (1972).

103. Bastian, T: Furchtbare Ärzte – Medizinische Verbrechen im Dritten Reich. C.H. Beck, München (1995).

104. Beerheide, R: Prinzipien, Finanzierung und Organisation des DDR-Gesundheitswesens. 09.11.2009, https://www.aerztezeitung.de/Politik/Prinzipien-Finanzierung-und-Organisation-des-DDR-Gesundheitswesens-373759.html (10.02.2021).

105. Beyer, A.: Was will die Zeitschrift? Das Deutsche Gesundheitswesen 1: 2 f. (1946).

106. Beyer, A: Berliner Ärzte demonstrieren gegen atomare Aufrüstung. Das Deutsche Gesundheitswesen 22: 673 (1957).

107. Beyer, A: Das Gesundheitswesen in der Ostzone und der Wirtschaftsplan 49/50. Das Deutsche Gesundheitswesen 18: 545-548 (1948).

108. Beyer, A: Der Stockholmer Appell und die Wissenschaftler. Das Deutsche Gesundheitswesen 31: 967 f. (1950).

109. Beyer, A: Die vorläufige Arbeitsordnung der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der SBZ. Das Deutsche Gesundheitswesen 25: 969 (1949).

110. Beyer, A: Ein Jahr Deutsche Zentralverwaltung des Gesundheitswesens. Das Deutsche Gesundheitswesen 21: 641-645 (1946).

111. Beyer, A: im Namen der Redaktion: Krieg dem Kriege. Das Deutsche Gesundheitswesen 8: 329 (1949).

112. Born, H-J, Eckardt, A, Ertel, H, Falkenhagen, H, Friedrich, W, Hertz, G, Kunze, P, Richter, G, Rompe, R, Seeliger, R, Steenbeck, M, Thiessen, P A, Volmer, M, Weiss C F: Die thermonuklearen Waffen und die Verantwortung des Wissenschaftlers. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 11: 441-448 (1957).

113. Buddrus, M, Fritzlar, S: Die Professoren der Universität Rostock im Dritten Reich. Ein biographisches Lexikon. De Gruyter, Berlin, (2007).

114. Bühring, P: 25 Jahre deutsche Einheit – Ostdeutsche leben heute gesünder. Deutsches Ärzteblatt 33-34: 1368-1369 (2015).

115. Bunn, M: Reimaging Repression: New Censorship Theory and after. History and Theory 54-1: 25-55 (2021). verfügbar unter: http://www.jstor.org/stable/24543076

116. Catalogus Professorum Rostochiensium, Eintrag von "Harald Dutz", 28.02.2008, http://purl.uni-rostock.de/cpr/00002030 (28.01.2021).

117. Csiszar, A: Peer Review. Troubled from the Start. Nature 532: 306-308 (2016).

118. Dietrich, G: Kulturgeschichte der DDR, Band I. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen (2018).

119. Doetz, S: Alltag und Praxis der Zwangssterilisation. Die Berliner Universitätsfrauenklinik unter Walter Stoeckel 1942-1944, Med. Dissertation, Medizinischen Fakultät Charité – Universitätsmedizin Berlin (2010). DOI: 10.1093/jhmas/jraa015

120. Eckart, W U: Medizin in der NS-Diktatur - Ideologie, Praxis, Folgen. Böhlau, Wien, Köln, Weimar (2012).

121. Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen ZEFQ 102: 5 (2008), DOI: https://doi.org/10.1016/j.zgesun.2007.12.020 (07.03.2023).

122. Engel, H: Die Stellung des Arztes bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Das Deutsche Gesundheitswesen 1: 20-24 (1950).

123. Ereignisse und Mitteilungen. Das Deutsche Gesundheitswesen 16: 516 (1958).

124. Ernst, S: Die beste Prophylaxe ist der Sozialismus. Ärzte und medizinische Hochschullehrer in der SBZ/DDR 1945-1961, Waxmann, Münster (1997).

125. Erices, R: DDR-Gesundheitswesen – Die Versorgungslage war überaus kritisch. Das deutsche Ärzteblatt 9: 348-350 (2014).

126. Ettel, A, Turzer, C: Das DDR-Konzept, das nicht totzukriegen ist. 10.11.2019, welt.de/wirtschaft/article203292972/Polikliniken-Eine-gute-Loesung-fuer-die-medizinische-Versorgung.html (10.02.2021).

127. Fäßler, P: Durch den eisernen Vorhang, Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien (2006).

128. Fricke, K-W: Nicht zu demokratisch. 08.07.2006, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/politik/nicht-zu-demokratisch-1358945.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2&service=printPreview, (09.09.2020).

129. Friedeberger, W: Auch wir Ärzte. Das Deutsche Gesundheitswesen 36: 1661 (1961).

130. Fröhlich, G: Anonyme Kritik: Peer Review auf dem Prüfstand der Wissenschaftsforschung. Medizin-Bibliothek-Information 3/2: 33-39 (2003), verfügbar unter: http://www.meduniwien.ac.at/agmb/mbi/2003_2/froehlich33-39.pdf

131. Frohn, J: Literaturaustausch im geteilten Deutschland 1945-1972. Christoph Links, Berlin (2014).

132. Fromme, A: Penicillinbehandlung bei chirurgischen Erkrankungen. Das Deutsche Gesundheitswesen 9: 264 (1950).

133. Geiger, K: Der Arzt in der Nationalen Volksarmee. Das Deutsche Gesundheitswesen 23: 1069-1072 (1959).

134. Hammerich, H, Kollmer, D H, Rink, M, Schlaffer, R J: Das Heer 1950 bis 1970: Konzeption, Organisation und Aufstellung. de Gruyter Oldenbourg, München (2006).

135. Herrmann, L, im Namen der Redaktion: Auch dein JA zum Frieden. Die Heilberufe 9: 243 (1950).

136. Herrmann, L, im Namen der Redaktion: Es geht um Frieden. Die Heilberufe 8: 213 (1950).

137. Herrmann, L, im Namen der Redaktion: Leitartikel ohne Titel. Die Heilberufe 7: 187 (1950).

138. Herrmann, L: Zum Geleit. Die Heilberufe 1: 1 (1949).

139. Hoßfeld, U: Nicolai Vladimirovic Timoféeff-Ressovsky: eine Biografie in fünf Gesellschaftsepochen. Biologie in unserer Zeit 5: 345 f. (2011).

140. Ibrahim, J: Säuglingsernährung in gegenwärtiger Zeit. Zentralblatt für Gynäkologie 12: 1137-1139 (1948).

141. Jäger, Manfred: Das Wechselspiel von Selbstzensur und Literaturlenkung in der DDR in Wichner, E, Wiesner, H: Literaturentwicklungs-prozesse – Die Zensur in der DDR. Suhrkamp, Frankfurt am Main (1997).

142. Jütte, B: Verlagslizenzierungen in der Sowjetischen Besatzungszone. de Gruyter, Berlin (2010).

143. Kappelt, O: Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als ein soziologisches Phänomen. Dr. Kovač, Hamburg (1997).

144. Kellerhoff, S F: Schon Adenauer wollte Atomwaffen für die Bundeswehr. 30.07.2018, https://www.welt.de/geschichte/article180216424/Schon-Konrad-Adenauer-wollte-Atomwaffen-fuer-die-Bundeswehr.html (18.11.2020).

145. Klee, E: Das Personenlexikon zum Dritten Reich – Wer war was vor und nach 1945. S. Fischer, Frankfurt am Main (2005).

146. Knopf, E: Durch Vitamin D Mangel bedingte Hypocalciämie bei Kindern", Das Deutsche Gesundheitswesen 36: 1339 f. (1949).

147. Koch, E W: Das Wachstum der Leipziger Kinder in drei Jahrzehnten. Das Deutsche Gesundheitswesen 20: 631 (1950).

148. Köhne, M: Das Zensurverbot im Grundgesetz. Recht und Politik 49-1: 30 (2013).

149. Köppl, B, Müller, S: Von der Poliklinik zum Medizinischen Versorgungszentrum. Schriftenreihe des BMVZ Heft 1: 1-17 (2011), verfügbar unter: https://www.bmvz.de/wp-content/uploads/SchriftenreiheBMVZ-Heft1_Blick-hinein10.pdf

150. Koslow, W, Möller, H, Mioronienko, S W, Tschubarajan, A, Weber, H: SMAD Handbuch: Die sowjetische Militäradministration in Deutschland, 1945-1949. De Gruyter Oldenbourg, München (2008).

151. Kraatz, H: Gästeabend der wissenschaftlichen Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie in Berlin am 6.5.55. Zentralblatt für Gynäkologie 1: 1-7 (1956).

152. Kühne, P: Über den Nürnberger Ärzteprozess. Das Deutsche Gesundheitswesen 5: 145-148 (1947).

153. Kumbier, E, Steinberg, H: Psychiatrie in der DDR- Beiträge zur Geschichte. Be.bra, Berlin (2018).

154. Lachmann, H: Poliklinik oder freie ärztliche Berufe. Das Deutsche Gesundheitswesen 47: 1471-1475 (1950).

155. Lang, H-J: Die Frauen von Block 10. Medizinische Versuche in Auschwitz. Hoffmann und Campe, Hamburg (2011).

156. Lapp, J: Der Ministerrat der DDR. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden (1982).

157. Lemke, M: Der 17. Juni 1953 in der DDR-Geschichte. 02.06.2003, https://www.bpb.de/apuz/27599/der-17-juni-1953-in-der-ddr-geschichte?p=all (10.02.2021).

158. Linek, J: Gesundheitsfürsorge in der DDR zwischen Propaganda und Praxis. Frank Steiner, Stuttgart (2016).

159. Links, C: Das Schicksal der DDR-Verlage. Ch. Links Berlin (2006).

160. Linser, K: Der Beratungsarzt. Das Deutsche Gesundheitswesen 24: 937 (1949).

161. Linser, K: Der Beratungsarzt. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 2: 57 f. (1949).

162. Linser, K: Die Mitarbeit der Ärzte am wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Ostzone und ihre Bekenntnis zur vaterländischen Einheit und zum Völkerfrieden. Das Deutsche Gesundheitswesen 9: 376 (1949).

163. Linser, K: Titelseite. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 7/8: 169 (1949).

164. Lokatis, S: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht. Böhlau, Köln (2003).

165. Lorenz, M: Literatur und Zensur in der Demokratie. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen (2009).

166. Loth, W: Die Rettung der Welt- Entspannungspolitik im Kalten Krieg, 1950-1991. Campus, Frankfurt am Main (2016).

167. Mählert, U: Geschichte der DDR 1949-1990, Landeszentrale Thüringen (2011).

168. Maier, H: Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Wallstein, Göttingen (2007).

169. Marcusson, E: Die sozialpolitischen Aufgaben des Arztes. Das Deutsche Gesundheitswesen 10: 350 (1950).

170. Marschall-Reiser, J: Einleitung über die Druckgenehmigungsakte, im Online-Findbuch des Bundesarchivs, Ministerium für Kultur (DR 1), Teil 3: Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel, Druckgenehmigungsvorgänge, 7.10.2016, http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dr1_druck/xml/inhalt/dao/dr1druck_einleitung.pdf (10.11.2019)
.

171. Mettauer, P: Vergessen und Erinnern, Broschüre der 60. Lindauer Psychotherapiewochen, 2010, https://www.dakbt.de/images/Archiv_des_DAKBT/Lindau_Broschre_Vergessen_und_Erinnern___Dr_Mettauer.pdf (01.12.2020).

172. Meyer-Seitz, C: Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone. Berlin-Verlag, Berlin (1998).

173. Morgenbrod, B, Merkenich, S: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933-1945. Ferdinand Schöningh, Paderborn (2008).

174. Moser, S: Überlegungen zur produktiven Zensur bei Pier Paolo Pasolini. Diplomarbeit Vergleichende Literaturwissenschaften, Universität Wien (2013).

175. Müller-Enbergs, H, Wielgohs, J, Hoffmann, D, Herbst, A, Kirschey-Feix, I: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Ch.Links, Berlin, 2010, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/fritz-apelt (28.09.2021).

176. Müller-Enbergs, H, Wielgohs, J, Hoffmann, D, Herbst, A, Kirschey-Feix, I: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Ch.Links, Berlin, 2010,https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/karl-ewald-boehm (28.09.2021).

177. Müller-Enbergs, H, Wielgohs, J, Hoffmann, D, Herbst, A, Kirschey-Feix, I: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Ch.Links, Berlin, 2010, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/walter-axel-friedeberger (28.01.2021).

178. Müller-Enbergs, H, Wielgohs, J, Hoffmann, D, Herbst, A, Kirschey-Feix, I: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Ch.Links, Berlin, 2010, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/gerhard-misgeld (28.01.2021).

179. Müller-Enbergs, H, Wielgohs, J, Hoffmann, D, Herbst, A, Kirschey-Feix, I: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Ch.Links, Berlin, 2010, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/luitpold-steidle (28.01.2021).

180. Müller-Enbergs, H, Wielgohs, J, Hoffmann, D, Herbst, A, Kirschey-Feix, I: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Ch.Links, Berlin, 2010, https://www.bundesstiftung-

aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/karl-wloch (28.09.2021).

181. Müller-Enbergs, H, Wielgohs, J, Hoffmann, D, Herbst, A, Kirschey-Feix, I: Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Ch.Links, Berlin, 2010, https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/maxim-zetkin (02.10.2020).

182. Müller, K-D: Stereotypen früherer Zeiten beschworen. Das deutsche Ärzteblatt 12: 808 f. (1994).

183. Nachtsheim, H: Rassereinheit und Rassenmischung – Zur Kritik der nationalsozialistischen Rassetheorie. Das Deutsche Gesundheitswesen 5: 148-153 (1947).

184. Napieralski, A: Entwicklung der medizinischen Verlagsarbeit in der sowjetischen Besatzungszone. Das Deutsche Gesundheitswesen 21: 450-451 (1947).

185. Neubert, R: Der Arzt als Erzieher. Das Deutsche Gesundheitswesen 3: 38-41 (1946).

186. Niedbalski, B: Deutsche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) – Ansätze zur zentralen Wirtschaftsplanung in der SBZ 1945-1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 33 (1985), Heft 3, S. 456–459, https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_3_4_niedbalski.pdf (02.02.2021).

187. Obal, A: Nagelveränderungen als differentialdiagnostisches Hilfsmittel bei retrobulbärer Neuritis. Das Deutsche Gesundheitswesen 2: 43 (1950).

188. Plachta, B: Zensur. Philipp Reclam, Stuttgart (2006).

189. Polianski, I: National Socialist Medical Literature and the Censorship Practices in the Soviet Occupation Zone and Early East German State. History of Medicine and Allied Sciences: 311-312 (2020). DOI: https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/32357374 (19.12.2020)

190. Professorenkatalog der Universität Leipzig / Catalogus Professorum Lipsiensium, Herausgegeben vom Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, unter Leitung von Prof. Dr von Hehl, Historisches Seminar der Universität Leipzig, 2006-2009,

https://research.uni-leipzig.de/catalogus-professorum-lipsiensium/leipzig/Linser_694/ (29.01.2021).

191. Redetzky, H: Volksgesundheitspflege in der Welt. Das Deutsche Gesundheitswesen 40: 1248-1254 (1950).

192. Redies, C, Hildebrandt, S: Ohne jeglichen Skrupel. Deutsches Ärzteblatt 48, Jahrgang 109: 2413-2415 (2012).

193. Reitzenstein, J: Das SS-Ahnenerbe und die „Straßburger Schädelsammlung", Duncker& Humblot, Berlin (2018).

194. Rödel, B: Peer Review. Entstehung – Verfahren – Kritik. Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn (2020).

195. Rogg, E: Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Ch. Links, Berlin (2004).

196. S. Hirzel Verlag GmbH & Co, Webpräsenz des Verlags, http://www.hirzel.de/d_er-verlag.html (01.12.2020).

197. Schäfer, G, Döbber, C, Groß, D: Martin Staemmler – Pathologe und Hochschullehrer im Dienst der nationalsozialistischen „Rassenpolitik". Berlin, 2010, https://www.ukaachen.de/fileadmin/files/sonstige/medizinische-gesellschaft-aachen/Staemmler_Martin_Aufsatz_.pdf, (10.12.2020), S. 4-7.

198. Schagen, U, Schleiermacher, S: 100 Jahre Geschichte der Sozialhygiene, Sozialmedizin und Public Health in Deutschland – Eine Dokumentation der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention. DGSMP, Berlin, 2005, https://www.dgsmp.de/100-jahre/CD_DGSMP/PdfFiles/Biografien/Beyer.pdf (15.01.2021).

199. Schagen, U, Schleiermacher, S: 100 Jahre Geschichte der Sozialhygiene, Sozialmedizin und Public Health in Deutschland – Eine Dokumentation der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention. DGSMP, Berlin, 2005, https://www.dgsmp.de/100-jahre/CD_DGSMP/PdfFiles/Biografien/Redetzky.pdf (01.11.2020).

200. Schagen, U, Schleiermacher, S: 100 Jahre Geschichte der Sozialhygiene, Sozialmedizin und Public Health in Deutschland – Eine Dokumentation der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention. DGSMP, Berlin, 2005, https://www.dgsmp.de/100-jahre/CD_DGSMP/PdfFiles/Biografien/Winter.pdf (28.01.2021).

201. Schagen, U, Schleiermacher, S: Gesundheitswesen und Sicherung bei Krankheit. In: DDR 1949- 1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Bandherausgeber: Dierk Hoffmann und Michael Schwartz. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 Bd. 8. Hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesarchiv. Baden-Baden, 2004, https://www.researchgate.net/profile/Udo_Schagen/publication/318014591_Gesundheitswesen_und_Sicherung_bei_Krankheit_DDR_1949-1961_Im_Zeichen_des_Aufbaus_des_Sozialismus/links/5c52cb0e299bf12be3eff9d8/Gesundheitswesen-und-Sicherung-bei-Krankheit-DDR-1949-1961-Im-Zeichen-des-Aufbaus-des-Sozialismus.pdf, (29.12.2020).

202. Scherzer, S: VDZ Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Jahrespressekonferenz. Berlin, 9.4.2019, https://www.vdz.de/fileadmin/vdz/upload/services/Downloads/VDZ_Jahrespressekonferenz_2019_Online.pdf (25.11.2019).

203. Schleiermacher, S, Pohl, N: Medizin, Wissenschaft und Technik in der SBZ und DDR. Matthiesen, Husum (2009).

204. Schrödel, G: Gesundheitswesen und Demokratie- oder wie können der Arzt und sein Helfer am besten mitregieren? Das Deutsche Gesundheitswesen 33: 1119-1122 (1956).

205. Schweizer-Martinschek, P: Die Strafverfolgung von NS-Euthanasie-Verbrechen in SBZ und DDR. Bauer, Thalhofen (2016).

206. Seemann, A-M: Parallelverlage im geteilten Deutschland. De Gruyter, Berlin (2017).

207. Seim, R: Eine Zensur findet nicht statt, oder? In Rosenthal, C: Zensur. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Bonn (2008).

208. Shatz, D: Peer review. A critical enquiry. Rowman & Littlefield, Oxford (2004).

209. Skramlik, E: Über die Heilwirkung des Indianischen Liniments. Das Deutsche Gesundheitswesen 38: 1386 (1949).

210. Sonderbeilage Festschrift Verdienter Arzt des Volkes 1952 ohne Seitenangabe. Das Deutsche Gesundheitswesen: lag der Gesamtausgabe 1952 bei.

211. Sperk, A: Entnazifizierung und Personalpolitik in der sowjetischen Besatzungszone Köthen/Anhalt. Janos Stekovics, Wettin-Löbejün (2002).

212. Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau, Experimente: Prof. Dr. Carl Clauberg, Memento, (11.1.2008) https://web.archive.org/web/20080111062251/http://www.auschwitz.org.pl/html/de/historia_KL/eksperymenty_ok.html (02.11.2020).

213. Steidle, L: Der Minister für Arbeit und Gesundheitswesen Luitpold Steidle. Das Deutsche Gesundheitswesen 41: 1279 (1950).

214. Steidle, L: Titelblatt. Die Heilberufe 10: 271 (1950).

215. Steinkamm, E, Lechner, G: Beeinflussung der Stillfähigkeit durch äußere Faktoren. Das Deutsche Gesundheitswesen 24: 956 (1949).

216. Stöver, B: Der Kalte Krieg 1947-1991, C.H. Beck, München (2010).

217. Stöver, B: Der Kalte Krieg, C.H. Beck, München (2003).

218. Stöver, B: Zuflucht DDR: Spione und andere Übersiedler, C.H. Beck, München (2009).

219. Unger, F: Gesundheitswesen in der DDR – Eine Ärztin berichtet. Deutsches Ärzteblatt 21: 1627-1631 (1970).

220. Voegt, H/Universität Leipzig: Lebenslauf Dr. Leo Mendel. 08.08.2016, https://research.uni-leipzig.de/agintern/CPL/PDF/Mendel_Leo.pdf (10.09.2019).

221. Von der Forst, P: Gesundheitsfürsorge für die werktätige Jugend und Befehl 234. Das Deutsche Gesundheitswesen 1: 20 f. (1949).

222. Wenzke, Rüdiger: Ulbrichts Soldaten – Die nationale Volksarmee 1956 bis 1971. Ch. Links, Berlin (2013).

223. Wettig, G: Aufrüstung, Grenzschließung und Besatzungsstatus der DDR. Militärgeschichtliche Zeitschrift 76 - 1: 2 f. (2017).

224. Wettig, G: Aufrüstung, Grenzschließung und Besatzungsstatus der DDR, Militärgeschichtliche Zeitschrift, Band 76, Heft 1, 30.05.2017, https://doi.org/10.1515/mgzs-2017-0003, (10.12.2020).

225. Winter, K: Ächtet die Atombombe. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 17/18: 476 f. (1950).

226. Winter, K: Berlin, Juli 1949. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 7/8: 337 f. (1949).

227. Winter, K: Berlin, Juli 1950. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 13/14: 335 (1950).

228. Winter, K: Berlin, November 1949. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung: 21 /22: 561 (1949).

229. Winter, K: Demokratisierung des Gesundheitswesens und Errichtung von Polikliniken. Das Deutsche Gesundheitswesen 23: 741-743 (1947).

230. Winter, K: Neuaufbau des Gesundheitswesens. Die Heilberufe 2: 29-33 (1949).

231. Winter, K: Zum Wiedererscheinen der Zeitschrift für ärztliche Fortbildung. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 1: 2 (1949).

232. Zetkin, M: Für Frieden und Kultur. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung 2: 57 f. (1949).

233. Zinser, H-K: Probleme der gynäkologischen Krebsbekämpfung. Das Deutsche Gesundheitswesen 21: 842 (1949).

III. Zeitschriften-Jahresbände

234. Das Deutsche Gesundheitswesen, AMV/ VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin, 1946-1962

235. Zeitschrift für ärztliche Fortbildung, G. Fischer Verlag, Jena, 1949-1962

236. Die Heilberufe, VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin, 1949-1951, 1960, 1961

237. Zentralblatt für Gynäkologie, J.A. Barth, Leipzig, 1947-1962

238. Centralblatt für Gynäkologie, Breitkopf & Härtel, Leipzig, Erster Jahrgang 1877, digitalisiert: https://mdz-nbn-resolving.de/details:bsb11360456 (07.03.2023)

239. Kinderärztliche Praxis, G. Thieme, Leipzig, 1948-1962

G. Tabellenverzeichnis

S. 12: Tabelle 1: verwendete Akten, Bestand DQ 1 des Bundesarchivs

S. 14: Tabelle 2: verwendete Akten, Bestand DC 9 des Bundesarchivs

H. Abbildungsverzeichnis

S. 64: Abbildung 1: Der Weg eines Zeitschriftenartikels innerhalb der SBZ

S. 163: Abbildung 2: Lizenzurkunde „Das Deutsche Gesundheitswesen", 1963, Quelle BArch, DC9/9081

S. 164: Abbildung 3: Lizenzurkunde „Die Heilberufe" 1975, Quelle BArch, DC9/1529

I. Anhang

1. Personenverzeichnis

Beyer, Prof. Alfred (1885-1961)

Beyer war ein erfolgreicher Arzt, zunächst an einer Kinderklinik in Kiel, dann als Mediziner im Ersten Weltkrieg. Später war er unter anderem auch Ministerialrat. Er war Mitglied der SPD und wurde 1933 aus dem Amt des Ministerialrats aufgrund politischer Hintergründe entlassen. 1939 erhielt er ein Berufsausübungsverbot, assistierte aber während der NS-Zeit in einer Praxis für Gastroenterologie. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eröffnete er eine eigene Praxis hierfür und war nebenbei von 1945-1949 Abteilungsleiter in der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen sowie Leiter der Abteilung Soziale Medizin. Weiterhin war er Professor für Soziale Hygiene und von 1948-1949 Dekan, später Direktor, an der Charité. Ab 1946 war er Mitglied der SED.[459]

Clauberg, Carl (1898-1955)

Der Gynäkologe Clauberg war ab 1933 NSDAP-Mitglied sowie SA-Obersturmführer im Sanitätsdienst. Weiterhin arbeitete er als Privatdozent in Königsberg und führte Sterilisationen durch. Ab 1942 betrieb er sehr menschenunwürdige Versuche im KZ Auschwitz (Massensterilisationen an Jüdinnen über chemische Flüssigkeiten).[460] Bei den Versuchen starben 7 Frauen direkt und etliche danach durch Selektion in der Gaskammer.[461] Ab 1945 war er im KZ Ravensbrück tätig. Im Juni wurde er verhaftet und 3 Jahre danach in Moskau zu 25 Jahren Haftstrafe verurteilt. Er wurde 1955 an die BRD überstellt und starb am 9.8.1957 in der U-Haft in Kiel.[462]

[459] Vgl. Schagen/Schleiermacher, 2005.
[460] Vgl. Klee, 2005, S. 94.
[461] Vgl. Bastian, 1995, S. 85-87.
[462] Vgl. Klee, 2005, S. 94.

Guleke, Prof. Nicolai (1878-1958)

Guleke war Chirurg und von 1919-1951 Ordinarius im Jena. Ab 1933 nahm er an „Rassepolitischen Schulungen" teil. 1938 trat er der NSDAP bei und war auch förderndes Mitglied der SS sowie Oberkriegsarzt.[463]

Hinselmann, Hans (1884-1959)

Hinselmann war ein bekannter Gynäkologe. Er erfand die Kolposkopie zur Früherkennung von Gebärmuttertumoren. Ab 1935 war er Dozent in Hamburg. 1943 führte er Kolposkopie-Experimente in Auschwitz durch und wertete sie an seiner Klinik aus. Im Winter 1944/1945 führte er auf Wunsch der Gestapo Sterilisationen an Sinti und Roma durch. Er wurde 1946 vom britischen Militärgericht zu 3 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 100 000 Mark verurteilt. Er war weiterhin als Frauenarzt tätig und starb 1959 in Hamburg.[464]

Jacobi, Hans (1901-?)

Er war Gynäkologe und von Beginn des Nationalsozialismus an NSDAP-Mitglied. Er forschte an der Kastration durch Röntgenstrahlung. Ab 1942 leitete er die Kampfuniversität Straßburg und nach 1945 das Evangelische Krankenhaus Essen.[465]

Lendle, Ludwig (1899-1969)

Lendle war Pharmakologe. Ab 1940 arbeitete er als Stabsarzt am Institut für Allgemeine Pharmakologie und Wehrtoxikologie und forschte unter anderem mit Giftgas. 1943 wechselte er nach Leipzig und ab 1949 war er Direktor des Pharmakologischen Instituts Göttingen.[466]

[463] Vgl. Klee, 2005, S. 210.
[464] Vgl. Klee, 2005, S. 257.
[465] Vgl. Klee, 2005, S. 280.
[466] Vgl. Klee, 2005, S. 366.

Linser, Prof. Karl (1895-1976)

Linser war Professor für Dermatologie in Berlin und Leipzig. Außerdem war er als Präsident der DZVGes für das Gesundheitswesen in der SBZ zuständig und anschließend Leiter der HA Gesundheitswesen im Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR. Bis zu seinem Ruhestand war er noch an der HU Berlin und an der Charité tätig.[467]

Marcusson, Prof. Dr. Erwin (1899-1976)

Marcusson war ein bedeutender Arzt und Sozialhygieniker.
Er emigrierte vor dem Zweiten Weltkrieg in die Schweiz (er war sozialistisch geprägt) und danach in die SU. Bis 1946 war er als Arzt in Kasachstan tätig. 1947 kehrte er zurück nach Deutschland (in die SBZ) und wurde dort SED-Mitglied. 1947-1949 war er Leiter der DZV für das Gesundheitswesen und stellvertretender Leiter des Instituts für Sozial-/Gewerbehygiene. Anschließend leitete er die HA Heilwesen im MfG.
In den Jahren 1957/1958 wurde er zum Stellvertreter des Ministers für Gesundheitswesen. Weiterhin war er Dozent an der HU Berlin[468] sowie Mit-Herausgeber der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung".[469]

Mendel, Dr. Leo (1894-1966)

Der AMV Lektor, der einem im Rahmen der Archivalien-Aufbereitung häufig begegnete, war Dr. Leo Mendel. Er wurde am 10. August 1894 in Breslau geboren und studierte dort auch Medizin. Nach kurzer Tätigkeit als Lazarettarzt in Schlesien und Breslau spezialisierte er sich auf Pädiatrie. Er war fortan als Kinderarzt in Breslau tätig.[470]
Nach der Reichspogromnacht wurde er verhaftet und ins KZ Buchenwald gebracht. Von dort floh er, nachdem er zur Ausreise aufgefordert wurde, nach Frankreich. 1942 wurde er abermals verhaftet und in verschiedene

[467] Vgl. Professorenkatalog der Universität Leipzig, 2006-2009.
[468] Vgl. Müller-Enbergs et al., 2010.
[469] Vgl. Redaktion/Impressum, Zeitschrift für ärztliche Fortbildung Gesamtausgabe 1949.
[470] Vgl. Voegt, 2016.

KZ-Lager deportiert, wo er als Häftlingsarzt und Sanitäter eingesetzt wurde. 1945 wurde er von der sowjetischen Armee befreit und konnte schnell wieder als Arzt tätig sein. Im September 1946 trat er der Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen der SBZ bei und wurde kurz danach Referatsleiter, später gehörte er der Hauptabteilung Gesundheitswesen innerhalb der DWK an. Von Januar 1947 bis Oktober 1948 leitete er das Lektorat der AMV und war für die Begutachtung eingereichter medizinischer Manuskripte zuständig. Danach wurde er Abteilungsleiter der HA Wissenschaft und Aufklärung im MfG, ab 1954 war er bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin tätig. Er erhielt den Professorentitel und lehrte auch noch nach Versetzung in den Ruhestand als Gastprofessor an der Karl-Marx-Universität in Leipzig. Mendel starb am 9. September 1966 in Berlin. Er war von 1945 bis zu seinem Tode SED-Mitglied.[471] Als Lektor der AMV war er für die SMAD nicht nur aufgrund seiner Vergangenheit, sondern auch seiner politischen Treue und Gesinnung hervorragend geeignet.

Nachtsheim, Prof. Hans (1890-1979)

Nachtsheim gilt als Begründer der Humangenetik in der BRD. Er war Haustiergenetiker und am Institut für Vererbungsforschung in Berlin an der Hochschule für Landwirtschaft tätig. Ab 1941 war er Abteilungsleiter für „Experimentelle Erbpathologie" am Kaiser-Wilhelm-Institut und forschte an Epilepsie. Dazu führte er Unterdruckversuche an behinderten Kindern aus der Mordanstalt Brandenburg-Görden durch. 1946 war er Professor für Genetik an der HU. 1947 wurde er zum wissenschaftlichen Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft ernannt und er wurde Direktor an der Deutschen Akademie der Wissenschaften (Erbbiologie und Erbpathologie). Ab 1949 war er Direktor am Institut für Genetik der FU Berlin. Weiterhin war er für die „Ausschaltung Erbkranker per Gesetz aus der Fortpflanzung".[472]

[471] Vgl. Voegt, 2016.
[472] Vgl. Klee, 2005, S. 427.

Napieralski, Alfred (keine Lebensdaten gefunden)

Napieralski war einer der Geschäftsführer der AMV und es wurden gelegentlich auch Schriftwechsel zu Zensurvorschlägen von ihm gefunden. Weiterhin arbeitete er für den Verlag Volk und Wissen. Er trat im März 1951 aus gesundheitlichen Gründen zurück.[473]

Redetzky, Dr. Hermann (1901-1978)

Redetzky war Facharzt für Innere Medizin, Dozent und leitend in Einrichtungen für Sozialhygiene und Gesundheitsfürsorge in der SBZ/DDR tätig. Von 1953 bis 1956 war er stellvertretender Minister für Gesundheit der DDR. Später war er Rektor an verschiedenen Akademien unter anderem für Sozialhygiene und ärztliche Fortbildung sowie später an der Deutschen Akademie für Ärztliche Fortbildung. [474]

Redetzky war Mitherausgeber der Zeitschriften DÄF und DDG.

Saenger, Dr. Werner (keine Lebensdaten gefunden)

Saenger war einer der Geschäftsführer der AMV. Detaillierte Informationen zum Lebenslauf wurden nicht aufgefunden.

Schaldach, Dr. Herbert (keine Lebensdaten gefunden)

Schaldach arbeitete für das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen in der Hauptabteilung Gesundheitswesen. Er wurde im Rahmen der Archivarbeit als Hauptlektor für medizinische Zeitschriften innerhalb der AMV ab 1950 detektiert.

Skramlik, Prof. Emil von (1886-1970)

Skramlik war angesehener Mediziner und Dekan der Universität Jena. Während der Zeit des Nationalsozialismus hatte er die Scheidung von seiner Frau, einer Jüdin, eingereicht, um seine Karriere nicht zu gefährden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellte er den Antrag,

[473] Vgl. BA Berlin-Lichterfelde, DQ 1-4349, Sitzung der AMV Gesellschafter am 13.3.1951.
[474] Vgl. Schagen/Schleiermacher, 2005.

eine Anerkennung als „Opfer des Faschismus" zu erlangen. Es gab Hinweise darauf, dass seine Fakultätsmitarbeiter an der Umsetzung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses beteiligt waren.[475] Er habe auch die Aufarbeitung von Akten über Zwangsterilisationen aus der Jenaer Medizinischen Fakultät behindert. Dies führte dazu, dass er vom AMV Lektorat kritisch begutachtet wurde.[476]

Staemmler, Martin (1890-1974)

Staemmler wurde am 23.10.1890 in Duschnik geboren und war bedeutender Pathologe. 1926 war er Professor in Göttingen und ein Jahr später Direktor des Pathologisch-Hygienischen Institutes in Chemnitz. Ab 1928 hielt er den Lehrstuhl in Leipzig inne. 1931 trat er der NSDAP bei und war Referent im „Rassenpolitischen Amt". 1933 veröffentlichte er das Werk „Rassenpflege im völkischen Staat". Seiner Ansicht nach habe eine Frau nichts im Arbeitsleben zu suchen. In einem Vortrag in München 1933 zum Thema Rassenpflege und Schule erwähnte er Folgendes: „Kampf erfordert Gesundheit. Rasse haben heißt, gesund zu sein. Es ist die Aufgabe des Züchters, seine Rasse gesund zu halten, sie vor Krankheiten zu schützen. So liegt in dem Begriff Rasse die Pflicht zur Gesundheit". Weiterhin gab er die Zeitschrift Volk und Rasse mit heraus. Nach 1934 war er zunächst Ordinarius in Kiel und danach Rektor an der Universität Breslau. Von 1950-1960 war er Direktor am Pathologisch-Bakteriologischen Institut in Aachen. Ab 1960 leitete er die Pathologie bei Chemie Grünenthal in Stolberg. Er starb am 6.6.1974.[477]

Steidle, Luitpold (1898-1984)

Steidle war Landwirt und im Ersten und Zweiten Weltkrieg als Soldat im Einsatz. Er war 1933 für kurze Zeit Mitglied der NSDAP. 1941 trat er in die Reichswehr ein und wurde zum Oberst. 1943 kam er in Kriegsgefangenschaft in der SU. Nebenbei war er dem Nationalkomitee

[475] Vgl. Polianski, 2020, S. 311 f.
[476] Vgl. Mettauer, 2010.
[477] Vgl. Klee, 2005, S. 594.

freies Deutschland beigetreten und dort aktiv. 1945 kehrte er zurück nach Deutschland und wurde zunächst zum stellvertretenden Leiter der DWK, anschließend Minister für Arbeit und Gesundheitswesen (1949-1950) beziehungsweise Minister für Gesundheit (1950-1958). Bis zum Ruhestand war er Oberbürgermeister in Weimar.[478]

Stieve, Hermann (1886-1952)

Stieve war einer der führenden Anatomen in der Zeit des Nationalsozialismus. Er forschte an den Keimdrüsen zum Tode verurteilter jungen Frauen bezüglich des Einflusses von Angst und Schrecken. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war er Ordinarius an der HU in Ostberlin und 1950 Beirat in der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung. Nach seinem Tode am 6.9.1952 wurde er noch zum Ehrenmitglied der Deutschen Gynäkologischen Gesellschaft ernannt.[479]

Timofeev-Resovskij, Nikolaj Vladimirovič (1900-1981)

Timofeev wurde am 20.9.1900 in Moskau geboren und war Genetiker, ab 1925 am Kaiser-Wilhelm-Institut für Gehirnforschung und später Abteilungsleiter für Experimente zur Thematik der genetischen Problematik von Erbfaktoren und Mutationen. Er verfasste 1935 zusammen mit Karl Zimmer und Max Delbrück das Werk „Über die Natur der Genmutation und der Genstruktur". Außerdem begründete er die Molekularbiologie mit. 1937 forderte ihn die SU auf, dorthin zurückzukehren. Im August 1945 wurde er verhaftet und ein Jahr später in Moskau wegen Verrates am Lande verurteilt. Ab 1947 arbeitete er wissenschaftlich in einem Internierungslager und 1955 wurde er amnestiert, da er in der Atomforschung benötigt wurde. Ab 1964 leitete er die Abteilung Genetik und Radiobiologie in Obninsk.[480]
Er starb am 28.3.1981

[478] Vgl. Müller-Enbergs et al., 2010.
[479] Vgl. Klee, 2005, S. 603.
[480] Vgl. Klee, 2005, S. 627.

Winter, Prof. Josef Kurt (1910-1987)

Winter studierte in München, Bonn und Berlin Medizin. Er war Mitglied des kommunistischen „roten Studentenbundes" und ging 1933 aus politischen Gründen ins Exil in die Schweiz, wo er das Studium beendete. Von dort zog er weiter nach Paris, Oslo und Schweden.

Er kehrte nach Ende des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland zurück und wurde Facharzt für Sozialhygiene. Winter war Mitglied der SED.

Weiterhin brachte er mehrere Lehrbücher heraus und war Chefredakteur der ZÄF. Daneben hatte er noch mehrere Ämter im Gesundheitswesen und in den medizinischen Wissenschaften inne.

Gegen Ende seiner beruflichen Laufbahn wurde er zum Direktor des Hygieneinstitutes der HU und Rektor an der Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR.[481]

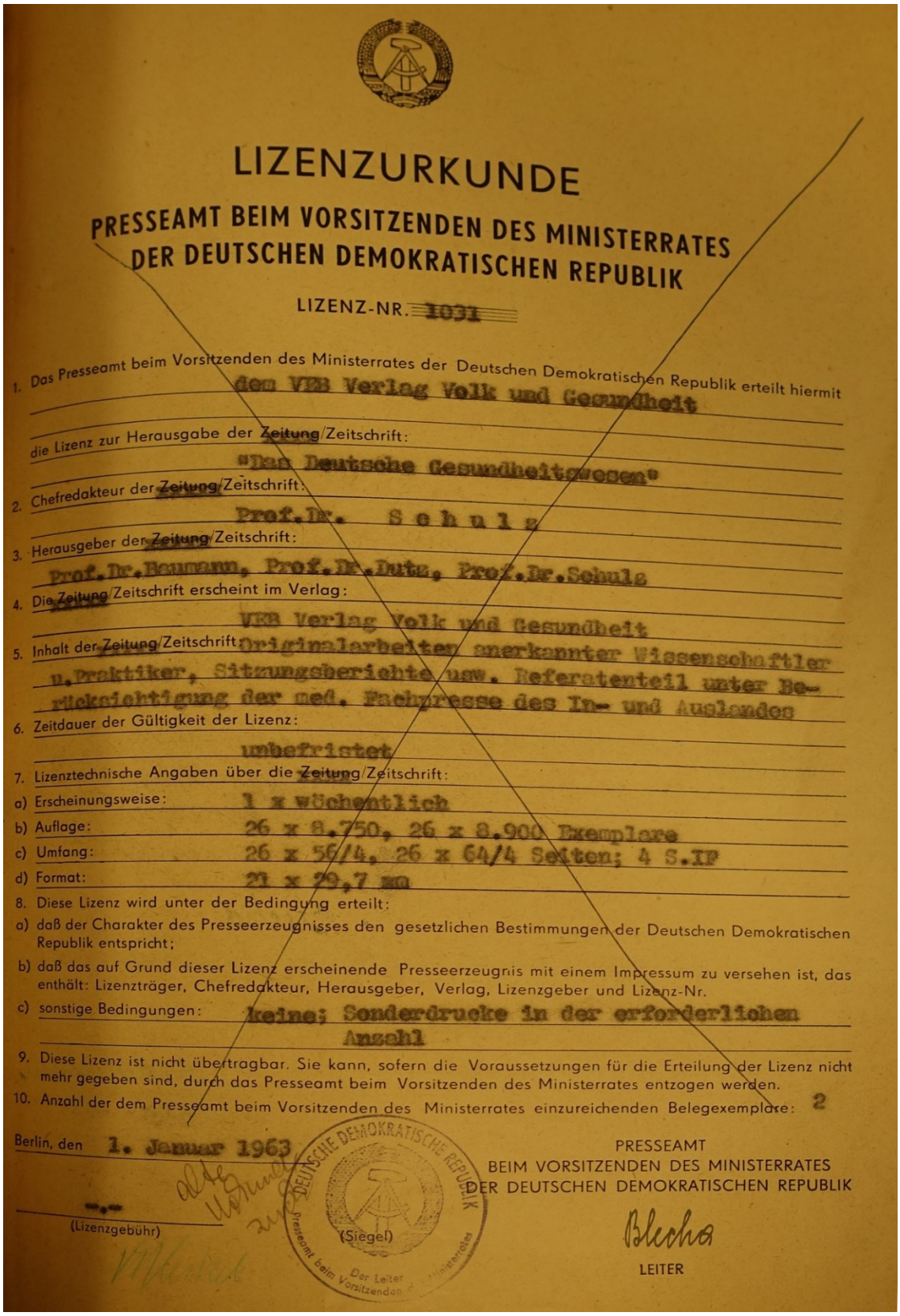
Zetkin, Prof. Maxim (1883-1965)

Er gehörte zu den Herausgebern der Zeitschrift für ärztliche Fortbildung und war Mitbegründer des Verlags Volk und Gesundheit.

Maxim studierte Medizin in München, war danach in Augsburg in der Chirurgie und leistete während des Ersten Weltkrieges Militärdienst. Danach arbeitete er in Moskau als Chefarzt und später als Militärchirurg. 1945 kehrte er nach Deutschland in die SBZ zurück und wurde zum Vizepräsidenten der DZV für das Gesundheitswesen. Zudem war er lehrend an der HU Berlin tätig. Von 1950-1952 leitete er die HA Wissenschaft und Forschung im MfG. 1954 wurde er Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates dort und außerdem Leiter der Literaturarbeitsgemeinschaft medizinische Verlage.[482]

[481] Vgl. Schagen, Schleiermacher, 2005.
[482] Vgl. Müller-Enbergs et al., 2010.

2. Rohmaterial (Lizenzurkunden aus dem BArch)



LIZENZURKUNDE

PRESSEAMT BEIM VORSITZENDEN DES MINISTERRATES
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

LIZENZ-NR. 1031

1. Das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik erteilt hiermit dem VEB Verlag Volk und Gesundheit die Lizenz zur Herausgabe der Zeitung/Zeitschrift: "Das Deutsche Gesundheitswesen"
2. Chefredakteur der Zeitung/Zeitschrift: Prof.Dr. Schulz
3. Herausgeber der Zeitung/Zeitschrift: Prof.Dr.Baumann, Prof.Dr.Dutz, Prof.Dr.Schulz
4. Die Zeitung/Zeitschrift erscheint im Verlag: VEB Verlag Volk und Gesundheit
5. Inhalt der Zeitung/Zeitschrift: Originalarbeiten anerkannter Wissenschaftler u.Praktiker, Sitzungsberichte usw. Referatenteil unter Berücksichtigung der med. Fachpresse des In- und Auslandes
6. Zeitdauer der Gültigkeit der Lizenz: unbefristet
7. Lizenztechnische Angaben über die Zeitung/Zeitschrift:
   a) Erscheinungsweise: 1 x wöchentlich
   b) Auflage: 26 x 8.750, 26 x 8.900 Exemplare
   c) Umfang: 26 x 56/4, 26 x 64/4 Seiten; 4 S.IP
   d) Format: 21 x 29,7 cm
8. Diese Lizenz wird unter der Bedingung erteilt:
   a) daß der Charakter des Presseerzeugnisses den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik entspricht;
   b) daß das auf Grund dieser Lizenz erscheinende Presseerzeugnis mit einem Impressum zu versehen ist, das enthält: Lizenzträger, Chefredakteur, Herausgeber, Verlag, Lizenzgeber und Lizenz-Nr.
   c) sonstige Bedingungen: keine; Sonderdrucke in der erforderlichen Anzahl
9. Diese Lizenz ist nicht übertragbar. Sie kann, sofern die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz nicht mehr gegeben sind, durch das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates entzogen werden.
10. Anzahl der dem Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates einzureichenden Belegexemplare: 2

Berlin, den 1. Januar 1963

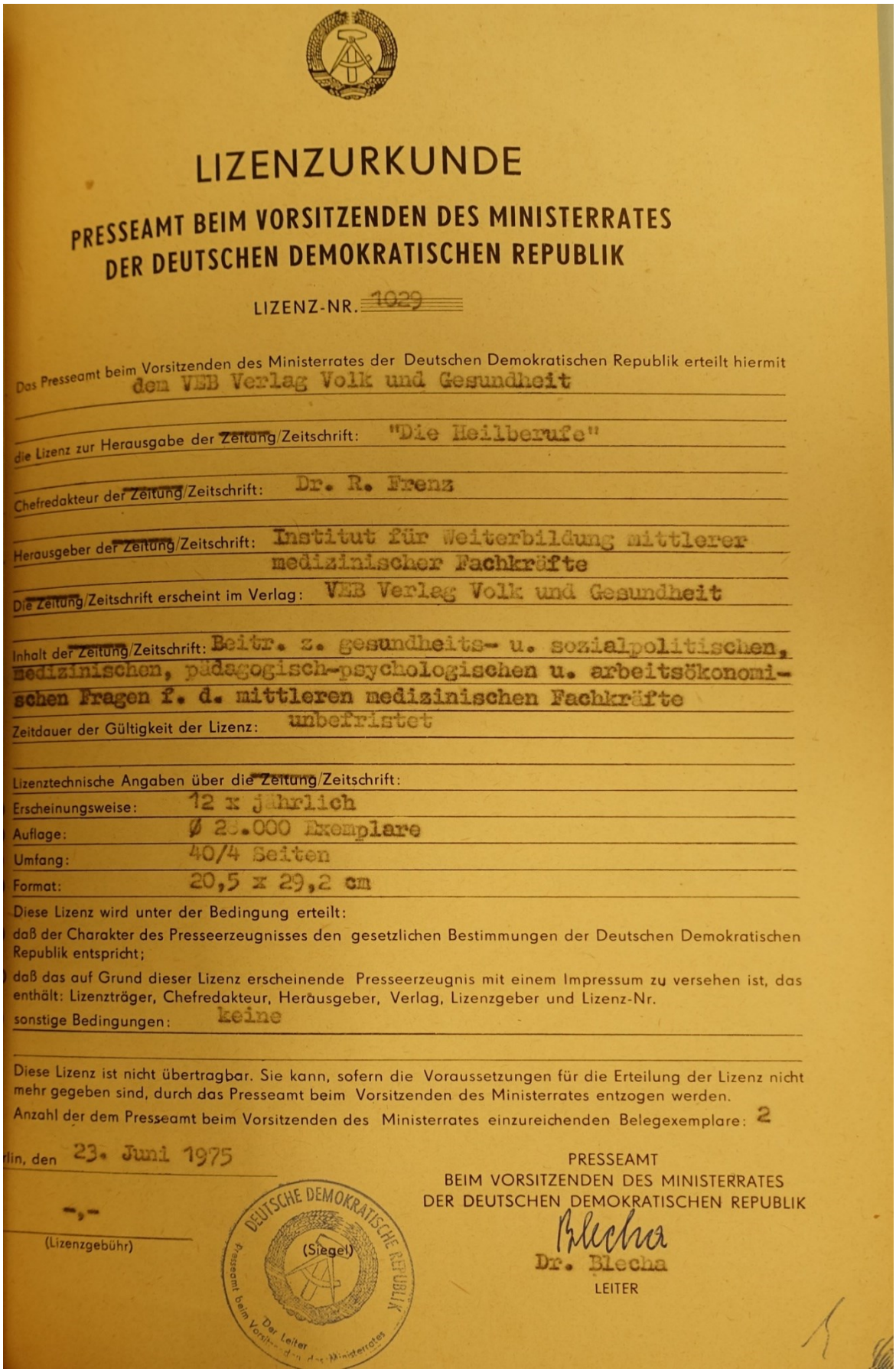
-,-
(Lizenzgebühr)

(Siegel)

PRESSEAMT
BEIM VORSITZENDEN DES MINISTERRATES
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Blecha
LEITER

Abbildung 2: Lizenzurkunde „Das Deutsche Gesundheitswesen", 1963, Quelle BArch, DC9/9081



LIZENZURKUNDE

PRESSEAMT BEIM VORSITZENDEN DES MINISTERRATES DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

LIZENZ-NR. 1029

Das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik erteilt hiermit
den VEB Verlag Volk und Gesundheit

die Lizenz zur Herausgabe der Zeitung/Zeitschrift: "Die Heilberufe"

Chefredakteur der Zeitung/Zeitschrift: Dr. R. Frenz

Herausgeber der Zeitung/Zeitschrift: Institut für Weiterbildung mittlerer medizinischer Fachkräfte

Die Zeitung/Zeitschrift erscheint im Verlag: VEB Verlag Volk und Gesundheit

Inhalt der Zeitung/Zeitschrift: Beitr. z. gesundheits- u. sozialpolitischen, medizinischen, pädagogisch-psychologischen u. arbeitsökonomischen Fragen f. d. mittleren medizinischen Fachkräfte

Zeitdauer der Gültigkeit der Lizenz: unbefristet

Lizenztechnische Angaben über die Zeitung/Zeitschrift:

Erscheinungsweise: 12 x jährlich

Auflage: Ø 20.000 Exemplare

Umfang: 40/4 Seiten

Format: 20,5 x 29,2 cm

Diese Lizenz wird unter der Bedingung erteilt:

daß der Charakter des Presseerzeugnisses den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik entspricht;

daß das auf Grund dieser Lizenz erscheinende Presseerzeugnis mit einem Impressum zu versehen ist, das enthält: Lizenzträger, Chefredakteur, Herausgeber, Verlag, Lizenzgeber und Lizenz-Nr.

sonstige Bedingungen: keine

Diese Lizenz ist nicht übertragbar. Sie kann, sofern die Voraussetzungen für die Erteilung der Lizenz nicht mehr gegeben sind, durch das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates entzogen werden.

Anzahl der dem Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates einzureichenden Belegexemplare: 2

lin, den 23. Juni 1975

PRESSEAMT
BEIM VORSITZENDEN DES MINISTERRATES
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

-,-
(Lizenzgebühr)

DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK (Siegel) Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates Der Leiter

Blecha
Dr. Blecha
LEITER

Abbildung 3: Lizenzurkunde „Die Heilberufe" 1975, Quelle BArch, DC9/1529

J. Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich gerne bei all denjenigen bedanken, die mich bei der Anfertigung dieser Dissertation unterstützt haben.
Zuallererst gilt mein Dank meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Igor Polianski dafür, dass er mir dieses interessante Thema bereitgestellt und mich dabei hervorragend betreut hat. Er nahm sich immer Zeit und gab sich große Mühe, mich in meiner Arbeit mit hilfreichen Anregungen zu unterstützen.
Außerdem danke ich meinem Mann für die Motivation und dass er mir immer den Rücken freigehalten hat. Auch dafür, dass er mit mir seinen Urlaub in Berlin verbracht hat, damit ich im Bundesarchiv recherchieren konnte, und mich oft nach Stuttgart zur Landesbibliothek begleitet hat.
Weiterhin gilt mein Dank meiner Arbeitgeberin Dr. Katharina Köcher, die mich ebenfalls motiviert und mir es ermöglicht hat, diese Arbeit neben dem Berufsalltag abzuschließen.
Auch bei meiner Schwester N. und insbesondere bei meiner Freundin C. möchte ich mich herzlich für das Korrekturlesen bedanken.

K. Lebenslauf

Persönliche Daten

Name:	Carina Susanne Sattler, geb. Pirner
Geburtsdatum:	1988
Geburtsort:	Auerbach in der Oberpfalz

Ausbildung

1994-1998:	Grundschule Eschenfelden/Königstein
1998-27.06.2008:	Herzog-Christian-August-Gymnasium, Sulzbach-Rosenberg, Allg. Hochschulreife
1.10.2008-07.02.2014:	Studium der Zahnmedizin an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
August 2009:	Naturwissenschaftliche Vorprüfung
September 2011:	Zahnärztliche Vorprüfung
10.02.-03.06.2014:	Zahnärztliche Prüfung

Beruflicher Werdegang

15.10.2014-31.07.2015:	Assistenzzahnärztin, Dr. Hager, Konstanz/Bietingen
01.08.2015-31.12.2018:	Assistenzzahnärztin und angestellte Zahnärztin, Dres. Kammermeier-Winter und Menke, Radolfzell
Seit 01.01.2019:	Angestellte Zahnärztin, Dr. Katharina Köcher, Rielasingen-Worblingen